

Imperialismus

Der Begriff des Imperialismus

§ 1

Die Überwindung der Schranken nationaler Akkumulation durch die Wendung der Staatsgewalt nach außen

Durch die ordnenden und die Funktion der verschiedenen Klassen gewährleistenden Maßnahmen des bürgerlichen Staates wird die gesamte Gesellschaft zum Mittel für die Akkumulation des Kapitals. Die faux frais der politischen Herrschaft lohnen sich für diese Produktionsweise im Unterschied zu früheren, weil die Zurichtung der Bürger die Schranken ihrer Brauchbarkeit für das Privateigentum beseitigt. Doch weist gerade die sozial- und wirtschaftspolitisch bewerkstelligte Akkumulation des Kapitals, ihr durch die Wechselfälle der Konjunktur gesichertes Gelingen auf die Grenze hin, die dem Wachstum des nationalen Reichtums mit seiner staatlichen Organisation gezogen sind: das politische Subjekt der Ökonomie kann letzterer nur in dem Maße dienstbar sein, wie sein Gewaltmonopol reicht. Der Einsatz der staatlichen Gewalt auch *außerhalb des Territoriums ihrer Herrschaft* ist unerlässlich, sollen die Mittel der Akkumulation nicht auf die natürlichen Reichtümer des eigenen Herrschaftsgebietes reduziert bleiben. Fremde Herrschaftsgebiete mit den in ihnen hervorgebrachten Reichtümern werden als Quellen der nationalen Bereicherung behandelt, indem der bürgerliche Souverän den anderen Staat *anerkennt*, ein Rechtsverhältnis mit ihm eingeht, um durch den Austausch von Produkten über die Staatsgrenzen hinweg die Stufenleiter der Akkumulation zu erweitern.

a) Staaten als Agenten der Weltmarkts – Völkerrecht

Imperialistisch ist der Staat, der als politisches Subjekt der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise fungiert, darin, daß er sämtliche Länder der Erde als Praxisfeld seiner Bürger betrachtet. Um *ihr* Geschäft aus den Schranken zu lösen, die mit den zufälligen Naturbedingungen seines Herrschaftsbereiches gegeben sind, betätigt sich die Staatsgewalt als *Agent des Weltmarkts*: die Produkte aller fremden Klimate und Länder in die Zirkulation und damit Produktion *seines* Kapitals einzubeziehen ist sein Anliegen, bei dem er auf auswärtige Souveräne trifft. Deren Gewalt ist das Hindernis für die nationale Bereicherung, die der imperialistische Staat mit dem unter ihrem Schutz produzierten und verwalteten Reichtum bewerkstelligen will. An der schieren Existenz anderer Gewalten, die sich für ihren Bereich als höchste behaupten, gewahrt der Staat, daß seine *Allmacht* eine *relative* ist. Als Souverän muß er seine Macht an seinesgleichen messen. Die Elementarform der *Außenpolitik* daher die *Anerkennung der fremden Macht*, durch welche die Inanspruchnahme von deren Willen zugesichert wird, um Land und Leute zu exploitieren. Bereits aus dieser abstrakten Bestimmung des Imperialismus geht hervor, was internationale Verträge von denen im Innern eines Staates unterscheidet: sämtliche Abschlüsse zwischen Bürgern verschiedener Staaten kommen durch eine Einigung zwischen den Staatsagenten zustande, welche die Bedingungen des Kontrahierens festlegen; dabei wird der Schutz von Person und Eigentum für beide Seiten jeweils durch *ihren* Souverän vollzogen, und der Streitfall ist ein Konflikt *zwischen Nationen*, die sich selber mit ihrer Gewalt die letzte Berufungsinstanz sind. Das *Völkerrecht* gilt deshalb auch nicht, sondern wird beachtet oder auch nicht - und es entfaltet als moralisches Geschütz seine matte Bedeutung.

b) Abhängigkeit und Erpressung: der allgemeine Charakter der Weltpolitik

Fest steht auch hier schon, daß die Ausgestaltung des Anerkennungsverhältnisses von den ökonomischen Voraussetzungen bestimmt wird, mit denen die kontrahierenden Nationen antreten. Jeder Unterschied im Entwicklungsstand der nationalen Industrie und Landwirtschaft sowie deren natürlichen Bedingungen führt zur Herstellung von *Abhängigkeiten*, von der *Erpressung* zum Zugeständnis. Einmal im internationalen Geschäft, d.h. nachdem ein Staat die Grenzen für ausländische Wirtschaftssubjekte geöffnet hat und umgekehrt, sind die *diplomatischen Institutionen* nicht nur Beratungsagenturen zwischen den Staaten, die die Modalitäten der Geschäfte vereinbaren, auf die man sich künftig nicht mehr bzw. zusätzlich einlassen will. Sie werden bei eingetretenen oder zu erwartenden Nachteilen auch Beschwerdeinstanzen bezüglich der Konditionen, die sich wechselseitig und Dritten gegenüber eingeräumt werden. Mit dem Hin und Her von Versprechen und Drohung

fixieren sie den aktuellen Stand des *Vertrauens* zwischen den Nationen. Das Manövrieren mit mehreren Partnern, ihr Ausspielen gegeneinander sowie Bündnisse aller Art, in welchen das *Gegeneinander* der Abhängigkeit auf erweiterter Stufenleiter reproduziert wird, bilden den Inhalt der *Weltpolitik*, an welcher selbstverständlich nur Befugte teilhaben. Die Beteiligung der anderen besteht im Arbeiten und im Wählen kundiger Außenpolitiker.

c) Die Leistung des Kolonialismus: die Aufteilung der Welt und ihr modernes Resultat. Konzessionierte Herrschaft

Wenn die Anerkennung anderer Nationen das Verfahren kapitalistischer Staaten darstellt, sich nach außen als politisches Subjekt der Ökonomie zu bewähren, so setzt dies die Unterwerfung der Welt, die *Aufteilung* des Territoriums und der Erdbevölkerung unter Sphären politischer Herrschaft voraus. Die vorbürgerlichen Staaten Europas haben in ihrer Konkurrenz um Schätze der Natur die Verwandlung aller *Gemeinwesen* und Territorien in *Staaten* durchgesetzt, wobei allerdings ganz unterschiedliche Herrschaftsformen entstehen mußten. Die Periode der unmittelbaren Inbesitznahme herrenlosen Landes ist ebenso *Geschichte* wie die gewaltsame Unterjochung von *Gesellschaften*, die aufgrund ihrer mangelnden Verteidigungsfähigkeit dem Hoheitsgebiet eines bereits existenten Staates einverleibt und seiner Herrschaft gefügig gemacht werden konnten. Die modernen Verkehrsformen des Imperialismus sind Produkt der *ökonomischen* Emanzipation der bürgerlichen Staatsgewalt von ihrem Verfahren, welches zurecht *ursprüngliche* Akkumulation heißt: der Nutzen des Raubs an Reichtümern, den sich das Abendland mit der Entdeckung der Welt leistete, bestand nicht in ihrem Verzehr, sondern in ihrer Verwandlung in Kapital, in ihrem Einsatz als Hebel der *produktiven Ausbeutung*, die, einmal in Funktion (vom Staat durch Steuern und Kredit *gefördert*), die gesamte Natur der Erde und jede Menschenseele in ihren Dienst nimmt, ihrem Urteil der Brauchbarkeit unterwirft. Den Opfern dieses Verfahrens, die als *Kolonien* ganz zum Dienst an fremdem nationalen Reichtum gezwungen wurden (der ihnen nicht einmal in Gestalt der Existenzsicherung ihrer Mitglieder durch Schutz von außen, durch ihre Beherrscher, zugutekam), eröffnete sich die heiße Perspektive der *politischen* Emanzipation: der Nutzen ihrer staatlichen Selbständigkeit als Resultat ihrer kolonialen Befreiung hat nichts mit dem Aufbau einer konkurrenzfähigen Nationalökonomie zu tun. Hier entsteht keine "normale" kapitalistische Ausbeutung, also auch keine Demokratie. Die *konzessionierte* Herrschaft über ein Stück Welt wird *autonom*, damit die Herrschaft des Kapitals über das Land effektiv wahrgenommen werden kann.

d) Ideologische Verklärung der weltpolitischen Gegensätze

Die Elementarform imperialistischer Ideologie besteht im Gerede vom "wechselseitigen Nutzen", der aus der Konkurrenz zwischen Staaten erwächst, welche umgekehrt in eine "weltweite Abhängigkeit" verstrickt sind. Jeder Nationalstaat wirbt zugleich für einen gesunden *Nationalismus*, hält bei seinen Bürgern die Angst vor allen *fremden* Mächten wach, und für *Kosmopolitismus* von wegen "internationaler Arbeitsteilung", so als hätte ein weitblickender Weltbürger die *Kooperation* als dem Menschen - ganz gleich welcher Hautfarbe - angemessene Existenzweise ersonnen. Aus der "Not" des Kapitals, die Schranken seiner Expansion durch seinen Staat niederreißen zu lassen, wird eine *Tugend* seiner Diener in allen Klassen, für die sich auch ein mahnender Blick in die *Geschichte der Aufteilung* gut brauchen läßt: als Imperialismus gelten die letzten Gefechte um die Herrschaftsgebiete, und jenen Tagen der Vernichtung pflegt man die Feier der Völkerfreundschaft heute gegenüberzustellen, als ob nichts wäre.

§ 2

Die Besonderheiten des Weltmarktes aufgrund der staatlichen Modifikation der Konkurrenz

Insofern der Weltmarkt das Werk des bürgerlichen Staates ist, der den Notwendigkeiten des unter seiner Herrschaft akkumulierenden Kapitals durch den Einsatz seiner Gewalt Anerkennung verschafft, erfährt die ökonomische Konkurrenz auffällige *Modifikationen*.

Zunächst wird der Vergleich zwischen Kostpreis und Marktpreis von der Entwicklung der *Kommunikationsmittel und -wege* affiziert, welche von den Staaten begünstigt, bewerkstelligt oder auch nicht wird. An den räumlichen und zeitlichen Bedingungen des internationalen Warentausches findet der kosmopolitisch aktive Staats- und Geschäftsmann besondere Kosten und Risiken seiner Kalkulation vor.

Des weiteren hat der Staat den Konkurrenzkampf auf Grundlage der Marktpreise darin zu befördern, daß er den Streit über den angemessenen *Maßstab der Preise* erfolgreich führt. ob nämlich aus dem auswärtigen Handel ein anständiges Geschäft wird, hängt vom Stand des *Wechselkurses* ab. Die Verwendung nationalen Kreditgeldes, dessen Verhältnis zum Gold - das nur zum Saldieren von Überschüssen fällig wird - aufgrund der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Nationen im Innern veränderlich ist, verlangt den außenwirtschaftlichen Rechenkünstlern höchsten Einsatz ab. Das *Geschäft des Devisenhandels*, das sich aus der profitlichen Ausnützung von Angebot und Nachfrage ergibt und den Banken eine neue Aufgabe erschließt, fordert staatliche Überwachung und Richtlinien heraus. Im Interesse einer gelungenen *Zahlungsbilanz*, die gleichermaßen den Erfordernissen von Export und Import genügen muß, befördert oder bremst der Staat die verschiedenen Abteilungen des auswärtigen Handels, wobei seine Entscheidungen bezüglich *Auf- und Abwertung* naturgemäß nicht allen Beteiligten genehm sind. Dabei benützt er nicht selten seine Gewalt und den erreichten Stand der Abhängigkeit anderer dazu, auf das Hin und Her von Angebot und Nachfrage - von Waren wie Geld - nicht nur zu reagieren: er *setzt* Bedingungen durch *Außenhandels- und Währungspolitik*, durch die er die Produktion und Konsumtion seiner Bürger einerseits schützt, andererseits dieselben zwingt, sich der

Konkurrenzfähigkeit seiner Wirtschaft auf dem Weltmarkt gemäß zu verhalten.

So sind ihm schließlich negative Wirkungen auf das Wachstum des nationalen Reichtums Grund für Maßnahmen, den von ihm selbst in die Wege geleiteten *Freihandel* um eine solide Pflege des *Protektionismus* zu ergänzen, und mit Angeboten der einen oder anderen Art von Außenwirtschaft verhandelt er bi-, tri- und multilateral in der gesamten Staatenwelt herum: *Handelsverträge, Bündnisse und Integration* sind die Titel für dieses Verfahren einer Nation, sich auf dem Feld internationaler Konkurrenz durchzusetzen. Nach dem jeweiligen Stand ge- und mißlungener *Erpressung*, deren ein Staat fähig ist, ist die Welt politisch *eingeteilt*.

a) Kommunikationsmittel

Die Bewältigung der Schwierigkeiten, die sich mit den größeren Entfernungen, also auch der Vermehrung von Zirkulationskosten auf tun, hängt vom Wohlverhalten anderer Staaten ab: von allgemeinen Abkommen über die Freiheit der Meere über die Konditionen für Bau und Benutzung von Eisenbahnlinien und Kanälen bis hin zur Auflage von Telefonbüchern wird alles Gegenstand besonderer Verhandlungen und Verträge, durch die sich entscheidet, was sich an unmittelbaren Transportkosten, Zinsen für Kredite und Versicherungsprämien sparen läßt. Dabei gilt es sich nicht nur mit dem Handelspartner ins Benehmen zu setzen, sondern auch mit Dritten (Transithandel), deren Straßen, Schienen, Flüsse und Luftkorridore benützt werden.

b) Besonderheiten der internationalen Zirkulation

Die Bezahlung der Waren mit nationalem Kreditgeld bewirkt die nächste Modifikation der Konkurrenz. In der inneren Zirkulation jeden Landes garantiert die Staatsgewalt den Kreditzeichen ihre *Gültigkeit*, doch geht mit dieser Ökonomisierung der Zirkulation des Kapitals auch eine Veränderung der "Kaufkraft" des Geldes einher. Die Verwaltung des Kredits, der dem Kapital gemäß seinen Konjunkturen zur Verfügung gestellt bzw. vorenthalten wird, führt zu Schwankungen des Verhältnisses Banknoten/Gold, was für die ausländischen Handelspartner ein Risiko darstellt. Die *Festlegung von Paritäten* beseitigt nicht die Unsicherheit bezüglich dessen, was man für in Zahlung genommene fremde Währung als Käufer im betreffenden Land zu einem anderen Zeitpunkt erhält, sondern ist Ausgangspunkt für die Kalkulation mit dem Wechselkurs. Im zunächst rein technischen Geschäft der Vermittlung von Devisen, die der Geldhandel aus der Hand von Exporteuren empfängt, an Importeure, die sie für Zahlungen ins Ausland benötigen, wird daher um die günstigsten Handelsbeziehungen gestritten. Der An- und Verkauf von fremder Währung zum richtigen Zeitpunkt entscheidet mit über Produktionskosten und Erlös, die aus einem Auslandsgeschäft erwachsen. Dabei gerät die Spekulation auf die Schwankungen von Angebot und Nachfrage zu einem selbständigen Geschäft, das sich mittels Telefon der Unterschiede zwischen Wechselkursen örtlich wie zeitlich bedient. Auch der Anstrengung seiner Kunden, Devisen zum Zeitpunkt eines für sie günstigen Standes der Wechselkurse zu kaufen, um sie später zu verwenden, tragen die Währungsspezialisten Rechnung und lassen sich das für die Kundschaft partiell übernommene Risiko entgelten - *Termingeschäfte nebst Swap*. Mit all ihren Diensten machen sich die Devisenhändler allerdings nur beliebt, solange das Ergebnis ihres aufregenden Jobs ein genehmes ist: zur rechten Zeit müssen genügend Devisen für die anstehenden Auslandsgeschäfte da sein, und zwar zu einem vorteilhaften

Preis. Dabei ist es gar nicht einfach, allen Interessierten zu Gefallen zu sein: schon am gegensätzlichen Interesse von Importeuren und Exporteuren bezüglich der Bewegung des Wechselkurses bemerken die Telefonisten in Sachen Weltgeld, daß ihnen die Ökonomisierung des internationalen Kauf- und Zahlungsmittels zwar ihren Beruf sichert, aber nicht für das Geschäft garantieren kann, dem dieser Beruf untergeordnet ist.

c) **Währungs- & Handelspolitik: der wirtschaftspolitische Umgang des Staates mit dem internationalen Handel**

Denn ein gelungener Außenhandel besteht keineswegs darin, daß irre viel Ware *exportiert* wird, wie linke Absatztheoretiker sich das vorstellen. Daß der Welthandel insoweit den Prinzipien des Kapitals gehorcht, daß er *Tausch* ist, gilt natürlich auch umgekehrt: auch der Import von möglichst viel Ware entspricht nicht dem Zweck der Akkumulation, welche die Nation anstrebt. Im Falle des Exportüberschusses häufen sich die Devisen des Auslands in den Banken, und die Verwendung dieser Gelder zur Vermehrung des Reichtums ist nicht gegeben, wenn sie niemand in Zahlung nimmt für Sachen, die dem Fortgang der Produktion dienen. Selbst im Falle der Begleichung von Überschüssen mit Gold stellt sich keine gewaltige Freude ein, da die Nation, aus der das Gold entfließt, zwar nicht kreditiert wird, jedoch schnell als Kunde entfällt, wenn sie nicht auch etwas zu verkaufen hat - also ihrerseits der Bereicherung fähig ist. Die *Realisierung* des Warenprodukts bringt einer Nation also nur dann die Nutznießung fremden Reichtums, wenn sie sich ihre Kontrahenten als Käufer *erhält*. Umgekehrt im Falle des Importüberschusses - die ins Ausland abfließenden Devisen, die dort niemand haben will, um einem etwas abzukaufen, ändern die Wechselkurse, was die Potenz als Käufer erlahmen läßt; und der Goldabfluß bewirkt dasselbe über das offenkundige Schwinden der Zahlungsfähigkeit. Der nationale Goldschatz ist nicht der Reichtum der Nation, sondern ein *Mittel*, ihn zu steigern - und diese Funktion erfüllt er, wenn er nur zum Ausgleich von Schwankungen eingesetzt statt "verbraucht" wird.

So unbekümmert sich daher einzelne Kapitalisten dem Export oder Import verschreiben, so unausgeglichen der Handel mit dem einen oder anderen Land aussehen mag - der bürgerliche Staat bewährt sich auf dem Felde des Außenhandels erneut als *ideeller Gesamtkapitalist*, wenn er das Ideal einer *ausgeglichenen Zahlungsbilanz* und dementsprechend eine *ausgeglichene Handelsbilanz* verwirklichen will. Zu diesem Zweck betreibt er

1. *Währungspolitik*, d.h. er reagiert auf die Wechselkursänderungen, die sich über den Devisenmarkt ergeben, mit dem Beschluß generell neuer Paritäten. Da hierbei die Schädigung wichtiger Handelspartner ebenso wie eines Teils seiner kaufmännischen Internationalisten ansteht - je nachdem ob *Auf-* oder *Abwertung* - , sucht er die in

seinem Interesse fällige Korrektur anderen Staaten anzuhängen. Es macht nämlich einiges aus, ob ein Staat das Verhältnis seiner Währung zum Gold ändert und die fälligen Kursbereinigungen gegenüber einem wichtigen Partner so vollzieht, daß er gleich die Relation seiner Währung zu allen anderen verändert, oder ob er sich vorteilhafte Import- bzw. Exportbedingungen erhält, indem er über eine Phase freundschaftlicher *Stützungskäufe* einem Partner entsprechende Lasten aufhalst - oder ob ihm der Wechselkurs seines Dollars länger als allen anderen gleichgültig ist, weil dieser Staat in der Welt unbegrenzten Kredit genießt. Im Notfall bremst er seiner Währungspolitik schädliche Bedürfnisse seiner Geschäftsleute nicht nur mit Vorschriften und Kontrollen des Devisenhandels; er geht zur *Devisenbewirtschaftung* über, weil Währungspolitik eben

2. *Handelspolitik* zu sein hat, also Behinderung oder Förderung des Außenhandels an den Punkten, wo er sich nach-/vorteilig auswirkt. Mit dem Instrumentarium des *Protektionismus* - mit Zöllen, Einfuhrbeschränkungen, Lizenzen und allerlei Abwandlungen solcher Erschwernisse schädlicher Konkurrenz - macht er sich zum Anwalt eines *einseitig gedeihlichen* Weltmarkts, zumindest für eine gewisse Frist. Denn die Reaktion der Partner, die ihrerseits entsprechende Mittel zum Schutze ihrer Ökonomie einsetzen, macht ihm deutlich, daß sein Nutzen vom Weltmarkt nicht ohne Konzessionen zu erreichen ist. Er wird deshalb auch gleichzeitig nach innen tätig und wirkt auf die Konkurrenzfähigkeit der geschützten Branchen hin. Wo sich *Souveräne* gegenüberstehen, gilt sogar im Verkehr mit "schwachen" Staaten das Grundgesetz internationaler Konkurrenz - Zugeständnisse müssen gemacht werden, andernfalls saht die Konkurrenz ab; am besten aber ist es, man macht sie überflüssig. Dann kann man es sich aber auch leisten, gar nicht über den *Handel* zu konkurrieren.
3. Die neue Abteilung seiner *Wirtschaftspolitik*, die der bürgerliche Staat sich mit dem auswärtigen Handel eröffnet hat, verlangt ihm die Sorge um den wirkungsvollen Einsatz *d e r W a f f e s e i n e s* Kapitals ab: die Produktivität in seinem Herrschaftsbereich hat er zum Mittel der nationalen Bereicherung zu machen - und die außerhalb ebenfalls, was ihn einerseits als rücksichtslosen Parteigänger des Wertgesetzes auftreten läßt, andererseits dazu bringt, den praktischen Vergleich der Warenpreise nicht so recht stattfinden zu lassen. Seine Partner auf dem Weltmarkt tun es ihm gleich, so daß sich ihre Beziehungen als der ständige Schacher um die Aufhebung und Neufestsetzung von Handelsschranken abspielen; Export- und Importbedingungen wechseln mit den Erfordernissen der Konjunktur, die auch als wirksamer Hebel der Erpressung taugt.

Im Austausch von Waren auf dem Weltmarkt findet ein Vergleich *nationaler*

Produktivitäten statt, dessen Resultat nicht schwer auszumachen ist. Gewinn und Wachstum stellen sich bei den Nationen ein, die aufgrund der höheren Produktivität ihrer Unternehmen billig produzieren und Waren anzubieten haben, die andere gar nicht erst zustandebringen. Nationen mit niedriger Produktivität können da nur konkurrieren, wenn sie bei den Gewinnen Abstriche machen. Zur Produktion für den Weltmarkt gezwungen, wollen sie importfähig bleiben, vergrößern sie ihren Aufwand an Arbeit niedriger Produktivität und versorgen die Welt mit Produkten "arbeitsintensiver Industrie". Ihre protektionistischen Versuche werden entsprechend beantwortet, so daß sich nur noch währungspolitische Maßnahmen *g e g e n* die Wirkung des Wertgesetzes lohnen, die die *U n t e r w e r f u n g* unter dies Gesetz vollenden. *Modifiziert* wird es schließlich einzig über das Elend derer, die arbeiten müssen und an deren körperlicher Verfassung zu bemerken ist, daß sie ihre *Arbeitskraft unter Wert* verkaufen müssen. Durch diese Modifikation bereiten sich die unterlegenen Nationen freilich intensiv auf ihre Rolle als Billiglohnländer vor, die ihnen durch die Herstellung grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs zufällt: die Mittel der Arbeitsproduktivität, die als Kapital vorhanden sind, das sie nicht haben, lassen sich nämlich prima mit der billigen Arbeitskraft, die einfache Arbeit verrichtet, kombinieren. (Die Nationen, die sich am Irrwitz einer "bewußten Anwendung des Wertgesetzes" zu schaffen machen, trifft seine Macht in Gestalt des Weltmarktes nicht minder empfindlich, und auch dort müssen die Proleten den staatlich betriebenen Außenhandel finanzieren!)

d) Handelsverträge – Bündnisse – Kredit

In *Handelsverträgen* regeln Staaten untereinander die Konzessionen, die sie sich einander um der eigenen Bereicherung willen auf dem Felde des Warenaustausches machen. Diese Dokumente der Konkurrenz gestalten sich je nach den Drohungen, die die Beteiligten zu realisieren vermögen, als befristete Zusicherung von Lieferungen, die qualitativ und quantitativ festgeschrieben sind, als Rahmenkonditionen des freien Handels zwischen den Partnern, also als Regelung der Erschwernisse, die man für unverzichtbar hält, sowie als Einigung über den Umgang mit Dritten, die ja stets als Ausweg oder Opfer bilateraler Erpressung in Frage kommen. Da sich gewisse Schäden für die eine oder andere Seite nicht vermeiden lassen, gibt es *Bündnisse*, in denen die wechselseitige Erhaltung der Brauchbarkeit für alle Fälle zum Programm erhoben wird und die Nutznießer, also gewöhnlich die Urheber der festgelegten *Paritäten, Diskriminierung und Begünstigung* ganz viel "Verantwortung" für die Folgen ihres Geschäfts übernehmen. Neben Beschlüssen des *gemeinsamen Protektionismus* werden die nationalen Umgehungspraktiken gleich mit fixiert, und der Fall, daß eine nationale Währung ruiniert wird, ist auch vorgesehen -

freundschaftliche *Kreditierung in Swing-Abkommen*, Verpflichtung zu *Stützungskäufen* etc. sichern den Fortgang des Handels, wobei der partnerschaftliche Dienst oft in der *Existenzsicherung* der anderen *Nation*, in der Bewahrung der Funktionsfähigkeit für den Weltmarkt besteht, was die Bürger dieser Nation zu wahren, weil opferbereiten Internationalisten prädestiniert. Daß die schönsten Vereinbarungen dieser Art nach Kriegen zustandekommen, ist sicher ebenso ein Zufall wie die Tatsache, daß ihre "Reform" unter dem Druck der Kräfteverhältnisse nicht nur in Handelskriegen endet.

e) Die Scheidung der Staaten nach den Kriterien des internationalen Handels

Die Unterscheidung der Nationen vom Standpunkt des Handels ist eine nach den Kriterien der Brauchbarkeit für den imperialistischen Staat; sie wird *p r a k t i s c h* vorgenommen und ist keine ideologische Angelegenheit:

- Da gibt es *arme Länder*, die aber keineswegs unwichtig sind für den Welthandel. Der Verkauf ihrer Reichtümer macht andere glücklich, und die Einnahmen werden für die Stabilisierung des Staates verwandt. Weniger stabil ist dafür ihr Geld, so daß man sie zurecht *Weichwährungsländer* heißt und die aus- und eingehenden Lieferungen gleich in harter Währung fakturiert. Die staatlich festgesetzten Wechselkurse kommen auf dem Devisenmarkt nie zustande, die *Verschuldung* dieser Nationen ist die Geschäftsgrundlage und fordert Hilfe für die Zahlungsbilanz geradezu heraus.

Unter den armen Ländern gibt es allerdings auch reiche, die *keine* Schulden haben, sondern mit Öl ganz viele Petro-Dollars bzw. Gold anhäufen. Das wird ihnen ziemlich übelgenommen, zumal sie ein - ziemlich wackliges - Bündnis geschlossen haben, mit dem sie versuchen, einer Minderung ihrer Einnahmen durch den Kursverfall des Dollars entgegenzuwirken. Diese Einnahmen entspringen trotz mancher Gerüchte nicht dem *V e r k a u f* des Öls, sondern einem Anteil am offiziellen Verkaufspreis, der den Souveränen zugestanden wird. Diese verwenden ihre Rente konsequent wie die armen Staaten unter den armen und bewähren sich so als Hebel für die Nationen, bei denen man mit dem Erdöl was anzustellen weiß. Der Dollar-Reichtum ist für den *S t a t* da und nicht umgekehrt (was am schönsten in den idiotischen Formen der Repräsentation hervortritt), wächst also nicht. Außer ein paar Landsleuten mit anständigem Einkommen und einem Militär leistet man sich viele Paupers, und für die Verrichtung der nötigen Dienste haben sich Scheichtümer Gastarbeiter an Land gezogen. Ein Problem sind diese Nationen für die Regisseure des Weltmarkts auch. Die Finanzierung ihrer Herrschaft macht sich im Kostpreis der industriellen Produktion bemerkbar, weil ja auch die

Ölkonzerne und die Finanzminister was einnehmen wollen, so daß die Konkurrenz um den Import von Öl bisweilen nicht mehr als das richtige Verfahren angesehen wird.

- Es gibt aber auch wirklich *reiche Staaten*, konkurrierende *Handelsnationen*, die einem ständig Märkte streitig machen, andererseits aber selbst einen anständigen Markt haben, so daß sich den Gegensätzen manche Gemeinsamkeit hinzugesellt. Um die Verlaufsformen beider dreht sich hier der Ausbau der Beziehungen. Export- und Importvolumen sind wichtige Daten in der weitergehenden Differenzierung von Freund und Feind, wobei es ziemlich auf die Tendenz ankommt, die da von seiten der gerade regierenden Wirtschaftspolitiker auf einen zukommt. Was steht einem da auf dem Auto- und HiFi-Markt, im Werftgeschäft, beim Maschinenbau und in der Elektronik-Branche ins Haus? Die jeweilige Währung und was mit ihr angestellt wird sind Gegenstand reger Anteilnahme, aber nicht deswegen, weil der Härtegrad entscheidend dafür ist, was sich der kleine Mann im Auslandsurlaub leisten kann. Die Konvertibilität nationaler Währungen, d.h. ihre Austauschbarkeit gegen Dollars, eröffnet den Kampf auf den Devisenmärkten, der allerdings an einer gewissen Ungerechtigkeit krankt: die einen sind auf den Devisenmärkten die *Leitwährung*, die anderen *brauchen die Reservewährung*, ohne die manche Geschäfte einfach nicht zu kriegen sind. Denn die stolzen Besitzer solcher Währungen benützen ihre Zettel keineswegs zur "Schaffung von Liquidität" ...
- Die *Staatshandelsländer* fallen bei alledem gründlich aus dem Rahmen. Als Käufer treten sie auf dem Weltmarkt nicht auf, um sich durch die Einfuhr bestimmter Waren einen Vorteil im Vergleich Kostpreis-Marktpreis zu verschaffen; auch nicht, um Rohstoffe an Land zu ziehen, in dieser Hinsicht ist die SU gut versorgt. Die *Importe*, die der Ostblock tätigt, schließen *Lücken*, und zwar in der Sphäre der Konsumtion (Weizen) wie in Sachen Ausrüstung der Industrie. Die *Exporte* sind umgekehrt kein Verkauf von im Überfluß hergestellten und mit Gewinn absetzbaren Produkten, sondern Mittel zur *Devisenbeschaffung*. Das weitgehende Desinteresse an einer Öffnung des Marktes und an der zugehörigen Herstellung einer konvertiblen Währung, das mit dieser Stellung zum Weltmarkt vorgeführt wird, ist für dessen Macher ein Ärgernis. Im Ostblock treffen sie eine Außenhandelspolitik an, die "*prinzipiell diskriminiert*", die das Bedürfnis nach Meistbegünstigung anmeldet und umgekehrt von Kontingentierung nicht ablassen will. Natürlich ist auch ein *Kompensationsgeschäft* nicht zu verachten, aber ein dauerhafter Handelspartner, gegen den sich die Waffe der Produktivität gründlich einsetzen läßt, wird so aus diesen Staaten nicht. Die Verschuldung einer Nation, die sonst den *Ausbau* der Beziehungen eröffnet, wird bisweilen sogar zum Anlaß genommen, auf

Kosten des Konsums der "Massen" die Importe zu senken. Die Kreditierung eines Außenhandels, der weder Resultat von Überfluß noch Mittel für ihn ist, beunruhigt die Staatshandelsländer offenbar mehr als ihre Kreditgeber, die ihre Sicherheit nicht auf das sibirische Gold gründen. Daß die schlimmsten Zeiten vor über sind, in denen der Ostblock den internationalen Handel als ein Werk des Imperialismus geißelte, das einzig der Stärkung seiner Feinde dient, liegt an der *Schwäche der Produktionsweise*, in der der Staat nicht nur das *Außenhandelsmonopol hat*. Inzwischen ist man drüben der Auffassung, daß "der Außenhandel zur Effektivierung der gesellschaftlichen Arbeit" beiträgt, und zwar nicht nur im Comecon. Zu dieser Einsicht sind die Parteien der Arbeit über die Notwendigkeiten gelangt, die eine ineffektive Akkumulation im realen Sozialismus so mit sich bringt: mit Agrarprodukten und Erzeugnissen aus "arbeitsintensiver Industrie" werden die Resultate des "wissenschaftlich-technischen Fortschritts" erworben, die der Kapitalismus zuwege bringt, während sich die gleichnamige Revolution im realen Sozialismus nicht einstellt. Die SU hilft auch ihren Bruderländern nicht über entsprechende Schwierigkeiten hinweg, ja sie leistet sich - im RGW sogar manchen Vorteil - so daß um bilaterale Beziehungen zum Westen kein RGW-Land mehr herumkommt und die Hauptfriedensmacht diese Freiheit auch zugesteht. Bis auf die SU und die DDR sind sie alle im GATT, bezahlen also die Meistbegünstigung (bzw. die Gewährung von Zollpräferenzen analog den Entwicklungsländern!) mit dem kostspieligen Einstieg in den Konkurrenzkampf. Die darüber knapp werdenden Devisen suchen sie durch Angebote auch gegenüber Ländern der ärmeren Sorte zu kriegen, die des "Dumpings" verdächtig sind, aber keineswegs auf die solide Grundlage der entwickelten Produktivität zurückgehen: keine Eroberung von Märkten und keine Verdrängung der Konkurrenz findet da statt, sondern das Stopfen der Löcher, die der Import aus dem Westen reißt. Der alte und neue *economic warfare* wird offenbar auch mit den Schranken fertig, die der Osten im Umgang mit Ware und Geld präsentiert, und China bietet auch in dieser Hinsicht schon längst keine Alternative mehr zur SU.

f) **Vorgeschichte des Weltmarktes**

Daß die entwickelten kapitalistischen Nationen sämtliche Naturschätze und Produkte dieser Erde *brauchen* können, und zwar als Mittel ihres Geschäfts - andere Länder sich dagegen schwer tun, *brauchbar* zu bleiben, weil sie der Bereicherung nicht fähig sind, liegt an der Vorgeschichte des Weltmarkts. Durch den *Raub* von Naturschätzen und Gold, die an ihren Ursprungsorten weder Ware noch Geld gewesen sind, haben die Musterländer des Fortschritts den Reichtum angehäuft, der für die Schaffung der kapitalistischen Industrie vonnöten war. Diese gewaltsame Aneignung, die in den Kolonien mit der Verwendung von

Sklaven für die Vermehrung von *Kapital* fortgesetzt wurde, bildete die Grundlage auch für das Merkantilsystem, das an einer ewig positiven Handelsbilanz noch seine Freude hatte - und in den ehemaligen Kolonien hat der Abtransport der Schätze sowie die Zerstörung von Land und Leuten die moderne Perspektive des wechselseitigen Nutzens per großzügiger Einbeziehung in den internationalen Währungsfonds vorbereitet.

g) Ideologien über den Weltmarkt und für ihn

Da die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu ständigen Reibereien zwischen den Nationen führt, haben Nationalökonom, Journalisten und Linke alle Hände voll zu tun, ihr nationales und kosmopolitisches Verantwortungsbewußtsein unter Beweis zu stellen. Ändert sich ein Wechselkurs für ihren nationalen Geschmack zu schnell oder zu langsam, entspricht eine Nation in einer Währungsschlange nicht ihren Vorstellungen von kooperativem Wohlergehen - schon runzeln sie öffentlich die Stirn und warnen vor dem Zerfall "unseres" *Weltwährungssystems*; funktioniert es noch, fragen sie, und wer macht es denn kaputt? Die Linken mögen zwar nicht immer für die *Stabilität* der Weltwirtschaftsordnung umstandslos Partei ergreifen, doch wissen auch sie Rat: getreu der Devise, jedes Phänomen der *Konkurrenz*, das ihnen nicht paßt, zum Beleg für eine *Krise* hochzujubeln, entdecken sie nicht nur Schuldige für die flöten gegangene "Lösung der Probleme", sie behaupten auch zum x-ten Male, daß der Kapitalismus nicht geht, weil er nicht einmal (mehr) mit den Widersprüchen des Weltgeldes fertig wird. Locker verbreiten sie die Idiotie, daß eine "Ablösung" vom Gold stattgefunden hat - als ob nicht jedes Detail des IWF Zeugnis vom Gegenteil ablegen würde. Der Dollar, an dem sich alle Währungen messen müssen, mißt sich nämlich am Gold.

Die einschlägigen Schriften von Nationalökonom reihen von patriotischen Beschimpfungen fremder Regierungen und der Macher von Bretton Woods bis zu sinnigen *Modell-Alternativen*: feste oder flexible Wechselkurse? Da wird die Exportabhängigkeit "unserer" Wirtschaft beschworen, wenn die Inflation oder auch Rationalisierung gerechtfertigt werden soll. Alle unangenehmen Seiten des auswärtigen Handels pflegt man streng nationalistisch in Termini der Sorge um die internationalen Beziehungen zu kleiden, weil die nämlich das Anliegen aller Weltbürger zu sein haben - vom Kongo-Neger bis zum Kumpel Erwin. Die *Theorie der komparativen Kosten* oder eine abgewandelte, differenzierte Kleinausgabe davon hält als wissenschaftliches Fundament her, um den allseitigen Nutzen des Welthandels zu untermauern, als ob die *Bereicherung einer Nation* dasselbe wäre wie die Versorgung der Welt mit Tuch, Portwein, Datteln und Arbeitsplätzen! Aber wo an Kosten für Arbeit gespart wird, haben auch die Linken eine Ergänzung zu dieser Ideologie beizusteuern und rechnen "werttheoretisch" mit Arbeitsstunden herum, die sich in

ungerechten Proportionen tauschen. Auch im internationalen Handel werden aber nicht Arbeitsstunden getauscht, so daß sich BMW-Arbeiter mit Negern vergleichen, sondern Werte, über die Kapitale aus ihrer Produktivität Gewinn ziehen.

§3

Die Unterwerfung fremder Nationen unter die Bedürfnisse des Kapitals:

„Kapitalexport“: Die Überwindung der mit dem Handel gegebenen bzw. erzeugten Schranken - Zerstörung unbrauchbarer Produktionsweisen

Wenn der imperialistische Staat im auswärtigen Handel seiner Wirtschaft Vorteile verschafft, so erfährt er an den ökonomischen Anliegen und Potenzen der anderen Staaten seine Schranken. Der *Weltmarkt* bewährt sich als Mittel der Bereicherung des *nationalen Kapitals* nur in dem Maße, wie es die anderen Nationen, die auf ihren Nutzen aus sind, zulassen. So verläuft die Konkurrenz als beständige Serie von Vereinbarungen und deren Bruch bzw. Korrektur. Ob die Aufkündigung der laufenden Beziehungen in der Form des *Unwillens* (währungspolitische und protektionistische Hemmnisse) oder in der des *Unvermögens* (Schwinden von Angebot bzw. Zahlungsfähigkeit) erfolgt, ergibt sich aus den ökonomischen Grundlagen der geschädigten Nation, welche auch über den Fortgang des Abhängigkeitsverhältnisses entscheiden. Die bedingte Brauchbarkeit der Partner ist dem imperialistischen Staat Anlaß, die Notwendigkeiten, denen sich die fremden Mächte ausgesetzt sehen, auszunutzen. Sie werden mit ihrem Willen zur Fortführung ihrer Herrschaft, für die ein *Funktionieren* der ökonomischen Grundlage unerläßlich ist, erpreßt. Und zwar mit dem Angebot der Hilfe und weitergehenden Zusammenarbeit bei Maßnahmen, welche die Volkswirtschaft in ihrer *Produktion* zurichten als *Mittel für die Bedürfnisse des Weltmarkts*.

1. Wo der Handel die koloniale Vorgeschichte darin vollendet hat, daß die Finanzierung der herrschenden Klasse und eines Staatsapparates der Preis für die Überlassung der natürlichen Reichtümer gewesen ist, lautet das Rezept für die drohende Unbrauchbarkeit *Entwicklungshilfe*.
2. Wo der Krieg die Konkurrenz der imperialistischen Staaten dahingehend entschieden hat, daß in Europa neben einer besiegten nur ruinierte Industrienationen ihre Verluste zählten, ist es den USA - die als einzige akkumulationsfähig geblieben waren - eine süße Verpflichtung gewesen, der auswärtigen Akkumulation wieder auf die Sprünge zu helfen. Sie haben ihrem Kapital eine Sphäre der Akkumulation erschlossen, indem sie den

ihnen genehmen Souveränen eine neue oder renovierte Zirkulation kreditierten. Seither ist die Außenwirtschaft ein einziger Beweis dafür, daß der Weltmarkt ein dauerhaftes Mittel nicht für die Nation ist, deren Kapital auf ihn angewiesen ist, sondern für die, welche ihn für ihr Kapital einrichtet (was selbstredend die Nutznießung der aufgelösten Kolonialreiche einschließt). Da sich der Vorteil der so entwickelten Handelsnationen angesichts der bleibenden Omnipräsenz des Dollar-Kapitals als ein relativer erweist, überwinden sie die Schranken eines gemeinsamen Marktes durch die Internationalisierung der Geschäftstechniken, die sich im Innern der Nationen längst als Waffe des Kapitals bewährt haben: der *Zusammenschluß* von Kapital befähigt mit der Größe des eingesetzten Vermögens die Beteiligten zu neuen Leistungen im Konkurrenzkampf. Was für die einzelnen Nationen herausspringt, wenn sämtliche *Produktionsfaktoren mobil* sind und *multinationale Konzerne* den Vergleich von Kostpreis und Marktpreis praktizieren, hängt von den Konditionen ab, die die Bündnispartner ihren ausländischen Freunden abzuhandeln in der Lage sind. Gegenstand des Streits sind hier der Standort des Unternehmens, die Besteuerung, Besonderheiten im Umgang mit dem Arbeiter und seinen Gewerkschaften - kurz: die wirtschaftspolitischen Erfordernisse und Konzessionen an die Rentabilität, also auch sämtliche Bedingungen des Marktes, welche zwischen den beteiligten Nationen und gegenüber Dritten gelten sollen.

3. Wo die Staatshandelsländer aufgrund der Schwierigkeiten bei der effektiven Akkumulation von verstaatlichtem Kapital ihr weitgehendes Nein zum Weltmarkt lockern, um die "wissenschaftlich-technische Revolution" doch noch zu bemeistern, treten die imperialistischen Länder bereitwillig als Beender des "kalten Krieges" auf. Auch hier eignet sich das *Kapital in Form von Kredit* vorzüglich zu seiner exterritorialen Vermehrung, da die staatssozialistische Weise der Ausbeutung ihrer Finanzierung durch westliche "Monopole" keineswegs widerspricht und die Konditionen des Handels sich so laufend liberalisieren.

Entsprechend den Dialogen und ihren Ergebnissen, den imperialistischen Anträgen

und der Widerstandskraft auswärtiger Mächte erweitern sich die Kriterien, nach denen sich die Welt aufteilt: verschiedene Formen der politischen Herrschaft werden an ihrer *Brauchbarkeit*, daher auch an den *Menschenrechten* gemessen.

a) Die Verwendung der Völker für die weltweiten Anliegen des nationalen Kapitals

Weil die Praktiken des internationalen Handels der Garant dafür sind, daß der mit ihnen verfolgte Nutzen erlischt, darf es beim "bloßen" Handel nicht bleiben. Für den positiven Effekt will etwas getan sein, denn nicht die Ruinierung anderer Staaten ist der Zweck, sondern ihre Ausnützung. Die Opfer müssen tauglich bleiben, und da hier Nationalisten - also Patrioten, die das Sagen haben - unter sich sind, wird mancher um seiner Herrschaft willen zum Knecht. Er tut schließlich das Beste für seine Nation, wenn er aufs Wachstum, auf Arbeitsplätze und auf die internationale Geltung achtet. Daß er sich dafür in der Welt des Imperialismus bewähren muß und nicht gegen sie, macht gerade seine Verantwortung aus. Hier ist Wirtschaftspolitik im Bewußtsein der Abhängigkeit verlangt, also *gemeinsame*: die Staatsmänner sind die Exekutoren der Völkerfreundschaft, und die Gegensätze zwischen ihnen mögen sich noch so sehr "verschärfen" - ihre Sache ist es nicht, sie auszuhalten. Deswegen stehen sie auch den Anstrengungen ihrer Kollegen, aus dem Weltmarkt doch eine nützliche und ziemlich wechselseitige Angelegenheit zu machen, so aufgeschlossen gegenüber. Wenn die Akteure der Geschäfte, die über den Austausch von Waren hinausgehen, damit er weiter funktioniert, ihr geliebtes Volk als Argument ins Feld führen, dann nur um zu demonstrieren, wieviel sie sich erlauben wollen gegenüber dem Rest der Staatenwelt die Gewißheit, daß die Unbotmäßigkeit des Volkes weder ihnen noch den anderen gelegen kommt. Daß weder ein Campesino noch ein französischer Winzer und auch nicht ein Landwirt aus Siebenbürgen die "Probleme" der Weltwirtschaft zu lösen hat, gilt allen als selbstverständlich. Gerade in Fragen der "internationalen Zusammenarbeit" sind die Politiker allein kompetent und völlig souverän; und was sie ihrem Volk hier wie dort zu berichten haben, erschöpft sich in der Auskunft, daß sie trotz der anderen alles zu seinem Besten regeln.

b) "Entwicklungsländer": Souveränität in auswärtigen Diensten

Im Unterschied zu den Leuten, die in südlicheren Breiten hausen, haben die Nationen, zu denen sie zählen, keinen Hunger, sondern Probleme mit ihrer Zahlungsbilanz. Diese Probleme zeigen erstens, daß sie am Umschlag des Reichtums dieser Welt beteiligt sind, aber zweitens mit dem für ihre Partner unbefriedigenden Ergebnis, den Erfordernissen eines geregelten Austausches nicht recht nachkommen zu können. So erfreuen sie sich der regen Anteilnahme dieser Partner, die ihnen nicht nur einen *Zahlungsaufschub* gewähren; sie drängen auch darauf, daß die Kreditierung nutzbringend in Anspruch genommen wird, schicken Berater ins Land, die für den Aufbau *arbeitsintensiver Industrie* mit Rat und Tat

bereitstehen. Wenn die billigen Arbeitskräfte dann ihrer Nation was zum Verkaufen hergestellt haben, erklären sich die Länder, die ihre Entwicklung hinter sich haben, zu *Zollpräferenzen* bereit, halten aber das Einströmen des preiswerten Zeugs auch durch *Einfuhrquoten* in Grenzen, weil die eigene Wirtschaft... Wenn umgekehrt ein mit Armut und Schulden reich gesegnetes Land protektionistisch zu Werke geht, wird es massiv daran erinnert, daß es sich seiner Entwicklung nicht verschließen kann. Es darf seine Arbeitskraft und Energie auf diese Weise doch nicht der fremden Benutzung entziehen, also verschwenden. Notfalls werden auch *Gastarbeiter* importiert, die ihr Heimatland durch Überweisungen beträchtlicher Teile ihres *Lohnes* mit *Geld* versorgen, durch welches der Währung geholfen werden kann, das sich aber auch als Kapital verwenden läßt. Selbst zu *Investitionen* sind großmütige Geldgeber aus den Industrienationen bereit: bei Öl und Bergbau schon immer, da die Versorgung der Weltwirtschaft mit den wichtigen Schätzen unbedingt gewährleistet sein muß. Aber auch für minder kostbare Sachen finden sich stets Interessenten, wie man an den guten Beziehungen mancher Regierung zu den Fruit Companies sehen kann. Die Zahlungsbilanzen der "unterentwickelten" Länder befördern die alten und neuen Initiativen dadurch, daß "ein Markt" geschaffen wird, der es in sich hat. Diese Staaten wälzen die herkömmlichen Produktionsweisen, in denen sich die Menschen recht und schlecht am Leben erhielten, gründlich um; zum Zwecke der Behauptung im internationalen Geschäft, welche den Staatsmännern am Herzen liegt, zwingen sie ihre Gesellschaften, außer den auswärts gewünschten Sachen so gut wie nichts mehr zu produzieren (*Monokultur* heißt das dann), und berauben die Mehrzahl der Bevölkerung der Existenzgrundlage. Lebensmittel müssen dann in Ländern mit keineswegs miesen natürlichen Bedingungen für ihre Produktion aus- und eingeführt werden, ohne daß sie sich die "Massen" kaufen können. Damit sie mit den wenigen Kreuzern, an die sie herankommen, nicht übermütig werden, treibt ihr Staat eine Geldpolitik der preiswerten Exporte (Inflation als bewußt eingesetztes Mittel, natürlich auf "Anraten" der Partner). Die Regierung kann mit ihren Einnahmen bei den Entwickelten gerade die Geräte kaufen, die für die Aufrechterhaltung der *Stabilität* notwendig sind, für ihren und der Miliz Lebensunterhalt einiges erstehen, damit auch immer genügend Leute für den *Gewaltapparat* zur Verfügung stehen, der allein mit der Armut fertig wird. Wegen dieser Armut gibt es bei den Unterentwickelten nämlich manchen *Aufstand*, der auf die Beseitigung der Regierung zielt und der Unterwerfung des ökonomischen Lebens unter die ausländischen Interessen ein Ende machen will. Die imperialistischen Staaten, gewitzt aus reicher Erfahrung in der Auflösung von Kolonialreichen, wissen zwar ganz sicher, daß auch ein neuer Souverän den Traum von Unabhängigkeit und Reichtum seines Landes nicht verwirklicht; doch die *Brauchbarkeit* des Partners ist durch den *Bürgerkrieg* unmittelbar, durch seinen

zweifelhaften Ausgang sowieso in Frage gestellt. Schon die Waffen in den Händen der Rebellen beweisen, daß andere Mächte an einer Veränderung des status quo interessiert sind, daß die *Neuregelung der Abhängigkeit* eine Frage der *Konkurrenz* ist. Und die belebt bekanntlich das *Geschäft*: das mit den Waffen, die in "Krisengebieten" so dringend gebraucht werden, u n d das mit allem anderen Zeug dazu, welches für den "Aufbau" des Landes nach geschlagener Schlacht vonnöten ist. Für die imperialistischen Außenpolitiker steht also die schwierige Entscheidung an, die Seite der kämpfenden Parteien zu unterstützen, von deren Sieg die gedeihlichsten Beziehungen zu erwarten sind; ohne sich Illusionen über die Konkurrenz aus Ost und West sowie über die keineswegs nur gebilligten Ziele und Praktiken der *Gegner* vor Ort hinzugeben, steht eine *aktive Beobachtung* der Kämpfe an: also zunächst einmal Maschinengewehre - und größeres Gerät für die Regierung, solange die traditionellen *Geschäfte* noch irgendwie lohnend laufen; fristgemäßes diplomatisches Umschwenken entsprechend dem Verlauf des Gemetzels, schließlich Anerkennung der neuen provisorischen Regierung zum Zwecke der Aufnahme von Beziehungen, durch die der Osten auf Wen Fall, die westlichen Konkurrenten soweit wie möglich ausgeschaltet werden müssen. Die Einflußnahme auf die Ausgestaltung der politischen Herrschaft vollzieht sich über lebhaft diplomatische Reisetätigkeit, hin und her, wobei sich die *Gegenspieler* der nationalen Szene genauestens über die künftigen Konditionen ihrer Herrschaft informieren können und langsam klare Vorstellungen darüber kriegen, wie sie nach innen auftreten müssen ...

Die Abwandlungen dieses Prinzips imperialistischer Entwicklungshilfe, das sich im Iran ebenso bewährt wie in Nicaragua, Zentralafrika oder Portugal, sind alles andere als ein Beleg dafür, daß es in den Kämpfen von Befreiungsbewegungen oder den anschließenden Regierungsprogrammen um den *Sozialismus* geht - unter diesem Titel tritt seit der französischen Revolution jede Politik auf, die an der gerade praktizierten etwas ändern will. Schon die Attribute - da gibt es einen afrikanischen, islamischen usw. Sozialismus - machen deutlich, daß auch im praktizierten Anti-Imperialismus die *Rettung der Nation* höher steht als die *Beseitigung des Elends*, das der Imperialismus mit Hilfe alter und neuer nationaler Souveräne täglich neu produziert Ohne Geld und Waffen von mindestens einer imperialistischen Macht würde es nämlich keinen jener exotischen Potentaten mit seinem während des Studiums an der Sorbonne ausgedachten Befreiungsprogramm geben; die mehr oder minder geschickten Versuche, aus der Konkurrenz der imperialistischen Länder untereinander und mit der SU etwas herauszuschlagen, enden mit einer unabhängigen Republik, die ganz und gar davon abhängt, wie sehr ihre neuen und gefeierten Führer sie brauchbar machen. Leider verringert sich diese Abhängigkeit auch nicht durch ihre

Streuung, die für die andere Seite sehr wohl von Vorteil ist. Und bei zu großen Ansprüchen wird da schnell ein Putsch inszeniert, der klarstellt, daß die "Entwicklungsländer" eben ihrem Begriff nach *Mittel des Weltmarkts* sind. (Umgekehrt ist es auch nicht bei den Erdöl-Imperien: unfähig, das Öl selbst zu fördern und es zu nützen, werden sie vom Kapital finanziert, um brauchbar zu bleiben - und für übertriebene Ansprüche hat Amerika sogar eine extra Kampftruppe.) Auch die "fortschrittlichen Kräfte" liefern an allen Ecken der Welt den Beweis dafür, daß ein Programm der *nationalen Befreiung* auf Grundlage einer weder kapitalistisch noch sonstwie entwickelten Ökonomie, unter zynischer Verwendung von billig gedungenen Massen (die weder wissen, wo Moskau noch wo New York liegt), einen Widerspruch darstellt, der sich in Leichen und sonst nichts ausdrückt - zumal die SU weder willens noch ökonomisch in der Lage ist, um etwas anderes mit dem Imperialismus zu konkurrieren als um Einflußsphären. Politische Herrschaft in "Entwicklungsländern" zwingt das niedere Volk unter Lebensbedingungen, die erforderlich sind, um die *N a t i o n* als *Mittel des I m p e r i a l i s m u s* zu erhalten, woraus sich auch der eigentümliche Charakter der Politik in solchen Staaten ergibt. Und danach, was die Regierungen in dieser Hinsicht leisten, werden sie von den Metropolen aus beurteilt, geduldet, unterstützt oder beseitigt. Schließlich wird der *Export* des Produktionsverhältnisses, welches *Kapital* heißt, dadurch lohnend, daß die politischen Verhältnisse sämtliche Produktionsbedingungen billig machen. Bei der Ware Arbeitskraft bedeutet dies, daß das historische und moralische Element, das ihren Wert hierzulande für die Kapitalisten so unangemessen hoch macht, durch die Staatsgewalt gar nicht erst zugelassen wird. Nach der Zerstörung der alten Produktionsweise hat ein Kampf um zivilisatorische Tendenzen nicht stattzufinden, und die Staatsgewalt hat sich darauf zu konzentrieren, die Garantie des Eigentums, den Schutz der Anlagen, die persönliche Sicherheit der Gäste usw. zu garantieren. Sonst verschlechtern sich die Beziehungen ...

c) "entwickelte Länder": Internationalisierung der Akkumulation - Konkurrenz und Bündnisse

Die Gegensätze zwischen Nationen mit entwickelter kapitalistischer Produktionsweise eröffnen da schon andere Perspektiven: der Weltmarkt ist *ihr Mittel*, und als Handelspartner schätzen sie sich wegen der Produkte ihres *Kapitals*. Die Überwindung von Schwierigkeiten eines Landes mit seiner Zahlungsbilanz ist daher eine Frage der effektiven Anlage von Kapital, und das Interesse an Veränderungen in der Produktion existiert auch beim Partner mit Überschüssen. Ihm liegt nichts daran, daß die vergeigte Währung der anderen Nation den Außenhandel unmöglich macht, die "gewonnenen" Devisen dienen nicht

der Vermehrung seines Kapitals, sondern werden immer niedriger gehandelt. *Übereinstimmung* besteht also zwischen imperialistischen Nationen darüber, daß jede vom Gelingen der Akkumulation beim Partnerland abhängig ist; von der *Stärkung* der konkurrierenden Nationalökonomien gilt es zu profitieren statt sie unbrauchbar für den Welthandel zu machen. Imperialistischen Ländern liegt einiges daran, ihre nationalen Märkte von den Schranken zu emanzipieren, die sie dem Wachstum des Kapitals setzen, solange Geld und Kredit nur als Mittel für den Austausch auftreten können. Die *Internationalisierung des Kapitalmarkts*, die Anlage von Kapital an jedem Punkt der nationalen Hoheitsgebiete, wo es der Vermehrung fähig ist, wird zum Hebel der *nationalen Akkumulation*. Gewinne, die im Land keine Anlagensphäre mehr vorfinden, erhalten sie außerhalb - und Produktivkräfte, zu deren Ausnützung das nationale Kapital nicht in der Lage ist, werden durch auswärtiges Vermögen erschlossen und profitlich entwickelt. Die Nationen bedienen sich der *Konvertibilität ihrer Währungen* und der politisch gesicherten *Scheidung von Eigentum und Arbeit*, um sämtliche *Faktoren der Produktion* für die *Expansion des Kapitals mobil* zu machen. Das Interesse am nationalen Wachstum verbürgt den gar nicht idyllischen Charakter dieser Kooperation, zu der die Staatsmänner mit ihrem wirtschaftspolitisch geschärften Verstand antreten. Der *Patriotismus des Kapitals* versöhnt sie in der Anstrengung, überall die besten Ausbeutungsbedingungen herzustellen - und er entzweit sie in dem Bemühen, die Früchte des Kapitals zur Stärkung i h r e s Staates reifen zu lassen.

Der Streit, an dem sich Politiker und Kapitaleigner ziemlich paritätisch beteiligen, erstreckt sich von vorneherein auf die *Realisierung* des Prinzips, das alle billigen; ebenso wie die Freiheit des Handels nur in *Gestalt ihrer geregelten Bedingungen zur Welt* kommt, gibt es den freien Kapitalmarkt nur als eine Liste national erwirkter *Kapitalverkehrskontrollen*. Ob nur *Portfolio-* oder auch *Direktinvestitionen* zulässig sind, will ebenso durchgesetzt sein, wie die Frage entschieden werden muß, was mit den Gewinnen geschieht, raus oder reinvestiert. Bei ihrer Teilung spielt die *Steuer* eine erhebliche Rolle, und was sich da ein Staat holen will, ist schon ein Kriterium für den *Standort eines multinationalen Unternehmens*. Die Trennung von Eigentum und Funktion desselben gestattet da zwar manchmal die Flucht in eine "Steuer-oase", doch bleibt die Stätte der materiellen Produktion mit ihren Versorgungs- und Absatzbedingungen eben ein entscheidendes Moment in der nationalen Vor- und Nachteilsrechnung, ebenso wie das Verhältnis zu Schwester- und Tochterfirmen anderswo und ihren *Märkten*. Die gegensätzlichen wirtschaftspolitischen Ambitionen führen da zu Übereinkünften bezüglich der Aufteilung des Einzugsgebiets wie von diversen Projekten, die gegeneinander aufgerechnet werden. Wo Konkurrenz als gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik ausgetragen wird, pflegen die Manager dieser *Integration* um der

Durchsetzung in ihren wichtigen Streitpunkten willen auch einmal nachzugeben, wofür dann ein Teil ihres Volkes besondere Fortschrittsopfer bringen darf: der Bauernstand manchen europäischen Landes weiß zwar nicht, was *gesamteuropäische Agrarpolitik* ist, aber spüren tut er sie schon, die Folgen der Konzessionen, die da an die französische Nation gemacht wurden, um sich auf anderen Gebieten schadlos zu halten. Besichtigt man die Opfer, die strategisches Vorgehen fortgeschrittener Nationen auf dem internationalen Kapitalmarkt hervorbringt, nach ihrer räumlichen Verteilung, dann weiß man auch, daß *Struktur- und Regionalpolitik* not tut. Durch die Mobilisierung des Faktors Arbeit hat z.B. die BRD brauchbare *Gastarbeiter*, und Anatolien bleibt wie der Mezzogiorno ein strukturschwaches Gebiet. Wo das Kapital international zu Werke geht, besteht es eben auch auf der freien Konkurrenz von Arbeitskräften verschiedener Nationen, welche den nützlichen Vergleich zwischen teuren und billigen Leuten gestattet. Die Anwerbung von Leuten, bei denen das historische und moralische Element ihres Wertes als Arbeitskraft nicht so ausgeprägt ist, belebt die Konkurrenz und diese wiederum das Geschäft enorm. Die anderen Arbeitskräfte haben auch etwas davon - sie dürfen mit ihrer Leistung um die Erhaltung besagten Elements kämpfen. Und wenn sie es anders tun, nämlich mit organisiertem Arbeitskampf, dann erteilen ihnen die internationalisierten Arbeitgeber den Bescheid, daß sich ihre Beschäftigung nicht lohnt. Auf das *politische Klima*, das die Staatsmänner bei sich zu Hause zu stiften in der Lage sind, kommt es bei den Investitionsentscheidungen durchaus an - es wird zum Faktor der Kalkulation, weshalb das Gedeihen von *Bündnissen* auf der Grundlage eines funktionierenden Kapitalmarkts häufig mit Erpressungen einhergeht, welche die Einbeziehung der Gewerkschaften erforderlich machen und die innenpolitische Linie der beteiligten Regierungen korrigieren.

Nicht einmal in Fragen, die am ehesten eine friedliche Abwicklung vermuten ließen, bleibt der Hader aus: sicher, der Einstieg in den internationalen Kapitalmarkt eröffnet ein *einvernehmliches Vorgehen* der imperialistischen Bündnispartner *gegen Dritte*, doch will der eine gewisse Vorteile im Verkehr mit seinen Ex-Kolonien wahren, und der andere möchte auf eine Kooperation mit der außerhalb stehenden Großmacht nicht verzichten. So machen einerseits die multinationalen Konzerne gewaltige Fortschritte in der Expansion ihres Geschäfts, und andererseits läßt manches große "Einigungswerk" noch zu wünschen übrig. Die *politische Integration* hat eben die Verlaufsform, die ihr als einem *Gegeneinander* von ökonomisch abhängigen Staaten ziemt, die ihre *Souveränität* in wirtschaftlichen Gewinn umsetzen wollen. Da steht die "effektive Entscheidungshoheit" einer supranationalen Institution noch stets gegen die "Wahrung der jeweiligen Eigenverantwortlichkeit", und wenn um die *einheitlichen* juristischen Normen des Geschäfts, um *gemeinsame* Wirtschafts-

Sozial-, Finanz- und Agrarpolitik gerungen wird, so ist es noch stets eine Frage der *Macht*, der ökonomischen wie der anderen, welche "Konzeption" die gemeinsamste wird. Immerhin hat man es beim avanciertesten Bündnis zwischen imperialistischen Ländern schon zum institutionalisierten Erpressungsgespräch auf einigen "Ebenen" gebracht, so daß alle Beteiligten stets erfahren, welche Ansprüche sie gewärtigen müssen und welche sie mit wessen Hilfe durchsetzen können. Daß der Europa-Zirkus als Streit auch um die Funktionen und *Kompetenzen* der entsprechenden Abteilungen stattfindet, ist logisch und verwundert nur die Idealisten des europäischen Patriotismus, die meinen, eine Wahl in neun Nationen widerspreche dem imperialistischen Streben, eine Großmacht zu werden.

d) Die imperialistische Nutzung des "realen Sozialismus"

Die Staatshandelsländer sind mit ihrem Außenhandel weder Mittel der kapitalistischen Industrienationen noch sind sie in der Lage, den Weltmarkt zu ihrem Mittel zu machen. Sie brauchen ihn zur Aufrechterhaltung ihrer Produktionsweise, ohne ihn als Hebel ihrer Akkumulation einsetzen zu können. Das eröffnet den imperialistischen Nationen die Perspektive, dem Ostblock gegenüber die Bedingungen klarzustellen, unter denen ihm seine eigentümliche Art des Außenstehenden gestattet wird.

Die Kritik gilt sowohl dem Unwillen als auch dem Unvermögen, sich als lohnender Handelspartner zur Verfügung zu stellen. Wenn der Staat schon sein Außenhandelsmonopol nicht aufgeben will und die Unternehmen nicht nach ihren Rentabilitätserwägungen auf dem Weltmarkt agieren läßt, also auch keine konvertible Währung schafft, so soll er sich wenigstens bemühen, seine Devisenbeschaffung durch ein *brauchbares Warenangebot* zu bewerkstelligen. Dem Imperativ, sich gefälligst als anständiger Handelspartner zu bewähren, wird Nachdruck verliehen, indem Kreditspielräume eingeengt, Kontingentierung und Zoll zur Beschränkung mißliebiger Einfuhr angewandt werden - und zugleich befließigt man sich eines Angebots, das die Länder des Ostens, die Sorgen mit ihrer Produktivität haben, nicht leichtfertig ausschlagen; die imperialistischen Länder offerieren großzügig *Mittel zur Effektivierung der Produktion*, wobei sie gekonnt mit den Schwierigkeiten der einzelnen Ostblockstaaten kalkulieren, die im Rahmen der "sozialistischen Arbeitsteilung" entstanden und nicht lösbar sind. Die daraus entstandene "Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen" zwischen Ost und West nimmt Formen an, die kundigen Beobachtern der Szene schon die "Reintegration" des Ostens in die Weltwirtschaft verheißen, die mit der "Desintegration" des RGW ihren Auftakt nimmt.

Investitionsgüterimporte und Erstellung von Produktionsanlagen in *Lizenz* sind die peinliche Antwort des realen Sozialismus auf die "technologische Lücke", und weil Produkte wie der

süße Lada auch nicht gerade zum Renner ausarten, läßt man sich auf vertraglich fixierte Lieferung von *Roh- und Halbfertigwaren* ein, so daß bei vereinbarten Preisen die Deviseneinnahmen direkt proportional zum Lohn-Leistungsverhältnis an den neuen Produktionsmitteln steigen oder fallen. Derselbe internationalistische Gebrauch von slawischen Arbeitskräften kommt in den *Lohnveredelungsabkommen* zur Geltung, wobei sich die östliche Seite mit der nebenbei erfolgenden Vermittlung von *know-how* trösten kann. Die Bezahlung dieser seltsamen Ware ist übrigens in all diesen über den bloßen Warenverkehr hinausgehenden Transaktionen fällig, auch wenn sie *betriebliche Kooperation* heißen, durch die ein Außenhandelsmonopolist Devisen spart und sich einbilden kann, gut zu fahren, weil er den Vertrieb des gemeinsamen Produkts über die Absatzmärkte des Partners aus dem freien imperialistischen Westen gesichert bekommt. Bisweilen wird ihm nämlich bedeutet, er solle das mit Lizenzanlagen hergestellte Zeug innerhalb des RGW verkaufen - was angesichts der dort herrschenden Marktgepflogenheiten immer ein wenig schwer fällt. Devisen werden selbstverständlich auch gespart, wenn ein sozialistisches Land *Direktinvestitionen* zuläßt, weil die nämlich überhaupt nix kosten, sondern lediglich Land und Leute dem ersprißlichen Wirken auswärtigen Privateigentums anheimstellen.

Angesichts der positiven Folge der Zusammenarbeit mit dem Kapital, seinen nationalstaatlichen und internationalistischen Agenturen - immerhin erhält der Außenhandelsmonopolist sich am Funktionieren - sind die negativen Ergebnisse offenbar nicht mehr von großer Bedeutung: mag die EWG, die im Osthandel die Initiative ergriffen hat, ein imperialistisches Bündnis sein, das dazu noch ein Instrument des westdeutschen Chauvinismus und Revanchismus darstellt; mögen alle Konditionen, die einem abgehandelt werden, Zeugnisse für die unlautere Behandlung der sozialistischen Staaten im friedlichen ökonomischen Wettbewerb sein - solche Urteile gehören in die Redaktionsstuben der revisionistischen Zeitungen und wissenschaftlichen Organe. Die Vorbehalte, die von seiten der außenwirtschaftlichen Unterhändler jedes einzelnen RGW-Staates angemeldet und praktiziert werden, natürlich immer entsprechend der konkreten Analyse ihrer konkreten Situation, können auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der Imperialismus an der *Zerstörung ihrer Produktionsweise* zu schaffen macht. Der dankt es ihnen, indem er über die Widerspenstigkeit der östlichen Staaten klagt den Comecon fröhlich zu seiner faktischen Auflösung hintreibt und ganz öffentlich die Zuverlässigkeit der slawischen Vertragspartner, die billigen Löhne und die politische Stabilität der kooperativen Staaten hinter dem eisernen Vorhang lobt, natürlich ohne den Hinweis zu vergessen, daß es sich immer noch um kommunistische Staaten handelt, denen letztlich nicht zu trauen ist. Daß Schmidt, Krupp & Vetter doch Vertrauen haben, zeigen sie allerdings auch: gemeinsam

mit ihren östlichen Freunden wagen sie *joint ventures* für und in Drittländern, nennen sie Entwicklungshilfe und empfehlen den Meistern im Kreml, denen auch bei solchen Unternehmungen die Bereinigung ihrer Devisensorgen nicht gelingen will, mehr von ihrer billigen Arbeitskraft und ihren Bodenschätzen, energiespendenden zumal, für die Kooperation mit dem Westen bereitzustellen - nachdem schon die Sache mit persischem, also *fremdem* Erdgas so gut klappt. Die schwierigen Exporterlöse bleiben also schwieriger, je weiter die internationale Zusammenarbeit fortschreitet; den Kleinen im RGW allerdings bietet sich die einmalige Chance, Wachstum nachzuholen, wenn sie ihr verstaatlichtes Proletariat für die Emanzipation von der SU verheizen. Und die SU kann sich überlegen, ob sie aus ihrem "transferablen Rubel", einer mickrigen Ostblock-Verrechnungseinheit, auf Kosten ihrer werktätigen Massen eine konvertible Währung macht. Denn trotz aller Aufweichung muß man sagen, daß ein gescheiter Kapitalmarkt jenseits noch nicht existiert.

e) Der Weltmarkt als Kapitalmarkt der Weltmacht Nr. 1

Die Herstellung eines internationalen Kapitalmarktes wirkt auf alles andere hin als auf die Realisierung des Ideals von der ausgeglichenen Handels- und Zahlungsbilanz. An dieses Ideal müssen sich jedoch die Nationen halten, die zeitweilig oder überhaupt vorn internationalen Kapitalmarkt nur *betroffen* sind, ihn aber nicht *gestalten*, um sich vom Handel und seinen Wirkungen zu emanzipieren. Nur ganz tüchtige Nationen, bei denen der Kapitalexport als Passivum figuriert, werden der Unausgeglichenheit daheim und auswärts gelassen Herr. Die Probleme, die der wirtschaftspolitische Idealismus im Streben nach Ausgleich gewahrt, bewältigen diese Staaten, indem sie den Standpunkt ihrer Leistungsbilanz gegen andere durchsetzen, also ihr nationales Kreditgeld überall in Kapital verwandeln. Dies geht allerdings nur, wenn die Konkurrenz "überwunden" ist, also durch den gelungenen Übergang von der ökonomischen Konkurrenz zum direkten Vergleich der Souveräne. Der Sieger dieses Vergleichs ist in der Lage, den Weltmarkt zu *ordnen*, indem er ihn als seinen *Kapitalmarkt wiederherstellt*. Dieser Begriff des Imperialismus ist seit 35 Jahren keine Utopie mehr, weshalb aus den Reihen der Nationen, die über ihren Kapitalimport wieder zu Konkurrenten, potenten Bündnispartnern und auch Kapitalexporteurern geworden sind, manch böser Vorwurf laut wird. Der Verfall des *Dollarkurses* (der nicht der des *Dollars* ist) ruft das Verlangen nach einer "neuen Ordnung" des Weltmarkts hervor - so als wäre der jemals ordentlicher gewesen als heute. Undank ist der Welt Lohn!

f) Neue Kriterien für die Gliederung der Staatenwelt

Die *Gliederung der Staatenwelt* ergibt sich, weil es beim Weithandel eben um die Expansion

nationalen Kapitals geht, aus den *Schranken*, die ein Staat diesem Anliegen setzt. Armut ist hier keine Schande, sondern eine *Geschäftsbedingung*, so daß den Staat, der sie verwaltet, kein Vorwurf trifft. Sein Land ist eben *unterentwickelt*, und die Entwicklungshilfe hält es bei der Stange. Wenn sich allerdings dunkelhäutige oder auch schwächer pigmentierte Politiker einbilden, nützliche Entwicklungshilfe für sich verlangen zu können, fallen sie aus der Rubrik *Dritte Welt* zwar nicht heraus, aber in eine speziellere hinein - *pro westlich* sind sie dann nicht mehr, meist noch nicht einmal *blockfrei*, denn eine den Fortschritt des Kapitals hemmende Politik kann nur dem Hauptfeind des Weltmarkts zugeschlagen werden, der sich zwar ökonomisch aufreiben läßt, aber stets ungehörige Anstalten dabei macht. Die *kommunistischen Staaten* erfreuen sich einer Sonderstellung, ihre Sorte Herrschaft wird anerkannt und kritisiert zugleich, wobei sogar die Differenz zwischen Volk und Staat entdeckt wird, die bei den Unterentwickelten nur in Zeiten des unausweichlichen Umsturzes, also der Neuregelung von Herrschaft und Außenpolitik zum Vorschein kommt. Der Gegenspieler des Kommunismus ist der *freie Westen*, zu dem jeder Staat gehört, wo sich das Kapital unter amerikanischer Mitwirkung also zwanglos tummelt. Der freie Westen ist zwar, gemessen an den wilden Sitten, die in ihm herrschen, auch eine *Abstraktion* von den Gegensätzen, die ihn beleben - aber eine mit Realität, soweit der Unterschied und Gegensatz zum Rest der Welt zur Debatte steht. Es gibt eben diese nützliche *Gemeinsamkeit feindlicher Brüder* tatsächlich, auch wenn in bilateralen Beziehungen zur dritten und zweiten Welt jede Menge Abstriche an den gemeinsamen Interessen vorgenommen werden; die Abhängigkeit *bringt* Vorteile und der letzte Weltwirtschaftsgipfel hat in Tokio stattgefunden. Die Einmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten gehört zum Alltag der Außenpolitik, weil sich jede Kritik in ein *existentes* gemeinsames Anliegen auflöst und nicht bloße Ideologie darstellt. Der wechselseitige Nutzen stellt sich ein, Kritik bezieht sich auf sein *Maß*, während anderwärts schon einmal die Menschenrechte zur Sprache kommen; im Osten gibt es sie seltsamerweise prinzipiell nicht, in den unterentwickelten Ländern sind sie gelegentlich eine Ermahnung und zwei Fernsehreportagen wert. Doch ist die Aufteilung der Welt ja keine ideologische Veranstaltung.

g) Historisches

Die Reproduktion eines *Gemeinwesens* läßt sich fremdem Eigentum, auswärtigen Interessen nur unterwerfen, wenn die Herrschaft dort selbst ein Interesse an der Zerstörung der überkommenen Produktionsweise hervorbringt. Dazu mußte in der Regel einiges unternommen werden, gewöhnlich alle zu § 2 f) gehörigen Großtaten der kolonialen Ära. Eigentlicher Export des *Produktionsverhältnisses* liegt in der Vorgeschichte des Im-

perialismus in der Besiedlung Nordamerikas vor. Die Arbeitskraft der Auswanderer machte sich dort nach der Landnahme nicht nur durch ihre entsagungsvolle Verausgabung bemerkbar: Vertreibung und Ausrottung der Indianer, die bei der Jagd bleiben wollten, sowie der Import von Sklaven für Plantagenarbeit bezeugen, daß die *Freiheit des Privateigentums* der eigentümliche Exportartikel der Siedler gewesen ist. Und der ist nichts, wenn man selber für sein Eigentum arbeiten muß; also standen ein Paar originelle Abwandlungen der ursprünglichen Akkumulation an, und nach der gewaltsamen (Herbei-)Schaffung von exploitierbarem Menschenmaterial war die Gründung eines selbständigen Staates den Beteiligten ein Herzensanliegen. Sein Reichtum gestattete es diesem Staat, für sich und gegen andere zu akkumulieren.

h) Ideologien über den kapitalisierten Globus

Der Hindernisse für die imperialistische Verwendung allen Produzierens auf dem Erdball gibt es so viele wie es souveräne Staaten gibt. Dieses Ärgernis bildet den Ausgangspunkt für alle idealistischen Vorstellungen über die Kapitalisierung des Globus. Im Namen der internationalen Zusammenarbeit wird jedem Anflug von Selbstbehauptung in der Staatenwelt der verachtungswürdige Nationalismus vorgerechnet, während sich der Nationalismus, der sich gerade im Geschäft und in den Bündnissen durchsetzt, als die Krone der internationalistischen Gesinnung feiert. Die Amerikaner machen gleich gar keinen Unterschied mehr zwischen ihrer Verfassung, den Menschenrechten, dem Kapitalmarkt bei sich und anderswo und dem Fortschritt. Wir hingegen sind Europäer, die "ungleichmäßige Entwicklung" und das "Nord-Süd-Gefälle" treiben uns zu stets neuen Dialogen an, denen sich andere nur zögernd verpflichten, wenn sie sich nicht ganz abweisend verhalten. Dabei wäre fortgeschrittene *Integration* doch zu unser aller Bestem, was mit Büchern bewiesen wird, deren Titel schon alles sagen. "Le défi américain", "The European Revenge", "Politik für Europa" muß gemacht werden, aber mit den USA bitteschön, und Europa ist größer als die EG. Klar, daß Mandel und die linke Gemeinde da nicht abseits stehen können, denn eine "sozialistische Alternative" braucht der Imperialismus unbedingt. "Supermacht oder Partner?", so wird das europäische Bündnis befragt, und die Konkurrenz ums Öl, mit dem man die anderen ausbooten will, erheischt neben bilateralen Sonderabkommen gemeinsame Sprüche, in denen den Ölscheichs ihre Modernität und ihr Realismus bestritten wird - als ob es die ohne den Imperialismus überhaupt gäbe. Die multinationalen Konzerne will keiner gerne, weil sie nicht national sind, so daß man sich fragt, wer denn diesen treulosen Tomaten eigentlich zur Existenz verholfen hat. Die Gewerkschaften sogar entdecken an ihren auswärtigen Kollegen schädlichen Nationalismus und freche kommunistische Neigungen, weswegen sie ihre Funktionäre gleich ins Reisegepäck der Politiker stecken. Gemeinsam mit

diesen halten sie ihren Mitgliedern daheim die guten und schlechten Eigenschaften des auswärtigen Proletariats vor Augen. Japaner sind genügsamer, daher ihre Wirtschaft konkurrenzfähiger, andere streiken zu viel und bringen ihren Staat in die Klemme, so daß es ihnen ganz recht geschieht, wenn sie nichts zum Beißen haben. Als ginge es den Ideologen um die Imitation von Wakefield, entdecken sie auswärts ein Prinzip nach dem anderen, welches die einheimische Produktionsweise regiert. Süffisant vermerken sie das Funktionieren staatlicher Gewalt, welches Anlagen so sicher und lohnend macht, selbst im Osten; demokratischer Klimbim wird begrüßt oder in Zweifel gezogen, je nachdem er dem vorrangigen Ziel wirtschaftlicher Stabilität dient oder schadet. Auch hier sind wieder Linke zur Stelle und pochen auf die Unvereinbarkeit von Imperialismus und Demokratie, und letztere möchten sie noch dem letzten Neger schenken. Wo sich die Demokratie als die funktionelle Herrschaftsform auch für das Vorgehen nach außen bewährt, ist sie keine echte; wo sie, weil dysfunktional, gar nicht erst zustande gekommen wird, geht es ausschließlich um sie, denn die auswärtigen Herrschaften sind *Marionetten*, also gar nicht Diener von Nation und Volk. Wo die vom Imperialismus produzierte Armut am größten ist, entwickeln Akademiker aller Grade Entwicklungsmodelle, die manchmal ganz ohne Industrie und mit viel Drecksarbeit auskommen. Immer nach dem Motto: wie ginge echte Entwicklungshilfe? Parteigänger finden sie auch bei Freiheitsführern aus der "Dritten Welt", die aus der Rückständigkeit der Produktionsweise lässig ein kulturelles Gütesiegel ableiten. Staaten, von denen ein normaler Bürger ebenso wie die Linken nie Kenntnis nehmen, werden in dem Augenblick, da es kracht, zum bevorzugten Thema von allerlei Komitees, die die Wachablösung ausländischer Herrschaft prinzipiell für eine *Revolution* halten und sich von dieser Annahme weder durch Soares, Arafat oder Khomeini abbringen lassen. Von der falschen Kritik am realen Sozialismus, der nach allgemeiner Übereinkunft der Demokratisierung bedarf, ganz zu schweigen. Die politischen Ideale des Bürgertums scheinen selbst da recht schwer durchschaubar zu sein, wo sie unmittelbar der freien Bewegung des Kapitals das Wort reden. Als ob nicht schon manches klar wäre dadurch, daß als *S u b j e k t* der internationalen Beziehungen Figuren auftreten, die daheim mit ihrem Volk nicht gerade zimperlich umspringen. Die Differenzen im Preis, den die Lohnarbeit in den verschiedenen Gegenden des Weltmarkts erzielt, sind dafür immer wieder ein linker Anlaß, die Proleten der kapitalistischen Industrieländer mit dem Vorwurf zu beglücken, sie seien eine *Arbeiteraristokratie*, die sich auf Kosten ihrer Klassenbrüder im Tschad bereichere und an der Pauperisierung anderer teilnehme. In keiner anderen "Theorie" haben Linke deutlicher dargetan, daß sie von Ausbeutung, ihrem Subjekt wie ihrem Material, keine Kenntnis nehmen wollen. Deshalb halten sie auch die modernen Formen der Armut für ein Mittel der *B e s t e c h u n g* und die Verhungernden dieser Welt bedenken sie mit der

Rolle des "revolutionären Subjekts", streng nach der Klassenbewußtseinsformel, in der die fortschrittliche *Gesinnung* quadratisch mit dem erduldeten Elend wächst...

§ 4

Die Emanzipation der politischen Gewalt vom Geschäft, das sie sichert: Militär - Diplomatie - Krieg

Jeder Schritt imperialistischer Politik besteht entsprechend ihrem Ziel, der eigenen Nation die Produktion von Reichtum auch unter fremder Herrschaft dienstbar zu machen, in einer Schädigung des Interesses anderer Staaten. So wenig sich die Außenpolitik um die *Opfer* bekümmert, die ihre Durchsetzung auf dem Erdball bewirkt, so sehr ist ihr daran gelegen, mit dem Aufbegehren derer fertig zu werden, die über eine *Staatsmacht* verfügen, also über einen *Gewaltapparat*, ohne den die Ausbeutung der Menschheit an keinem Punkt der Erde zu machen ist: So wie die Aufteilung der Welt unter selbständige Souveräne ein Resultat von Kriegen ist, bedarf der im Weltmarkt praktizierte Kosmopolitismus der *militärischen Gewalt* zur Absicherung seiner Erpressungsmanöver, gehört zur Souveränität die Vorbereitung auf den Krieg. Jeder Staat hält sich um des Friedens der Konkurrenz willen eine Streitmacht, d.h. er trägt der Verletzung seiner außenpolitischen Interessen, die immer droht, dadurch Rechnung, daß er einen beträchtlichen Teil seines Reichtums für das Kriegshandwerk zur Verfügung stellt und von einem noch viel beträchtlicheren Teil seiner Bürger verlangt, sich im Ernstfall für die Nation zu opfern.

Dabei verfährt der imperialistische Staat jedoch nicht leichtsinnig im Umgang mit seinem Kriegspotential: die internationale *Diplomatie* sondiert beständig den Grad der Gefügigkeit bei sämtlichen Haupt- und Nebenfeinden, bemüht sich um kurz-, mittel- und langfristige *Bündnisse* politisch-militärischer Natur. In Organisationen wie der *UNO* erlebt sie ihre Höhepunkte: neben konsequenten Massenvernichtungseinsätzen in der "Dritten Welt", die stets ein gewisses Einvernehmen seitens der Hauptfeinde notwendig machen, pflegen sich die mehr oder minder Mächtigen dieser Welt organisiert Auskunft zu geben über das Maß verspielten und erwünschten Vertrauens. Debatten, Abstimmungen und Resolutionen signalisieren den einzelnen Nationen die internationale Lage, vollzogene wie angepeilte Entscheidungen und Zusammenschlüsse, wobei die Ungenauigkeiten der diplomatischen Auskünfte durch die Abteilung *Spionage* bereinigt werden. Das

Prinzip aller Communiqués und Händel heißt zu Recht *Nicht-Einmischung*, weil jeder Einmischung, zumal in "vitale Interessen", die Anwendung des für diesen Fall unterhaltenen Gewaltapparats auf dem Fuße folgt.

Sicher, in den geordneten Verhältnissen unseres heutigen Imperialismus kann nicht jeder Staat unliebsame Beschränkungen seines Erfolgs mit einer Kriegserklärung beantworten, die nötigen Ententen in die Wege leiten und losschlagen. Es ist eben Sache der Weltmacht Nr. 1, alles, was sich auf der Welt ökonomisch und politisch bewegt, am Zweck der Weltordnung, die sie geschaffen hat, zu messen, den Grad der Bedrohung einzuschätzen und angemessen zu reagieren - und zwar auch ohne Kriegserklärung und zweifelhafte Bündnispartner. Diese Aufgabe erfordert militärische Mittel, welche Überlegenheit zu jeder Zeit an jedem Ort garantieren. Der *Maßlosigkeit* ihres Kriegsprogramms werden die USA durch die Atombombe, die sie mit Hilfe ihrer Raketen an jedes Ziel befördern können, gerecht - freilich nur in *Ergänzung* zu den konventionellen Streitkräften und Waffen, die für *relative Bedrohungen* ihrer Interessen weiterhin zuständig bleiben, weil die *absolute Vernichtung* in solchen Fällen den Zweck der globalen Friedenssicherung gar nicht erfüllen würde. Umgekehrt taugt auch die absolute Waffe gegen eine absolute Bedrohung nur bedingt, da sich ein solcher Gegner die entsprechenden Geräte selbst zulegt. Diese Logik ist ebenso in die Tat umgesetzt worden wie die anderen Kalküle imperialistischer Außenpolitik: auf die amerikanische Drohung mit der allzeit fälligen Zerschlagung des Ostens hat die UdSSR reagiert, und seitdem gibt es einen *Rüstungswettlauf*, einen Beitrag der europäischen Partner zur Wahrnehmung der freiheitlichen Interessen (NATO) und *Abrüstungsgespräche*, in denen um die Sicherung, einer effektiven Kriegsführung gestritten wird. Die Sicherheit, die hier der Menschheit geboten wird, ist nur die eine: Vernichtung steht stets auf der Tagesordnung...

So sehr liegt den heutigen Protagonisten des Imperialismus an den *Bedingungen ihres Geschäfts*, daß sie einen ansehnlichen Teil des Reichtums von Freund und Feind auch einmal *vernichten*, wenn er sich wegen der politischen Hindernisse seiner *Vermehrung* nicht mehr zuführen läßt: die Emanzipation der Politik vom Profit, für den sie gemacht wird, ist eben eine *Geschäftsbedingung*, und Kriege sind daher immer wieder fällig, auch als *Weltkrieg*.

a) Die Notwendigkeit des Militärs

Die lateinische Frechheit "si vis pacem para bellum" wird von jedem modernen Staat beherzigt. Denn die *Gegensätzlichkeit* ihrer Interessen ist den Politikern wohlbekannt. Ihr Kontakt mit den Personifikationen fremder Souveränität hat schließlich keinen anderen Zweck als den, die Anliegen der eigenen Nation mit *Zustimmung* der anderen durchzusetzen, *obwohl* diese dabei manchen Nachteil in Kauf nehmen müssen. Die Ersetzung dieses "obwohl" durch "weil" sei hier einmal explizit vorgenommen: die Verhandlungen zwischen Staaten, ihr Feilschen um Kompromisse und der dann ratifizierte Vertrag haben bestimmte ökonomische Leistungen beider Seiten zum Inhalt, deren Vollzug nur durch den *Willen* des fremden Souveräns garantiert wird. Dessen Zustimmung, die sich keineswegs einfach aus dem positiven Urteil über die *Gegenleistung* ergibt, ist von vornherein ein *Ersatz für Gewalt*, die man *wegen* der existenten politischen Herrschaft außerhalb des eigenen Hoheitsgebiets nicht einfach einsetzen kann. Der "ewige Friede" ist freilich deshalb noch lange nicht in Sicht, denn soviel stimmt am *Gerede* von der Abhängigkeit der Staaten - weltweit - voneinander und von den USA als dem Weltpolizisten, daß die Aufkündigung der *Brauchbarkeit* seitens einer Nation die Interessen der anderen tangiert - und eine solche Verletzung der "lebenswichtigen Interessen" bedarf zu ihrer Verhinderung der *Drohung* mit, zu ihrer Korrektur der *Anwendung von Gewalt*. Dabei gilt es, die Drohung möglichst effektiv zu gestalten, damit die Anwendung überflüssig wird - denn die widerspricht unmittelbar den ökonomischen Zielen, die eine imperialistische Nation verfolgt. Ein *Krieg* vermehrt nicht ihren Reichtum, sondern mindert ihn unmittelbar, weshalb die kalkulierten *faux frais* der Drohung vorgezogen werden, weil sie *Mittel* der Vermehrung von Kapital *sind*.

Nicht mehr um zu erobern, sondern zur Beseitigung politischer Hindernisse, die er durch sein weltweites Wirken selbst provoziert, hält sich der imperialistische Staat ein *Militär*. Die *Waffen der Konkurrenz*, die die ökonomische Grundlage anderer Staaten mindern und ruinieren, beruhen auf der *Konkurrenz der Waffen*; die Überlegenheit in der Anwendung von *Gewalt* gegen das fremde Volk, das Mittel, dessen Reichtum zu vernichten, beugt den Willen des fremden Souveräns, bringt ihn dazu, sich in den Abhängigkeiten einzurichten, die ihn schwächen. Und zur Erhaltung seiner Souveränität im Rahmen der Erpressung ebenso wie zum druckvollen Umgang mit seinesgleichen hat auch jeder kleinere Potentat seine Wehrmacht. Insofern ist also das Militär tatsächlich "für den Frieden" da, als es den Krieg, die gewaltsame Übernahme der Herrschaft über ein anderes Volk als *Verfahren der Bereicherung* einer Nation ausschließt. Daß damit für kriegerische Unternehmungen kein Grund mehr besteht, glaubt niemand - der Wille zum Frieden, um den so viel "gerungen"

wird, ist schließlich der zur Durchsetzung ohne den Einsatz der Gewalt, solange es ohne geht ...

b) Zum Soldatenhandwerk

Während die gewöhnliche Politik in Demokratien delegiert, in Diktaturen und im Staatssozialismus akklamiert zu werden hat und denen überlassen ist, die Herrschaft verantwortlich auszuüben verstehen, ist für ihre kriegerische Fortsetzung der ganze Einsatz des Volkes gefragt, nicht nur die läppische Finanzierung. Im *Soldatenhandwerk* und schon in der Ausbildung für dieses Gewerbe hat der einfache Mann zu beweisen, daß er um seines Staates willen zum *Einsatz seines Lebens* bereit ist, wenn er Ausländer umbringt. Die Abstraktion von allem, was Inhalt seines Willens ist, hat er zu vollbringen - nur eines darf ihn noch interessieren: die *Behauptung seines Staates*. Für den Soldaten gilt tatsächlich die Charakterisierung des Krieges als Zustands, "in welchem mit der Eitelkeit der zeitlichen Güter und Dinge, die sonst eine erbauliche Redensart zu sein pflegt, Ernst gemacht wird" (Hegel), er muß für die Sache der Nation jedes Opfer bringen. Selbstverständlich bedarf es bei einem mit Willen und Bewußtsein begabten Vieh, das ein moderner Mensch nun einmal ist, des Trainings für den Ernstfall: denn selbstverständlich ist die geforderte Leistung nicht. Gewöhnung an *Gehorsam* ohne den leisesten Gedanken an das Wozu tut not. Wer überlegt, was er davon hat, zieht Befehle in Zweifel, statt sie auszuführen. Deshalb sind die Schleiferei beim Barras, die Kasernierung und die Beschränkung der Bezahlung dieses Dienstes auf Kriegs-Beamte, die dann auch zurecht Vorgesetzte werden, schon das Richtige. So lernt man die formelle Tugend, den Gebrauch des eigenen Willens höheren Instanzen zu überlassen. Daß dabei die Individualität etwas verroht, in den Kasernen Anerkennung sich, außer über "Kameradschaft", d. h. die widerliche Kumpanei der gemeinschaftlichen Scheiße, übers Saufen und die Darbietung der säuischsten Sprache herstellt, darf ebenfalls als adäquate Vorbereitung auf den Kriegsfall gelten. Wenn aber in einer, Gesellschaft, die sich der Mündigkeit' und Selbstverantwortung' ihrer Bürger rühmt, besondere Grade der Verwahrlosung an die Öffentlichkeit dringen, muß einiges an Propaganda aufgewandt werden, um den Eindruck zu erwecken, Soldat sein schließe faschistisches Gebaren auf keinen Fall notwendig ein. Im politischen Unterricht erfahren die Soldaten, daß sie im Namen der Demokratie töten lernen, also keinesfalls wie im Faschismus mit ihrem Gehorsam mißbraucht werden. Die Konflikte zwischen den Idealisten des demokratischen Zaubers und der militärischen Ausprägung des abstrakt freien Willens sind also schon lösbar, zumal ja sowieso keiner meint, daß in einem Infanteriebataillon Abstimmungen am Platze sind. Das Problem mit den skrupulösen Jungbürgern, die nicht zur Waffe greifen wollen, erledigt eine Demokratie unter voller

Achtung vor dem Gewissen der Verweigerer. Sie läßt sie per Ersatzdienst beweisen, daß sie noch größere Opfer für die Allgemeinheit zu bringen bereit sind, also auf ihre Weise zur Fahne stehen. Sicher, andere Staaten haben es mit der praktischen Übung des Erlernten einfacher: das Land mit seiner Leitwährung, weil es öfter mal einen begrenzten Krieg führt, und die Entwicklungsdiktaturen, weil bei ihnen das Militär bei der Kontrolle der Armut an den eigenen Staatsbürgern zeigen kann, wozu es fähig ist.

c) Diplomatie: Verlaufsformen internationaler Handlungsfähigkeit - UNO

Mit einer kampfbereiten Wehrmacht samt dem dazugehörigen Gerät können Staatsmänner um den Frieden ringen: das Militär versetzt sie in den Zustand der *Handlungsfähigkeit*, was kein Euphemismus ist auf dem Felde der Konfrontation zwischen Staaten. Durch ihren Gewaltapparat machen sich Politiker *unabhängig* von den Konjunkturen, die Reichtum und Armut in ihrem Herrschaftsbereich durchlaufen und ihren Kontrahenten allzu gemütliche Erpressungsmanöver gestatten könnten. Die Kriegsmaschinerie erlaubt ihnen, ohne ständige Rücksicht auf die aktuellen Abhängigkeiten, auf Gewinn- und Verlustrechnung ihrer Wirtschaft für die Berücksichtigung ihrer *Staaten* einzutreten. Von der Aufnahme neuer Kontakte zu Staaten, die zuvor im Rahmen von Bündnisverpflichtungen als Feinde galten, bis zum blanken Vertragsbruch, der dann die entsprechenden Konsultationen nach sich zieht, eröffnet sich dem Politiker eine breite Skala von Strategien und Taktiken, durch die er seinem Staat Vertrauen verschafft. Und diese Sorte Diplomatie ist Bedingung für das Zustandekommen all der *Geschäfte*, deren Erfolg sich schließlich in Dollar messen läßt. Durch sie wird *n e b e n* den in § 2 und § 3 behandelten Transaktionen die *Gesamtheit* der auswärtigen Beziehungen, die ein anderer Staat pflegt, beurteilt und am eigenen Interesse gemessen. Die Redensarten, die nach Staatsbesuchen oder Begegnungen zwischen Botschafter, ständiger Vertretung, Handelsmission etc. (was es davon gibt, ist schon Zeichen der guten oder schlechten Beziehungen) und Außenministerium in den Communiqués erscheinen, sind alles andere als nichtssagende Leerformeln; gemäß dem diplomatischen Codex zusammengeschraubt, fassen sie exakt alle Abstufungen des Einverständnisses und der verbleibenden Feindseligkeiten zusammen - enthalten also auch Angaben darüber, zu welchen konkreten, beiderseitigen Nutzen stiftenden Verhandlungen jede Seite prinzipiell bereit ist. Dabei sind Überschneidungen mit der wechselseitigen Wertschätzung, die sich aus dem Interesse an der Expansion des nationalen Kapitals ergibt, selbstverständlich; aber auch von Währungs- und Wirtschaftsbündnissen abweichende Initiativen sind nicht zufällig, sondern beabsichtigt. In diplomatischen Auswärtsspielen werden durchaus Differenzen kundgetan zu den Verbündeten, denen, man den bilateralen Partner abspenstig machen will. Da wird die "Abkühlung" von Beziehungen ausgesprochen und damit vollzogen, wenn ein

wichtiger Partner sich vom Gastland brüskiert sieht. An Gipfeltreffen aller Art fehlt es natürlich auch nicht, weil man da in freundschaftlicher Atmosphäre die Fraktionierung in allen wichtigen Fragen erkunden kann: in Sachen Weltfrieden volle Übereinstimmung, was den Nahen Osten betrifft, sind wir mit ... der Meinung, in bezug auf Afrika gilt für uns die Haltung der EG, die Lage auf dem Erdölmarkt wurde in den Gesprächen mit den USA nicht erörtert ... übereinstimmend traten beide Delegationen für eine Reduzierung der Rüstung ein, sowohl der atomaren wie der konventionellen; offen blieb die Frage ... Wenn Treffen dieser Art, die sich stets geschichtsträchtig aufblasen lassen, zu *unterschiedlichen Dokumenten* des Inhalts führen, wie man künftig zu verfahren gedenke, geht schon unmittelbar nach der feierlichen Unterzeichnung der Streit um die *I n t e r p r e t a t i o n* los: jeder sieht die Sache anders und bezichtigt die Gegenseite der Verletzung usw.

In der UNO haben die Völker dieser Erde von ihren Staatsmännern, d. h. eigentlich nur von den mächtigsten, eine veritable *diplomatische Börse* geschenkt bekommen, an der lange Zeit manche Nation nicht einmal teilnehmen durfte, weil sie nicht über den dort gehandelten Artikel verfügte: *politischen Kredit*. Inzwischen hat sich die Exklusivität der ersten Tage, als die USA alle Nationen um sich scharten, von denen sie aufgrund des Kriegsergebnisses konstruktive Beiträge zur amerikanischen Weltfriedensordnung erwarteten, gründlich gelockert. Nachdem das antifaschistische Bündnis der Alliierten der Konkurrenz der Supermächte um Einfluß in der ganzen Welt gewichen ist, hat die Mitgliedschaft in der illustren Weltorganisation unter heftigem Protest jeweils einer Seite enorm zugenommen, und der Ost-West-Gegensatz wird wie alle kleineren Mißhelligkeiten im Stile einer permanenten Völkerbegegnung rund um die Uhr gemeinsam ausgetragen, wobei die Hauptgeschädigten des Imperialismus neuerdings wenigstens in New York auch einmal gerecht repräsentiert werden. Daß die Chinesen reingekommen sind, liegt nicht daran, daß es so viele sind. In öffentlichen Großveranstaltungen ebenso wie in geheimen Treffen informieren und warnen sich Staatsmänner, tauschen Noten aus, suchen nach Gleichgesinnten für die nächste Abstimmung und protestieren oder legen ihr Veto ein, so sie dazu befugt sind. Natürlich sind die Abstimmungen und so Zeug nicht von derselben Durchschlagskraft wie die eines nationalen Parlaments, weil keine Gewalt die Beschlüsse exekutiert. Die Kritik an der UNO, die ihr mit einem "leider" ihre *O h n m a c h t* bzw. bloß moralische Autorität zur Last legt, verkennt dennoch einiges. Erstens, daß die Moral in der Zurichtung der Weltöffentlichkeit für den Imperialismus eine bedeutende Rolle spielt; auch der Papst ist dort kein Verstoß gegen die Tagesordnung; zweitens vergißt sie vor lauter Bedauern darüber, daß ein Staatenbund nicht gleich wie ein Staat zuschlagen kann, daß von den kompetenten Mitgliedern dieses Bundes schon zugeschlagen wird, wenn *s i e* es für

nötig befinden, und zwar mit und ohne den moralischen Segen der UNO (der, wenn vorhanden, allerdings weidlich ausgeschlachtet wird); und drittens übersieht diese Kritik, daß die Institutionalisierung des *internationalen diplomatischen Verkehrs* eine nicht zu verachtende technische Erleichterung der Erpressungsgeschäfte darstellt. Und die Bedeutung der Institution zeigt sich am besten an ihrem Thema Nr. 1: *Krieg & Frieden*. Denn bewaffnete Konflikte' gibt es auch seit dem Bestehen der UNO jeden Tag.

d) Scheidung der Staaten nach Einflußsphären - Leistung des Gewaltapparats

Die Trennung außenpolitischer Entscheidungen vom Tagesgeschäft mit Devisen, Öl und Auslandsaufträgen, die *Verselbständigung* der staatlichen Sorge um die Festigung der Souveränität gegen den praktischen Gebrauch der Anerkennung durch andere Nationen macht nämlich blutigen Ernst mit der eingangs (§ 1) getroffenen Feststellung, daß auf dem Weltmarkt der *Staat zum Agenten des Kapitals* wird. Seine durch das Militär erworbene Handlungsfähigkeit benützt der Staat in der Gewißheit, daß ohne *s e i n e n* Bestand auch die ihm unterworfenen *Gesellschaft* nicht gedeiht, daß *s e i n e* Durchsetzung unerläßliches Mittel für die Wirkung seines ökonomischen Potentials ist, zur Sicherung und Herstellung seiner Souveränität. Hinter den diplomatischen Verkehrsformen lauert also stets die *Ge*walt, die über die Aktionen anderer Souveräne das praktische Urteil fällt, daß sie die eigene Souveränität ankratzen.

- Für die *Geschöpfe* des Imperialismus besteht dieses "Problem" in ganz besonderer Weise. Sie kennen überhaupt kein anderes Problem, weil das Militär nicht das Mittel eines nach außen gerichteten Nationalismus darstellt, sondern Herstellung und Erhaltung der Nation - nach innen - einzig das Werk dauernder militärischer Aktion ist. Zwischen ihnen herrscht in der Rivalität um die Gunst der Staaten, deren Werkzeug sie sein wollen, die herrlichste Feindschaft, der auch der von allen erhobene Anspruch, ein Bollwerk des Anti-Imperialismus zu sein, keinen Abbruch tut. Der immer wieder fällige Waffengang nimmt aus der Tätigkeit militanter Opposition im anderen Staat seine Berechtigung; die *Guerilla-Truppen* erhalten Schutz und Unterstützung, wobei es sich angesehene Waffenschieber aus den Hochburgen der Demokratie und des realen Sozialismus nicht nehmen lassen, mit den von ihnen favorisierten Freiheitsbewahrern und -suchern ihre *Geschäfte* zu machen. In den Konflikten um den Kongo und in den jüngeren rund um Rhodesien werden die kämpfenden Parteien offenbar nicht schlecht versorgt, was auch eine schöne Art ist, die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten "auszunützen". Der ökonomische Gewinn, nach dem *M-Ler* sicher fahnden, existiert in diesen Kriegen nicht. Er entsteht für die europäischen und amerikani

schen Tutoren entweder nebenbei in den weitergehenden Geschäften mit den natürlichen Schätzen der Länder, deren Völker sich die Köpfe einhauen, oder hinterher durch die souveräne, ganz schwarze Regierung, die sich ihren Waffenlieferanten irgendwie verpflichtet fühlt.

Die Gründung des Staates Israel hat den Kampf der Palästinenser um i h r e n Staat hervorgerufen - und auch in diesem Fall ist die Ökonomie des Imperialismus zwar der "letzte Grund" des Geschehens, spielt aber für die Akteure vor Ort keine Rolle. Ein Staat will sich behaupten und tut dies mit Hilfe des "freien Westens", dem er seine Existenz verdankt; die anderen wollen einen Staat haben und lassen die dafür notwendigen Gewalteinsetze von umliegenden Machthabern finanzieren, denen Israel nicht paßt - aber nicht wegen des Elends, das es unter den Palästinensern anrichtet. Aus den diplomatischen wie militärischen Aktionen Jedenfalls geht Gegenteiliges hervor, und mit dem Leben bezahlen andere. Der Nahe Osten ist auch ein schönes Beispiel für die friedenssichernde Rolle der Diplomatie samt ihren österreichischen UNO-Soldaten; die konkurrierenden Weltmächte lassen fröhlich die "Massen" vor Ort für die Ausgestaltung ihrer Interessensphäre durch souveräne, ihnen verbundene Staaten verrecken - nebenher laufen die Ölgeschäfte und die amerikanische Finanzierung Israels...

- Für die imperialistischen Staaten, allen voran für die USA, stellt sich die Frage der gesicherten Souveränität schon weit außerhalb ihrer Grenzen. Denn ihre "lebenswichtigen Interessen" stehen überall auf dem Spiel, wo sie "engagiert" sind. Da gibt es verbündete Regierungen in der "Dritten Welt", die sich gegen kommunistische Aufständische kaum erwehren können, also auch amerikanisches Eigentum und US-Bürger nicht mehr schützen. In solchen Fällen ist es unerlässlich zu prüfen, welche Alternative ins Haus steht, wenn man die verbündete Staatsmacht fallen läßt - und entsprechend zu handeln. Um nicht immer gleich ein Land mit Krieg zu überziehen, der mit einer offiziellen Erklärung anfängt, mit schwerem Geschütz geführt wird und mit der Vernichtung von Land und Leuten endet, haben die USA die CIA erfunden. Deren Spezialeinheiten führen keinen Krieg gegen die andere Nation, sondern beteiligen sich hilfreich am Bürgerkrieg; und dabei müssen sie nicht unbedingt auf der Seite der gerade amtierenden Regierung stehen. Wo dieser Einsatz nicht ausreicht, weil sich ein Staat samt der Mehrheit seines Volkes nicht mehr willens zeigt, die guten Beziehungen zu wahren, muß jedoch voll durchgegriffen werden. Vor allem dann, wenn sich die Aufteilung der Welt in *Einflußsphären* zu ändern droht: für die auswärtigen Statthalter militärischer Kontrolle der weltweiten Armut, die ja auch das "Gleichgewicht" gegenüber dem Osten aufrechterhalten, der sich überall einmischt, muß schon etwas getan werden

- auch wenn ökonomisch überhaupt nichts zu holen ist, denn nur so ist garantiert, daß man überall etwas holen kann.
- Bei all diesen Akten zur Wahrung der Freiheit gegen die souveränen Staaten des Westens das Risiko ein, daß auch der Osten, der über ein gewaltiges Netz von Beziehungen verfügt, von dessen Erhalt *seine* Sicherheit abhängt, kein Mittel scheut, seine Souveränität und die seiner Verbündeten zu wahren. Deshalb erweitern sich die diplomatischen Beziehungen seit geraumer Zeit um die famosen *Abrüstungsgespräche*, die dem unseligen Umstand zu verdanken sind, daß die SU sich inzwischen zur Atommacht gemausert hat, also die militärische Überlegenheit des Westens nicht mehr dieselbe Sicherheit garantiert wie nach den Tagen des Weltkrieges: Die Gewähr dafür, daß der Waffengang mit dem Hauptfeind außerhalb des amerikanischen Territoriums stattfindet, also auch die ökonomische Basis der Weltmacht Nr.1 unversehrt bleibt, ist im Eimer. Das ist das *atomare Patt*, mit dem die Spitzendiplomaten des Weltfriedens nicht leben können, weil es zwar nicht einen Krieg, wohl aber einen *Sieg* so unwahrscheinlich macht. In den Verhandlungen, mit denen der Westen der SU ein paar Reduktionen ihres Potentials sowie einige Verbote im Weiterrüsteten abknöpft, an die er sich wegen technischer Vorteile selbst gerne hält, geht es um so trostreiche Sachen wie "Erstschlagkapazität" und die wechselseitige Erlaubnis, an manchen Punkten so weiterzumachen wie bisher. Es wäre ja auch gelacht, wenn ein Atomkrieg nicht führbar gemacht werden könnte, und zwar mit Erfolg - zumal der Fortschritt der östlichen Rüstung eine Behinderung der Akkumulation darstellt, die westlichen Auslagen die Exploitation der Welt hingegen durchaus beflügeln. Der Westen jedenfalls kann den Frieden nicht garantieren, indem er weniger für seine Sicherheit tut. Gerade die USA haben wegen gewisser ökonomischer Rückschläge in der innerimperialistisch~n Konkurrenz allen Grund, ihre Macht für ihre Gesundheit auch einmal wieder kräftig einzusetzen - seit Vietnam jedem anständigen Krieg aus dem Weg gegangen! Der Osten kann ja seine Linie der friedlichen Koexistenz beweisen, indem er auf Überlegenheit verzichtet, auch auf der Ebene der Feldhaubitzen.

Im Zusammenhang eines kleineren Konfliktes, vielleicht auch im Gefolge des ökonomischen und politischen Niedergangs des Comecon und der flankierenden Maßnahme, die die chinesischwestliche Zusammenarbeit hierfür darstellt, wird sich also bald eine Gelegenheit finden, eine der vielen *Bedingungen* des Krieges zum Grund für den III. Weltkrieg reifen zu lassen. Der ist im übrigen ein *Verteidigungskrieg*, weil die eigenen Interessen von anderen gewaltsam beschnitten werden. Die Kriegsvorbereitungen laufen jedenfalls auch außerhalb der SALT-Verhandlungen recht flott. Wobei auffällt, daß "d e r

Westen" in der NATO am besten funktioniert, was die Rede von den "Belastungen der NATO durch wirtschaftliche Blöcke" auch betont!

e) Spionage

Hinter den Kulissen der Diplomatie, Rüstungsdebatten und Manöverberichte muß für *Information* gesorgt werden; über die ökonomischen, politischen und militärischen Absichten vorhandener und möglicher *Gegner* hat die *Spionage* Auskunft zu geben. Zu undeutlich sind nämlich die diplomatischen Drohungen in *einem* - in bezug auf die *Mittel*, die die anderen zur Erreichung ihrer Ziele haben, anwenden wollen oder erst noch beschaffen müssen. Die Entsendung von leibhaftigen Spionen, die sich ein Leben lang im auswärtigen Regierungsapparat als Mitarbeiter tarnen, tut da ebenso gute Dienste wie Aufklärungssatelliten (die USA wissen über alles Bescheid, was sich von der Luft aus sehen läßt, und ihr Weltraumprogramm hat ja prinzipiell nichts mit Wetterbeobachtung zu tun). Wenn Spionage ans Licht kommt, gibt es erstens einen Mordsprotest von wegen *Einmischung* und so, wie überhaupt jeder zweite Spruch der Politiker über die auswärtigen Verhältnisse einen furchtbaren Angriff auf die Souveränität darstellt. Zweitens legt man die moralische Waffe der völkerrechtlichen Empörung beiseite und tauscht die Spione aus, wobei auch in dieser Sorte Zirkulation die Wechselkurse schwanken. So wird das *Völkerrecht* erst wieder als *Kriegsrecht* zur Anwendung gelangen, wenn einer gewonnen hat und mit der *Macht* auch Kunde davon besitzt, was mitten im Krieg unmenschlich war.

f) Historisches zum Verhältnis von Militär und Politik

Die historische Leistung, die ein Staat vollbracht haben muß bzw. zu der ihn seine Untertanen gebracht haben müssen, besteht in der Herstellung seiner Souveränität gegen alle Sonderinteressen, die eine Klasse oder Teile von ihr mit seiner Hilfe verfolgen. Eine effektive Beförderung des nationalen Reichtums in seinem Auftreten nach außen verlangt von ihm die Relativierung besonderer Ansprüche im Umgang mit Kolonien - wie er ja auch in seiner Wirtschaftspolitik nach innen die Klasse der Kapitalisten, *das Privateigentum* nur durch diese Relativierung voranbringen kann; und bisweilen werden nicht nur Teile des Bauernstandes und Winzer, sondern auch ganze Branchen der Industrie reduziert, um im internationalen Geschäft das Beste für *das nationale Kapital* herauszuholen. Fürstenhochzeiten als Mittel der Außenpolitik sind überholt, weil auf diese Weise eben Fürsten sich einiges an Schlössern, *Gesinde* und Ehre verschaffen, nicht aber ein Souverän die *nationale Ökonomie* voranbringt. Die Emanzipation der außenpolitischen Entscheidungen von partikularen Interessen betrifft auch das Militär, das kein Stand mehr zu sein hat, sondern eine den politischen Führern unterworfenen Einrichtung, deren Selbständigkeit auf die

effektive Kriegsführung beschränkt bleibt. Wie das Reisespesenkonto der Politiker und diplomatischen Vertretungen bildet das Militär einen Posten im Haushalt der Nation, der also mit deren "Verantwortung" auf dem Globus wächst.

g) Ideologien über Krieg & Frieden

Unter den Ideologien ist die hartnäckigste die vom *Frieden*, die den ziemlich bedingten Willen zum *Gewaltverzicht* bei den Politikern leugnet; allerdings machen ihre Spielarten im Zugeständnis, daß es die - schwierige - Aufgabe der Regierenden sei, den Krieg zu vermeiden, auch gleich die Konzession mit, daß sie, von anderen bei ihren guten Absichten behindert, auch keine Wahl hätten. Selten regt sich, wenn die Mobilmachung befohlen wird, der Verdacht, es gäbe Gründe für den Krieg, die woanders liegen als bei den ausländischen Regierungen. Wer den Idealismus des Friedens als Pazifist proklamiert, wird noch immer der Realitätsbindung geziehen. Damit die öffentliche Meinung einer imperialistischen Nation einmal nicht *starke* Außenpolitiker verlangt, die die anderen Mores lehren, bedarf es schon eines verlorenen Krieges - und wie man weiß, klingen solche Töne, die sogar zur offiziellen politischen List werden, auch wieder ab in dem Maße, wie die "Geltung" der Nation es gebietet: ein ökonomischer Riese hat kein politischer Zwerg zu sein. Kritik am imperialistischen Vorwärts kommt auf, wenn das *Geschick*, das *diplomatische Können* der Staatsmänner keinen für die Staatsbürger sichtbaren Erfolg zuwege bringt. Dann wird aus der Tatsache, daß sich eine andere Nation nicht hat erpressen lassen, ein bedauernswertes *Scheitern der Mission*, und den öffentlichen Verlautbarungen wird nachgesagt, sie seien Schwindel und Betrug. Was die Einwände gegen das Militär angeht, so stehen seiner prinzipiellen Befürwortung nur die matten Aufregungen gegenüber, die sich beim Einberufungsbescheid noch in jeder anständigen Familie einstellen. Der Zweck der Einrichtung pflegt nicht weiter zu interessieren, weil man die *Abschreckung* für das Gegenteil von *Kriegsvorbereitung* hält. Damit aber die Jugend nicht mit lauter Illusionen in den nächsten Krieg rennt, läuft die erzieherische Vorbereitung der Jugend parallel zu den Konflikten, die sich absehen lassen. Es gilt, jedermann frühzeitig darüber zu unterrichten, wo der Feind steht, vor dem man sich gar nicht genug fürchten kann - oder positiv: unsere Jugend braucht wieder Werte, für die es sich zu sterben lohnt. Im Krieg selbst geht es ums nackte überleben, und hinterher gibt es Schuldige meist bei den Verlieren sowie Stoff für allerlei Erzählungen, in denen man den Kindern beibringen kann, was man schon alles mit-gemacht (sic!) hat. Beliebte Probleme sind: wer waren die besten Feldherrn, Soldaten? War Hitler ein militärischer Dilettant? usw.

Mittlerweile kriegen nicht nur Urwalddoktoren den Friedensnobelpreis, sondern kundige

Außenpolitiker, was sogar die Parteigänger des Ostens für gerecht halten, weil sie nämlich den Kniefall in Warschau nicht für eine Geste der Anerkennung halten, also auch nicht wissen, daß der Osthandel und die SALT-Verhandlungen nichts mit Friedensliebe zu tun haben. Wer gen Osten reist, ist prinzipiell kein imperialistischer Staatsmann mehr, der er in Afrika noch manchmal ist, sondern ein Mann der "friedlichen Koexistenz". Also ein Sprachrohr der Völker, die eigentlich friedliebend sind und sich nur ausnahmsweise alle dreißig Jahre in einen Krieg hineinmanipulieren lassen. Von wem? Natürlich von Politikern, die nicht die Sache des Volkes, sondern die der (Rüstungs)Monopolisten vertreten, als ob eine Rüstungsfirma was zu produzieren hätte von ihren Mordinstrumenten, wenn der Staat für sein Militär nichts bestellen

würde. Daß die politische Herrschaft auch was anderes sein könnte als das, was sie ist: gewaltsame Absicherung von Ausbeutung und Armut, dieses Credo der revisionistischen Weltsicht, die deswegen auch immer wieder das trottelige Argument vom armseligen, weil von den Mächtigen der Wirtschaft in Abhängigkeit gebrachten Staatsmann wiederholt, lebt in der Analyse des Profits der Rüstungsindustrie als Kriegsg r u n d auf. Das Übel der Welt besteht demnach nicht im Kapital, auch nicht in seiner staatlichen Durchsetzung, sondern in ihrer V e r s c h m e l z u n g . Aber wer die politische Gewalt so lieb gewonnen hat, will natürlich auch von ihrer funktionellen Trennung von den Zwecken des Kapitals, für die sie da ist, nichts wissen, - weswegen die Sowjetunion ganz unironisch "Weltfriedensm a c h t " heißt. Von der Stalinschen ganz subtilen Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen sagen wir nichts, als daß Kriege keine Frage der Gerechtigkeit sind, sondern der Gewalt. Auch von der menschlichen A g g r e s s i o n wollen wir nicht reden, sonst würde der Hinweis auf die Ideologien zu diesem S länger als der Begriff des Imperialismus.

Kulturimperialismus oder die neben der Politik praktizierte Ideologie

Den Hauptfiguren des imperialistischen Treibens, den Politikern, die über Swap und Swing, VW do Brasil und Polenverträge, Europa und SALT, also auch mit Recht über Leben und Tod entscheiden, bleibt auch eine weitere Verantwortung nicht erspart: sie müssen die Öffentlichkeit ihrer und der anderen Länder mit der intensiven *Pflege des internationalen Vergleichs* beglücken. Schließlich haben die Bürger hier wie dort mit Arbeit, Tugend und Not geradezustehen für die hohen internationalen Ziele der Nation, und da darf die *Ausgestaltung des ideellen Lohnes* nicht zu kurz kommen. Das Bewußtsein, zur *richtigen Nation* zu gehören und entsprechend in der Welt *repräsentiert zu sein*, macht Zweck und Inhalt des *Kulturimperialismus* aus. Und der ist wie alles Wichtige keine "bloße" Theorie, sondern auch Praxis.

Das niedere Volk hierzulande wird mit der Propaganda seines *Lebensstandards* beglückt, der im Kontrast zum realen Sozialismus und zu den Negern Wunder wirkt. Erstens hat man offensichtlich das bessere System erwischt, zweitens Staatsmänner, die tüchtig sind und auf die Freiheit aufmerken, was sie aber auch unbedingt müssen, weil man ist drittens nun einmal ein Mitglied der fähigsten Rasse. *Mitleid* mit auswärtiger Armut muß allerdings auch sein, und vor allem die *Anerkennung* auswärtiger Gepflogenheiten, so exotisch-irrational die Sitten auch sein mögen. Dies, um die prinzipiell geschätzte Selbstzufriedenheit in all den Fällen zu bremsen, wo die *Ideologie der Hilfe* anderen Völkern gegenüber ernstgenommen und daher in ihren praktischen Konsequenzen *mißbilligt* wird. Die *Mitmachübungen*, die der Mär von der *Völkerfreundschaft* gewidmet sind und das *Gegeneinander* der Nationen als zelebriertes Miteinander darstellen, gehen auf die Lösung der schwierigen Aufgabe, *Respekt und Verachtung* unter einen Hut zu bringen. Olympiaden, Fußball-Länderspiele sowie kleinere Begegnungen der unheimlichsten Art sind imperialistische Staatslektionen, ganz gleich, wie sie enden. Wo *Furcht* am Platz ist und *Wachsamkeit*, geht aus Filmen und Schlagern hervor.

Gebildete Menschen werden gemäß ihrer Bildung nicht nur mit Fremdsprachen, sondern auch mit *Vorzügen und Nachteilen* der eigenen wie fremden Kultur vertraut gemacht, so daß sie, kaum erwachsen, vor *inter-nationalistischer Toleranz* nur so

strotzen. Der *Genuß des Fremden*, dem man sich auf Bildungsreisen, sonst aber nicht, anbequemt, erfährt hier seine Betonung gegenüber der Selbstzufriedenheit, die sich im proletarischen Auslandsurlaub feiert. Und in den institutionalisierten Auswärtsspielen vom Goethe-Institut über den Austausch-Lehrer und -Schüler bis zum Orchestergastspiel wird das nationale Erbe modest demonstriert.

Die umgekehrte Demonstration der "Kleinen" bis "Unterentwickelten", die mit ihren Sportlern, Tanzgruppen und Bastkunstwerken ein paar Punkte im globalen Anerkennungszirkus machen möchten, fällt dagegen peinlich aus, weil sie *Repräsentation ohne das zu Repräsentierende* ist. Die Anstrengung ist zu leicht kenntlich als *Ersatz* für nationale Größe, die ohne Reichtum nun einmal nicht zu haben ist - wovon auch der Ostblock manches Lied singen kann. Seine Zeugnisse der Macht werden ohne viel Federlesens und mit viel Neid als Akte der Dressur und Indizien der Unfreiheit entziffert.

Fazit hier wie dort: Nix Kultura.

a) Pflege des Nationalismus: Anerkennung und Kritik andere Nationen

Die Erziehung zum *Nationalisten* ist gelungen, wenn jedermann als *Weltbürger* hinter der Außenpolitik seines Staates steht. Diejenigen, die sich der Meinungsbildung mit staatlichem Auftrag und Gewissen verschrieben haben, lassen es sich nicht nehmen, ihrem Publikum die Weltlage nach dem Motto klarzumachen "Was heißt das für uns?". Und damit kein Hirn der Annahme erliegt, zwischen den Interessen des Staates und denen eines ordinären Individuums könnten gewisse Diskrepanzen vorkommen, legen sie besagte Frage als unerbittlichen Maßstab an jeden Akt des Weltgeschehens an, von der Einrichtung einer Botschaft über den Import von Goldbarsch bis zum Krieg. Das heißt freilich nicht, daß im Ressort "Außenpolitik" j e d e Meinung mit der demokratischen Lüge beginnt, Staat und Volk seien ein Herz und eine Seele; der Opportunismus des nationalen Standpunkts gebietet auch das Gegenteil. Einmal, wenn einem der eigene Staat zu lasch vorkommt und Kritik von der Warte des Steuerzahlers, Verbrauchers oder Weltbefreiers ansteht; zum anderen hat die Differenz Staat-Bürger in der heuchlerischen Begutachtung der Maßnahmen anderer Staaten immer ihren Platz. Auch über die Seite, für die da Partei ergriffen wird, befindet ein verantwortungsbewußter Internationalist mit einem klaren "*ça dépend*". Gegen zuviele Linkswähler in einem verbündeten Staat wird sich um letzteren besorgt; spielt sich eine auswärtige Regierung zu einem Hindernis für die eigenen Staatspläne auf, wird auch einmal die fremde Bevölkerung zum moralischen Anhaltspunkt. In den auf Grundsätzliches zielenden Debatten um "glaubwürdige Außenpolitik" spielt deshalb der Vorwurf der *Prinzipienlosigkeit* eine bedeutende Rolle, obwohl davon in keiner Partei die Rede sein kann: Schmidt hat nicht mehr gegen Pinochet als Strauß, und Brandts brüderlicher Umarmungen mit KP-Vorsitzenden sind ebensowenig Zeichen der Unterwerfung unter den Bolschewismus wie ein Freßgelage der CDU/CSU jenseits der Oder-Neiße-Linie. Wer in der Führung eines Staates seine Lebensaufgabe gefunden hat, dem konzidiert noch jeder demokratische Journalist, daß er in der Wahl seiner Gesprächspartner nicht wählerisch zu sein hat - und Erfolglosigkeit ist die einzige Sünde der Außenpolitik. Immerhin leisten gelegentlich heuchlerische Hinweise auf die Unfreiheit in der Fremde einen unentbehrlichen Beitrag zum guten Gewissen des Weltbürgers: mit dem Kompliment an die geglückte demokratische Herrschaft daheim wird die Lüge kolportiert, alle östliche und südliche Leuteschinderei sei nicht Mittel wie Produkt eigener staatlicher Interessen. Das ist eben das Schöne an der *Menschenrechtswaffe*, daß man sie differenziert zum Einsatz bringen kann. Andere haben sie nicht einmal, und die öffentliche Propaganda für außenpolitische Leistungen der Regierung erschöpft sich im Vorzeigen der Anerkennung durch die Mächtigen der Welt,

wenn sie auf Besuch kommen; im Osten leicht überhöht zur Predigt der Völkerfreundschaft, die auch aus der Vorsprache des "Hauptfeinds aller Menschen" eine Aufwertung des amerikanischen Volkes zu dreheln versteht.

Im Westen wie im Osten führt die staatlich verpflichtete oder gegängelte Besichtigung der Chancen auf dem Globus zur Herausbildung einer Rangliste von Freund- und Feindschaften, wobei dem jeweiligen Tabellenplatz auch gleich das ,entsprechende Wohlverhalten zugeordnet ist.

Das Prinzip aller Stellungnahmen zum Ausland und seinen Menschen, der *Zynismus der Souveränität*, liegt in ihrer Beurteilung "in bezug auf u n s". Wer dieses Prinzip verfolgt, nimmt unter dem Vorwand, nicht seinem willkürlichen Geschmack, sondern dem aller zu entsprechen, den Standpunkt der höchsten Gewalt ein, die er anerkennt. So als hinge der angemessene Umgang mit jenen Leuten von *seiner* Einschätzung ab, be- und verurteilt er alles und jeden, der nicht unter der Botmäßigkeit seines Souveräns steht, als Beschränkung und Gefahr. Diese Gefahr läßt sich herausstreichen und fordert dann ihre Relativierung durch eigene Stärke: von der Angst zur Kriegsbereitschaft! Als relativierte oder für (zur Zeit) gering befundene bietet sie freundlichere Aspekte, dar: sie ist, in ihrer Eigenart gewürdigt, ein bedingtes Kompliment wert. Was schließlich den *Moralismus der Souveränität* angeht, der jeden Neger unbedingt zu seiner Hautfarbe beglückwünscht, so entbehrt auch er nicht einer materiellen Grundlage.

b) Staatsbürgerliche Zurichtung - Xenophobie & Völkerfreundschaft - Von den Konjunkturen imperialistischer Moral

Kein Wunder, daß die staatlich gehegte Xenophobie auch gebremst sein will. In welchen Formen die Gegensätze gegen andere Staaten und Völker ausgetragen werden, darüber behält sich ein anständiger souveräner Staat die Entscheidung vor; und entsprechend der an höchster Stelle für angemessen befundenen Gangart wird die Hetze gegen Land und Leute eingerichtet, sodaß sich der Nationalismus der Bürger funktional betätigt. Wenn Entspannung und größere Geschäfte mit dem Osten fällig sind, ist eine Demonstration gegen den Besuch aus dem Kreml unangebracht; umgekehrt bedarf das Strauß-Image in den sowjetischen Medien gewisser Korrekturen, wenn die Partei der Arbeiterklasse ihre Beziehungen zur BRD künftig mit dem Erz-Revanchisten abwickeln muß; französische Winzer gefährden die Fortschritte des europäischen Einigungswerks, wenn sie italienische Weinimporte in die Kanalisation schütten, und Amis wie Chinesen müssen sich daran gewöhnen, daß sie es mit traditionsreichen Völkern zu tun haben, also nicht mit gefährlichen Schlitzaugen und Yankees. Die unvermeidliche Zurschaustellung gemeinsamer Interessen

zwischen den Unterhändlern verlangt denen, die von den getätigten Geschäften nie was haben, eine kaum bewundernswerte Flexibilität ab. Und vor allem viel Vertrauen in die diplomatischen Fähigkeiten ihrer Herrschaften, die sich dafür mit jeweils aktuellen Ideologien bedanken: so begann gleich nach dem letzten Krieg eine Riesenzusammenarbeit mit den Völkern, die eben noch mit Bomben nicht geizten; der europäische Gedanke kreuzte plötzlich auf und eine atlantische Partnerschaft keimte, daß es nur so krachte - und überall, in Korea, Cuba und Vietnam, in Prag und Afrika steht seitdem "unsere Freiheit" auf dem Spiel. Der Systemvergleich wurde zur von Adenauer bis Lieschen Müller gleichermaßen gut gehandhabten ideologischen Waffe, die inzwischen bei gewissen Gelegenheiten sogar von Konservativen auch einmal nicht eingesetzt wird. So weiß auch ein Unionsmann die "Eigenart" der Magyaren und Russen zu würdigen, und die Effizienz politischer Unterdrückung wird schon immer als Pluspunkt des Ostens vermerkt. "Bei denen erfährt doch keiner was, wenn einer draufgeht, hieß der Kommentar zu den ersten Weltraummanövern der Russen - und dieser Kommentar war nicht kritisch, sondern neidvoll gesprochen. Die Chinesen sind schon geraume Zeit keine "blauen Ameisen" mehr, sondern ein starker Staat mit viel Rückhalt bei seinem Volk, das die neuere Geschichte des Welthandels auch endlich - wegen seiner Botmäßigkeit und der Ambitionen der KPCh - auszunützen gestattet. Ministerien verteilen auf Glanzpapier Argumente für Entwicklungshilfe, die betonen, daß es sich lohnt; die auf die Armut hinweisen, aus der sich noch jeder ein schlechtes Gewissen zurechtlegen kann. Keine Unverschämtheit unterbleibt, wenn für offizielle Entwicklungshilfe - die die Armut hervorbringt - geworben wird und Spenden für die minderjährigen Skelette erbeten sind. Aus der Politik, die er zuläßt, soll sich kein einziger Staatsbürger des freien Westens ein Gewissen machen - aus ihren Opfern aber schon; am besten, er schämt sich für jedes Wurstbrot und spendet auf die einprägsamen Kontonummern der internationalen Wohlfahrtsvereine und für die dreckigen Weltkinder- und Frauenabende, auf denen die Disco-Affen der Pop-Szene samt Präsidentengattinnen ihre Show abziehen.

Ein intakter Weltbürger wird mit dem Zynismus staatlicher Souveränität am besten fertig, wenn er deren Pendant beherrscht, die *imperialistische Moral*: er darf sie nicht praktizieren, um Vorteile herauszuschlagen. Umgekehrt sogar muß er sich zur Einsicht bequemen, daß die staatlich erzwungenen Vorteile der Nation das relativ Beste sind, was er kriegen kann. Seine Politiker machen deshalb dem auf seine Wertarbeit und sein Steuerzahlen getrimmten Arbeitsmann ständig klar, wie er sich - mit ausländischen Kollegen konfrontiert - abschätzig und anerkennend zugleich gebärden kann: "sie machen die Drecksarbeit, die ein Deutscher nicht mehr erledigen will!". An polnischen Aussiedlern und vietnamesischen Flüchtlingen muß ein gewöhnlicher, d.h. von seiner Arbeit lebender Mensch

seine Toleranz gegenüber den Opfern und seinen Haß gegen den anderen Staat pflegen; auf keinen Fall darf ihn die Sache mit den Arbeitsplätzen ärgerlich machen, die er sonst bei jedem Anlaß zu schlucken hat. Was kümmert ihn schon der Aberwitz, daß die Meistbegünstigung den östlichen Staaten nur eingeräumt wird, wenn sie Leute ausreisen lassen! Handelsverträge sind *Geschäftsbedingungen*, und die gehen ihn nichts an; wenn Ausländer oder Ex-Deutsche an Land gezogen werden, so kann er darin höchstens einen Beweis dafür sehen, daß *sein* Staat nicht nur fürs Geschäft, sondern auch für die Freiheit Opfer bringen läßt. Bei den offenkundigen Geschäften, die das Parlament und seine honorierten Waffenschieber mit Negerhäuptlingen machen, muß jedermann den Materialismus seines Staates honorieren - auch wenn er gelernt hat, daß Negerhäuptlinge die Menschenrechte mißachten. Die imperialistische Moral fordert vom kleinen Mann, seinen Materialismus dem Idealismus der Nation zu opfern und seinen Idealismus - über Freiheit, Recht und so Zeug - am Materialismus des Staates zu relativieren. Wenn er zu letzterem nicht umstandslos bereit ist, kann er sich bei *amnesty international* betätigen und andauernd auswärts Herrschaft kritisieren; oder eben warme Decken abliefern, auf UNESCO-Konzerte gehen und sich Bilder anglotzen, auf denen man sieht, wie dürr vornehmlich Kinder und Weiber in Entwicklungsländern geraten. Die Caritas und andere Clubs nehmen seine Mark!

Die Anstrengungen im modernen Erziehungswesen, die sich mit dem Signum der Aufklärung schmücken, stellen daher notwendige Neuerungen dar: die Bekanntschaft mit dem Elend, das die internationale Zusammenarbeit so gebietet, ist gefordert, damit jedermann den Beweis antritt, daß es *sein* Werk nicht ist. Der Staat bedankt sich mit diesem Beweis seiner Bürger und nimmt ihn *für sich* in Anspruch. Auch historisch, wenn er in Ost-West-Schulbuchkommissionen für eine ausgewogene Darstellung der Kriegsschuld Deutschlands eintritt: 1. fifty-fifty, 2. nicht Volk, aber Hitler, 3. hängt dem neuen Staat nicht immer Zeug an, was der alte zu verantworten hat.

Wert gelegt wird also in Friedenszeiten auf die Trennung zwischen *anständigen* Deutschen (Amis, Franzosen, Italienern...), die *nur* für ihr Vaterland gewesen sind, und denen, die solch' ehrbares Ansinnen *mißbrauchen*. Der Rede von den "häßlichen Deutschen", dem Nationalismus der anderen, wird so ein kurzes und schmerzloses Ende bereitet: ihr wollt doch auch einen so fähigen Kanzler, wie wir ihn haben, oder? Die dritte Welt hat freilich solche Sorgen nicht - Senghor hat an der größten deutschen Uni einen Dr. h.c. gekriegt, weil die Negerseele mit der ihr eigentümlichen Kultur will man nicht verletzen, sondern ausnützen! Der *moderne Rassismus* anerkennt mit der nützlichen politischen Herrschaft, zu der mehr oder minder studierte Neger fähig sind, auch den Menschenschlag, dessen "Natur" sich da äußert. Hatte die alte Lehre darauf bestanden, Untermenschen auch als Vieh zu

behandeln, so ist mit überwundenem Kolonialismus das Zugeständnis fällig, daß die Barbarei in all ihren Ausgestaltungen der für sie zuständigen Rasse zu überlassen sei, weil die werden schon wissen, welche Lebensgewohnheiten für sie passen. Auf keinen Fall darf sich ein "Kulturimperialismus" anmaßen, die Exoten aus den Lebensumständen herauszureißen, in die der Imperialismus sie zwingt. Wenn sie auch nichts zum Beißen haben, die Brüder, so soll man ihnen doch ihre "kollektive Identität" und so Zeug nicht nehmen, denn das ist *ihre Kultur* und Tradition. Letztere ist als nationale zu schätzen, weil sie stärker ist als der Kommunismus, wie ein Krieg in SO-Asien so schön beweist. Auch bei den Russen soll es sich - nicht zuletzt linken Analysen zufolge - weniger um eine Revi-Herrschaft handeln als um gewisse Konsequenzen asiatischer Gemütsverfassung, die sich schon in Peter dem Großen äußerte.

c) Massenkultur auf imperialistisch: Sport als Begegnung der Völker

Dem weltbürgerlichen Nationalbewußtsein sind nicht nur ein paar Widersprüche eigen, die leicht zu Krämpfen im Hirn führen können. Die gewöhnlichen Leute hüben wie drüben, oben wie unten kriegen ihren imperialistischen Geist immerzu nur anezogen, ohne selbst für ihr Bewußtsein geradestehen zu dürfen, daß sie zum richtigen Volk gehören. Arbeiten und politischer Gehorsam sind *Notwendigkeiten*, und durch die kann man sich schwerlich *auszeichnen* im internationalen Vergleich, wengleich die Repräsentanten der Nation mit den Resultaten der heimischen Ausbeutung flott angeben. Geht man im Auslandsurlaub ebenso forscht zu Werk, so handelt man sich allerhand Nachteile an - deren geringster besteht darin, daß die Angeberei mit Kosten verbunden ist: die Demonstration der Überlegenheit ist keine, weil sie sich am Geldbeutel als das Gegenteil eigener Stärke bemerkbar macht. So ist es nur konsequent und ein Zeichen von hehrer Gesinnung, daß die Staatsmänner für die Zeit zwischen den Kriegen etwas für die *praktizierte Heimatliebe* tun. Getrennt vom ökonomischen Gegeneinander und von den politischen Händeln organisieren sie den *internationalen Sportbetrieb*, in dem der Leistungsvergleich des Spiels der Repräsentation des Staates untergeordnet wird. Wenige kommen in die Auswahl, in der zu sein eine *Ehre* bedeutet. Dafür muß man Sport wie einen Beruf betreiben, also seine sonstigen Fertigkeiten leicht vernachlässigen, weswegen bei manchem dieser Nationalhelden ein Interview zur nationalen Katastrophe ausarten kann. Sieg oder Niederlage sind keine sportliche Angelegenheit, sondern Bewährung der Nation oder eine Schande. Deshalb gehen sie auch nicht nur die Sportler an, sondern ihren Verband, damit ein Ministerium und auch die Öffentlichkeit. Damit diese ihre Begeisterung für den Sport auch von der *richtigen* politischen Warte aus relativiert - daß sie politisch agieren, die fanatischen Fans, ist kein Problem - , steht eine Heerschar von Kommentatoren bereit, die Form,

Verlässlichkeit und Selbstbewußtsein der nationalen Repräsentanten von Berufs wegen registrieren und bei Auftritten, die unter "Schande" fallen, für Konkurrenten und die Sporthilfe Stimmung machen.

Selbst bei Anabolika-Debatten bleiben sie ausgewogen, weil ohne die Tabletten "unsere" Sportler im Nachteil sind gegenüber dem Osten. Mit der Phrase von der "Trennung zwischen Sport und Politik" reden sie unverhohlen der nationalen Durchschlagskraft auch auf diesem Nebenkriegsschauplatz das Wort, zählen die Medaillen, beschimpfen die "Staatsamateure" im anderen Teil Deutschlands, zählen dann auch wieder die Medaillen von hüben und drüben zusammen und feiern Sportgrößen aus sämtlichen deutschen Reichen der Vergangenheit. Die Aktivität der "Massen" besteht in der Anfeuerung ihrer "Lieblinge", in der vor, während und nach dem Wettkampf durchgehaltenen *Parteilichkeit* und bisweilen im Absingen der Nationalhymne, auch der 1. Strophe. Da haben dann wieder die Radiofritzen einiges zu tun, um die dazugehörigen Ideale an den Mann zu bringen - Fairneß, Dabeisein ist alles, gerechtes Ergebnis, nicht unverdient, profifhafte Einstellung (= liefert einen guten Beleg für den Schmarrn vom Leistungslohn) und unnötiges Foul ...

Das internationale Sportgeschehen ist also eine politische Einrichtung, die den "Massen" die Gelegenheit gibt, ihren Nationalismus auszutoben und auf dem Feld der außerökonomischen Konkurrenz, der *Repräsentation*, dazu beizutragen, daß keine Zweifel über das richtige Vaterland aufkommen. Wo nicht nur der kleine Mann arm dran ist, sondern auch die Nation im ökonomischen Leben ihre Schwierigkeiten hat, sich zu behaupten, stellt sich bisweilen ein Mißverhältnis zwischen der Größe einer Sportnation und dem, was sie sonst noch ist, ein: aber gerade deswegen ist das Geld für die Aki-Buas nicht zum Fenster hinausgeworfen, Österreich macht ein Geschäft aus Schnee und Skiern, die cubanischen Boxer kämpfen für den Sozialismus, und an den chinesischen Tischtennispielern ist nur eines auszusetzen - daß sie manchmal vor lauter Völkerfreundschaft absichtlich verlieren.

d)

Noch drolliger geht es in der Szene der restlichen Massenkultur zu, in der sich die Menschheit sinnvoll von den Strapazen nicht nur der Arbeitswelt, sondern auch von den Anstrengungen der hitzigen Debatten erholen kann, in denen jeder vom Standpunkt des Bundestrainers aus Stellung bezieht. Während in der Abteilung "Nationalsport" der Eindruck entstanden sein mag, es gehe einseitig um deutsche Ausnahme- & Randerscheinungen - der Eindruck ist falsch: wenn die CSSR gegen die UdSSR Eishockey spielt, wird in Prag und Brünn um den Prager Frühling gekämpft; die italienischen Fans heißen "tifosi", und mit der Objektivität des Publikums im Wembley-Stadion soll es auch nicht so

weit her sein - , so ist die Welt der *Schlager* untrüglich international, und zwar nach Form und Inhalt. Sie bieten eine vollständige *Sozialgeographie*, und die fällt ein Urteil nach dem anderen über die Eigenarten der anderen Völker und Länder, damit sich auch jedermann eine Vorstellung davon machen kann, wie schön und anders - gemessen an der eigenen Umgebung - es überall zugeht. Hier kommt nichts als das vor, was es ist, weil der Standpunkt der guten oder schlechten Auslandserfahrung zur Hervorbringung moderner Kunstwerke eingesetzt wird. Die ganze Welt erscheint hier als *Mittel privater Wünsche* und Anliegen, jedes Land gerät zur Sphäre gewaltiger Genüsse und tragischer Erlebnisse auf dem Gebiet Wein, Weib und Gesang. Kritische Stimmen seitens intellektuell ambitionierter Beobachter und Teilnehmer der Unterhaltungsszene konnten gar nicht ausbleiben, so daß sich schließlich das Repertoire erheblich erweitern ließ. Neben rassigen Weibern, lauen Nächten, heißen Festen, ansehnlichen Landschaften, wohltuenden klimatischen Verhältnissen und Getränken aller Art, die zu den entsprechenden Rhythmen und Musikinstrumenten verzehrt werden, besteht die Welt inzwischen auch aus armen Indiojungen und reichen Bösewichtern; Herrschaft und Knechtschaft sowie Moritaten sozialen Auf- und Abstiegs haben Einzug gehalten in die leichte Muse, die sich dann "mit Anspruch" vorträgt. Nicht einmal aber bei antiimperialistischen Klängen, Antikriegsliedern und Menschenrechtssongs scheint man zu gewahren, was nun an Stelle der "Scheinwelt" ausgerechnet zur *Unterhaltung* taugen soll - eher hält man den internationalen Ungerechtigkeitschmarrn mit seiner folkloristischen Einkleidung für bewußtseinsverändernd ...

Der *Film* hat es sich natürlich angelegen sein lassen, die Idiotien der Schlager zu ganzen Handlungen auszubauen. Alberne Romanzen spielen sich an der *Copa Capana*, in Florenz, Paris und in San Diego ab, an den entscheidenden Stellen fangen die Geigen und Mandolinen an, so daß der Einsatz des Schlagerstars nicht fehlgehen kann. Ernster wird deshalb auch der *Heimatfilm* genommen, weil der einen Landstrich samt dem dazugehörigen Menschenschlag mit seinen Licht- und Schattenseiten verhandelt und das Fremde noch immer mit dem Bösen identifiziert. Zur Feier nationalen Heldentums gibt es dieses *Genre* auch in den USA, der SU und in China, wobei der Übergang zum *Kriegsfilm* ebenfalls überall beherrscht wird. Gut und Böse sind zwischen den Lagern manchmal säuberlich verteilt, manchmal in ihnen, auf daß der unerläßlichen Typenbildung *Genüge* getan sei. Als persönliches Schicksal einzelner Helden zur Darstellung gebracht, wird so mancher Krieg zum *Gegenstand* des Entsetzens, das der Unterhaltung dient. Im *Spionage- und Kriminalfilm* verkleiden sich die Gegensätze von Imperialismus und Recht in "action", und außer den Schauplätzen ist auch die personifizierte *Moral* international. Schlitzaugen, Neger und heruntergekommene Weiße kommen zu ihrem Recht als *Allegorien ihrer natürlichen Moral*, Ausnahmen bestätigen die Regel, auch

bei den Indianern im *Western*, der zusammen mit den Bürgerkriegsschinken den Aufstieg der imperialistischen Macht Nr. 1, der durch Virtuosen der *Gewalt* zustande gekommen ist, in die Auf- und Abwärtsbewegung freier Individuen übersetzt. Selbstverständlich haben die amerikanischen Agenturen in dieser Branche zu Recht den Ruf der Avantgarde eingeheimst, weil sie sich so intensiv an der Vermenschlichung aller imperialistischen Notwendigkeiten zu schaffen gemacht haben. Der Zufall als Konstruktionsprinzip tut da seine Wirkung, wenn alle Untaten der imperialistischen Entwicklung ihren heutigen Opfern zur Unterhaltung vorgesetzt werden, inzwischen auch als *Anti-*. Verständlich, daß die Massenkultur bei den europäischen Wertehütern wenig beliebt ist, denn *erziehen* tun ihre Werke zu nichts - sie bestätigen bestenfalls die Vorurteile und Ideale in dem Maße, wie sie sich ihre jugendlichen *Genießer* zueigen gemacht haben und wiederentdecken wollen. Daß letzteres geschieht, ist sicher, und konjunkturbewußte Filme- wie Schlagermacher denken auch bei ihrem Schaffen verantwortungsbewußt an die "heute fällige" Botschaft. Dadurch nehmen sie ihren Produktionen freilich manches an "Unterhaltungswert", sie werden langweilig wie die *Kulturfilme*, die im Geist der renovierten imperialistischen Moral die *Natur* ganzer Erdteile als furchtbar interessanten Kulturfall unter die Leute bringen möchten. Mehr Erfolg ist da schon den Urhebern von Comics beschieden, in denen die Charaktere des modernen Welttheaters mehr oder minder gekonnt mit Strichen zur Physiognomie gestaltet werden, in Sprechblasen ihre guten und bösen Absichten mitteilen - und als Viecher, Akteure der Vergangenheit oder Zukunft Weltkrieg spielen.

e) Internationalisierung des höheren Blödsinns

Daß *Intellektuelle* von all dem Zeug nichts halten, ist ein Gerücht: sie sind bloß *wählerisch* und suchen ihr elitäres Gemüt durch den Genuß entweder des "kritischen" Unsinn oder des neuesten Schreies aus dem Ausland zu bestätigen. Klar, ein japanischer Gastjodler, der sich mit seinen Kollegen aus Appenzell mißt, sagt ihnen nicht zu, denn landsmannschaftlich bornierte Sitten in Sachen Unterhaltung fallen nicht weltbürgerlich genug aus. Bei einem Film mit Humphrey Bogart fangen ihnen jedoch schon die Augen zu tropfen an, wenn sie hinterher den Regisseur wissen und sozialpsychologisch daherquatschen. Sie sind es auch, die mit Lob und Tadel ganze Wertskalen für Werke der Massenkultur erfinden, damit ihresgleichen erfährt, was "*gut*" und "*in*" ist, bestreiten Feuilletons und Zeitschriften und nehmen, allzeit kritisch, an Festivals teil. Bei amerikanischen Schlagern, französischen Chansons und südamerikanischer oder indischer Folklore entdecken sie immer Vorzüge, die dem einfachen Volk nicht eingehen - und wenn das Zeug dann über ihre Ansprüche vermittelt auf dem breiten Markt ist und auch von nicht kompetenten Menschen in Beschlag genommen wird, halten sie es für überholt, ergötzen sich

plötzlich, heftig philosophierend, an wieder was Neuem oder auch ganz Altem. Der Unterschied "kommerziell" und "progressiv" liefert ebenso ein Armutszeugnis von dem armseligen Charakter der Philosophie wie die exaltierten Filmkritiken, die den Produzenten einen enormen Hang zum "Wagnis" bescheinigen. Handelt es sich gar um politisch engagierte Intellektuelle, so sind sie in der Lage, ganze *Gedankengänge* in Form von Comics zu offerieren - was ein Licht auf die so präsentierten Gedanken wirft.

So richtig ein Tummelplatz von Weltanschauungen für die gebildeten Stände hat die Unterhaltung aus dem Geiste des Imperialismus zu sein - dann fühlt man sich in ihr zu Hause und zelebriert den neuen Film von XY, in welchem das Böse über den Sheriff obsiegt, als wahrhaftige Revolution. Ohne die zugehörige Ideologie scheint aber, nicht nur die banale Unterhaltung nicht abzugehen. Für die Sphäre "echter" Kunst gilt das noch mehr, und die zuständigen Abteilungen der Literatur- und Kunstgeschichte an der Universität liefern die weltbürgerlichen Urteile zum Kanon, vor denen einem graust. Der Staat hat schon recht, wenn er den höheren Blödsinn subventioniert, also in die Repräsentationskosten seiner Herrschaft einreicht und dadurch die Xenophobie gebildeter Menschen auf ihre Amtsgeschäfte beschränkt. Helmut Schmidt wird schon wissen, für wen er sagt, daß ihm aus Frankreich Notre-Dame und das *savoir vivre* exportwürdig dünken, daß der ungarische Komponist Liszt europäischen Geist atmet. Ohne Dante wäre Europa nämlich auch ärmer, von Dostojewski ganz zu schweigen. Jaja, das russische Ballett, die italienische Oper, die Surrealisten und die zeitlose Modernität von Shakespeare. So genießbar manche Kunstwerke sein mögen, so ungenießbar ist der ihnen beigelegte Sinn, mit dem sich Leute mit Abitur, Doktorat und einem entsprechenden Amt in die Pose des Weltbürgers werfen. Und wenn diese Typen als "kulturelle Mittler" agieren und die Bühne des internationalen Kulturaustausches betreten, stört höchstens beiläufig die Erinnerung daran, wozu manche Absolventen von Oxford und der Sorbonne fähig sind, sobald sie ihr Amt ausüben.

f) Die geschichtliche Leistung des Christentums

Die Bekanntschaft mit der fremden Kultur, die fingierte Vertrautheit mit den Größen und Delikatessen aller Herren Länder hat auch eine *Geschichte*. Während Kaufleute und Eroberer für die praktische Abhängigkeit der Völker untereinander zuständig waren, hat das *Christentum* für die *geistigen Bande* Sorge getragen. Die Mission hat das Werk der Kirche, als sie noch weltliche Macht war, würdig fortgesetzt und den gemeinsamen Maßstab der *Werte* geschaffen. Getreu dem Lehrsatz, daß der Mensch erst einer ist, wenn er der Selbstverleugnung kundig ist, haben die Sendboten des Glaubens Generationen von Negern mit dem Herrn Jesus die Haltung der abstrakten Freiheit nahegebracht. So kriegten sie

neben neuen weltlichen Herren auch noch einen anderen, als dessen Knechte sie sich *bekennen* durften. Daß der Übergang von der Naturbefangenheit zur Anerkennung rechtlicher und sittlicher Herrschaft anderer Leute nicht übermäßig harmonisch verlief, ist weiter nicht schlimm - Wenfalls nicht für gestandene Christen. Die gehen nämlich schon immer mit der Konjunktur der gerade betriebenen Politik, d.h. ihr demokratisches Herrgottswissen legt sich nur unter Umständen mit den jeweiligen Machthabern an. Seine offiziellen Träger wissen genau, wann und wie sie die imperialistische Menschenschinderei bedauern, die soziale Frage in der "Dritten Welt" aufrollen und dem Volk die Anwendung von Gewalt ausreden müssen. Heute zeigt es der Papst aller Welt, wie funktional die Trennung der Kirche vom Staat auch im Fach internationale Politik zu handhaben geht. Da "*sein* Reich nicht von dieser Welt" ist, hetzt er seine Glaubensbrüder im Osten gegen die "ungerechte Herrschaft" auf, ermahnt in Südamerika angesichts der "sozialen Ungerechtigkeit" seine Schäflein zum Frieden - und redet angesichts der allgemeinen Ungerechtigkeit der *Herrschaft überhaupt* das Wort: vor der UNO in einer Rede über "soziale Stabilität", die jeden Soziologen beschämt. Daß er *die Menschen*, die nicht umstandslos verhungern, zu einem "einfachen Leben zugunsten der Ärmern" auffordert, ist zwar unverschämt, aber ein durchaus würdiger Höhepunkt seiner Teach-in-Reise. Von der Mission zur Agitation, von der Predigt zum diplomatischen Hilfswerk der Weltherrschaft - das ist doch eine Karriere für eine Ideologie, deren Urheber schon vor 2000 Jahren gemerkt hat, daß man einmal für den abstrakten Christenmenschen samt seiner Würde, das anderemal für die konkrete Bedürftigkeit Stimmung machen muß, also für Spenden wirbt.

g) Wissenschaft imperialistisch

Die Ideologie, die zum Kulturimperialismus *gehört*, weil ihn alle Welt so lieb gewonnen hat, ist denkbar einfach: man soll keine Vorurteile nicht haben, und schon gleich gar keine einfachen - denn die sind keine Lösung.

Die komplizierten Vorurteile ernähren zwei ganze Wissenschaften. Die *Geschichtswissenschaft* sucht ganz vorurteilsfrei das "*wir*" nationaler Souveränität in den Ereignissen der Vergangenheit auf, verfügt also in der Frage "was bedeutet das *für uns?*" - die sich auch stellvertretend im Namen wissenschaftlich bemutterter fremder Nationen stellen läßt - über ein handliches Prinzip, um dem kultivierten Staatsbürger die *Gewalttaten* sämtlicher Staaten bis zurück zu den ersten Pharaonen als *Sinn* zum *Genuß* darzubieten. Unter dem Eindruck einer wenig gelungenen Lektüre der "Deutschen Ideologie" und des "Kommunistischen Manifests" hat sich jedoch auch der hoffnungsträchtige linke Moralismus sein Plätzchen erobert. Manchmal erscheint deswegen auch das arg gebeutelte Volk als das

Subjekt "unserer" Geschichte - und so besehen werden aus den verheizten und geliebten "Massen" lauter Vorkämpfer des gesellschaftlichen Fortschritts. Auch so stellt sich mit dem Stolz über das Erreichte ein bleibender Genuß imperialistischer Zustände ein!

Die *Wissenschaft von der internationalen Politik* betrachtet das imperialistische Geschehen nach den Geheimnissen des Erfolgs, der hier allein zählt. Sie untersucht alle weltpolitischen Konstellationen nach den Problemen und Perspektiven, die sie bieten, wählt als Standpunkt abwechselnd nationalistische und internationalistische Ideale, um die wirklichen oder nur in der Einbildung vorhandenen Mittel "gedanklich" zum Einsatz zu bringen. In ihren sandkastenmäßigen Nachempfindungen nimmt sie sich der Kollisionen der realen Welt in Gestalt von Modellen an und kalkuliert eifrig an sämtlichen Eventualitäten imperialistischer Konkurrenz herum. Mit diesen Rechnereien erfüllt sie ein Bedürfnis, aber gewiß nicht eines der außenpolitischen Praxis - bestenfalls bietet sie dem interessierten Intellektuellen die Illusion, dem imperialistischen Erfolg auf die Schliche gekommen zu sein. Kein Wunder, daß sich auch der Gestus des Warnens eingeschlichen hat - vor Mißerfolgen, welche den schönen Frieden der Konkurrenz gefährden könnten: so gibt es auch Friedensforscher und Konstrukteure von Modellen alternativer Entwicklungshilfe.

Anti-imperialistische Illusionen über Staat und Revolution

Wenn es heute auf der ganzen Welt keinen Winkel mehr gibt, dem es an politischer Herrschaft gebricht, so ist diese zivilisatorische Errungenschaft den rastlosen Bemühungen der freien Welt zu verdanken. Die *klassischen Demokratien* haben das Erbe des Kolonialismus pflichtbewußt fortgeführt und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln darum gestritten, welche Sorte Staat für welchen Menschenschlag die passende sei; die maßgeblichen Weltmächte haben entschieden, was für politische Verkehrsformen im 20. Jahrhundert für Inder und Türken, ja für den letzten Kongo-Neger gemäß sind, wobei der gar nicht zu wissen braucht, daß es das 20. Jahrhundert ist, in dem er lebt. Insofern verdient die Demokratie *Anerkennung*: sie ist eine rundum gelungene Form der politischen Herrschaft und erweist sich auch von ihrem Wirken nach außen her als *adäquate* Staatsform des Kapitals, dem sie zur Durchsetzung verhilft. Wenn sie dabei an keinem auswärtigen Ort demokratische Verhältnisse mit durchgesetzt hat, so ist das sehr logisch, denn die demokratischen Weltmächte haben die Welt in ihrem praktischen Urteil unterworfen, ihr also die Brauchbarkeit verordnet, die sich allein am Erfolg der heimischen Nationalökonomien mißt.

Deshalb sind es auch die Herrschaftsleistungen der Demokratie, die in aller Welt das Kriterium gelungener Politik abgeben. Den Erfolg dieses Systems wünscht sich noch jeder Inhaber und Liebhaber politischer Macht; schließlich zeichnet es sich durch die Zustimmung der Massen aus, die es zur Mehrung des nationalen Reichtums, dadurch zur Steigerung internationaler Macht zwingt. Ungerührt angesichts der Tatsache, daß den mächtigen Demokraten in Amerika und Europa die Zustimmung ihrer Volksmassen vollauf genügt und zur Legitimation manches auswärtigen Ordnungshüters, der zu seinem Volk kein so gutes Verhältnis hat, lässig mit ausreicht, haben alle Politiker dieser Welt wenigstens den *Idealen* der Demokratie zu einem Siegeszug verholfen. Alle messen sich selbst an diesen Idealen - und erzielen dabei stets positive Resultate. Bei der Beurteilung anderer Meister des politischen Gewerbes gelangen sie gewöhnlich zu problematischeren Ergebnissen. Und die freie Weltöffentlichkeit, die in den maßgeblichen imperialistischen Demokratien zu Hause ist und sich den Kopf aller anderen Völker, um deren Funktionieren es geht, gleich mit zerbricht, macht mit dem Maßstab des Ideals gleich richtig Ernst: im vollen Bewußtsein der Rolle, die Ideale auf dieser Welt nun einmal spielen, werden demokratische Gepflogenheiten dem Ausland bisweilen anempfohlen; in anderen Fällen - wo das Volk seine Reife der Selbstbeherrschung noch nicht unter Beweis gestellt hat - wird aber auch dringend von der Freiheit abgeraten. Summa summarum: Es wäre schön, wenn noch der letzte Pauper zur Verwaltung seines Elends ein positives Verhältnis hätte, was man aber nicht verlangen kann

und worauf man es schon gar nicht ankommen lassen darf.

Traurig zu sehen, daß sich insbesondere die anti-imperialistischen Stimmen in dieser Weltöffentlichkeit damit einen festen Platz erobert haben, daß sie mit kompromißloser Prinzipientreue das gesamte Weltgeschehen unter das Urteil subsumieren, den Opfern des demokratischen Vormarsches fehle es vor allem an einem - nämlich an Demokratie. Dieses Verfahren - auch wenn es sich auf des großen Lenin Spruch von der Unversöhnlichkeit von Imperialismus und Demokratie stützen kann - weckt gewisse Zweifel daran, ob diese Anti-Imperialisten eigentlich wissen, wogegen sie sind. Zumal es um den hoffnungsfrohen Selbstbetrug erweitert wird, in Form von revolutionären Volkserhebungen schreite der anti-imperialistische Kampf weltweit voran, was sich an der Entstehung einer Vielfalt von Staaten des Volkes zeige.

I.

1. Die imperialistischen Demokratien

In ihrem Wirken nach außen wie auch durch die Einwirkungen, die sie von ihresgleichen erfahren, entwickeln die kapitalistischen Staaten Eigentümlichkeiten, die den Klassenkämpfen im Innern spezifische Verlaufsformen aufprägen. Die Gestaltung und das Ertragen der politischen Herrschaft weisen Besonderheiten auf, die dann mit Hilfe des allgemeingültiger) Maßstabs d e r Demokratie dem zugehörigen Volk als seine "Natur" angehängt werden und die bürgerliche Illusion eines präexistenten Volkscharakters und die dazugehörigen Spinnereien über die Weltgeschichte nähren.

a) Eine Nation, die es nach etlichen Kriegen geschafft hat, als einziger eines offensiven Imperialismus mächtiger kapitalistischer Staat dazustehen; die dementsprechend die Welt für sich einzurichten mußte; die sogar auf der Grundlage bleibender strategischer und daher auch ökonomischer Abhängigkeit konkurrenzfähige kapitalistische Staatswesen großgezogen hat; eine *Weltmacht* also legt sich in ihrem demokratischen Innenleben eine Regelung des Verhältnisses zwischen individuellem und staatlichem Materialismus zu, die über alles erhaben ist, was kapitalistischen Demokratien minderen Ranges immer wieder Kopfzerbrechen bereitet. Daß die Armut größerer Volksteile sich als Einwand gegen die Qualitäten der politischen Führung zur Geltung bringt und ihr *sozialstaatliche* Regelungen für ihren Fortbestand aufnötigt, paßt nicht zu einem Staatswesen, dem sogar im Krieg - den es deswegen auch gerechterweise gewinnt! - die *Mehrung* des nationalen Reichtums gelingt; ebensowenig macht sich eine Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Konkurrenz und des Klassenkampfes breit, die sich von unmittelbarer, zwangsweiser Indienstnahme aller für die

Abwendung eines allgemeinen Niedergangs, also vom *Faschismus* Besserung verspricht - ganz zu schweigen von *revisionistischen* Übersetzungen des tatsächlichen Elends in den Vorwurf an das Kapital und den Staat, sie funktionierten ja wohl nicht mehr richtig. Was sich umgekehrt im Innern für einen Staat gehört, der die ganze Welt - mit einer schmerzlichen Ausnahme - zur Anlagesphäre seines Kapitals zubereitet, ist eine Art der *Politisierung* des Volkes, die von der Weltgeltung Amerikas aus und grundsätzlich ohne verständnisvolle Reflexion auf Klassengegensätze vonstatten geht. Ideologisch festgelegte Parteien sind dort nicht am Platz, vielmehr konkurrierende Vereine für die Anpreisung eines Erfolgsmenschen als des allererfolgreichsten und Wahlkämpfe ohne "rechts und links kann man nicht verwechseln", dafür mit höchst bürgerlichen Happenings und Carter-T-Shirts. Zum Wählen darf man in einem solchen Land ein ganz gelassenes Verhältnis haben; denn es funktioniert ohnehin nur, wenn die Bürger sich nicht immer wieder zu der demokratischen Überzeugung hinarbeiten müssen, ausgerechnet in der Wahl hinge erstens überhaupt und zweitens für sie von ihrer Stimme etwas ab: Ihnen ist die Gleichsetzung ihres persönlichen "pursuit of happiness" mit dem Erfolg der Nation ganz selbständig neben ihrer tatsächlichen "happiness" zur ständig geübten Gewohnheit geworden. Diese Gleichsetzung lassen sie nicht von einem faschistischen Gemeinwesen besorgen, sondern vollziehen sie in Gestalt rücksichtsloser *Konkurrenz*, die freilich faschistische Praktiken in Hülle und Fülle hervorbringt. *Ohne* ideologische Anleitung durch einen verrückten Staatsidealismus vollbringen freie Bürger die einschlägigen Leistungen wie Ku-Klux-Klan, Antisemitismus und Inszenierung einer Gewerkschaftsbewegung, die den Konkurrenz-Erfolg als einziges Kriterium kennt. Mit einem Wort, eine demokratische Weltmacht ist über die Ideale der Demokratie wie "Nutzen für alle", "argumentativer Wahlkampf", "allgemeine Partizipation am politischen Leben" (= 90% Wahlbeteiligung) und dergleichen *hinaus* und bringt so zur Anschauung, daß es in der Demokratie eben wirklich nur auf eines ankommt: *daß die Macht funktioniert*.

b) Andere erfolgreiche kapitalistische Staatswesen plagen sich angesichts ihres Volkes zwar meistens nur theoretisch, aber doch auch nicht ganz umsonst mit der Frage herum, ob es sich bei der ihnen geschenkten Staatsform nicht am Ende um eine bloße "Schönwetterdemokratie" handelt. Nicht als ob dieses Problem begründete Sorgen um die *Botmäßigkeit* des Volkes enthielte - von "Schönwetterstaat" ist ja nicht die Rede! Unsicherheit besteht hier in dem Punkt, ob jene gegen das eigene Wohlergehen gleichgültige staatsbürgerliche Ineinssetzung von eigenem und Staatswohl, die den Bürgern von den unerreichten Meistem dieser Kunst an-entnazifiziert wurde, auch solche Phasen übersteht, in denen der Nationalismus der Massen demokratisch nicht mehr auf seine Kosten (im

buchstäblichen Sinn!) kommt. Staatliches Mißtrauen gegenüber dem Weltlauf spricht sich hier also aus - , die Untugend der Schwäche einer nur bedingterweise imperialistisch erfolgreichen Nation, die sich daher auch zielstrebig ein größeres Heimatland sucht: E u r o p a heißt das Mittel, Konjunkturen in der imperialistischen Konkurrenz vorzubeugen, die den Reichtum der eigenen Nation in Frage stellen und damit sofort wieder den Faschismus auf die politische Tagesordnung setzen würden. Auch eine Art einzugestehen, daß das Gelingen der Herrschaft d a s Kriterium demokratischer Verkehrsformen ist.

c) Weniger erfolgreiche kapitalistische Nationen sehen sich dem Anspruch ihrer nächsten Nachbarn ausgesetzt, deren Wirtschaftskraft und politischer Bedeutung die ihrige beizugesellen, auf daß man mit vereinigter Souveränität endlich so souverän sei wie der Souverän des Weltgeschehens (außerhalb des Comecon) - eine Aufforderung, der sich ein kapitalistischer Staat, der auf sich hält, nur ungern verschließen wird. Allerdings ist die Erfüllung dieses Anspruchs mit dem Zwang verbunden, den hauseigenen Klassenkampf einerseits von oben anzuheizen, damit die heimische Wirtschaftskraft ihrer Integration in einen imperialen Rahmen gewachsen ist, und andererseits politisch zu bewältigen - zu demselben Zweck. Für so ein Land gehört es sich, daß die Bourgeoisie den Anschein, selbstloser Repräsentant des Gemeinwohls zu sein, für die Zwecke des Reichtums fahren läßt und sich trotzdem mit all den anrühigen Mitteln, die der mediterranen Demokratie eigen sind, an der Macht behauptet; umgekehrt kann dafür das Proletariat, von einigen anarchistischen Aufmüpfigkeiten abgesehen, seine Bedürfnisse ganz demokratisch und national artikulieren, also hinter einer eurokommunistischen Partei hermarschieren, die sich vor allem als einziger zuverlässiger demokratischer Ordnungsfaktor weit und breit versteht - und das auch i s t , ohne deswegen an der Macht auch nur beteiligt zu werden. Wo es - wegen mangelnder kapitalistischer Entwicklung und entsprechender Machtlosigkeit des Proletariats - einen solchen Ordnungsfaktor nicht gibt oder wenn dieser "versagen" sollte, tun ein in Washington und Brüssel vorher anzumeldender oder von dort her angemahnter zeitweiliger Rückgriff auf anderweitig bewährte Ordnungskräfte oder auch die bloße Drohung mit einem neuen "Obristenregime" ihre Wirkung. Der Demokratie in solchen Ländern wird in beiden Fällen der Vorwurf gemacht, sie würde von den (un)verantwortlichen demokratischen Politikern verspielt - ein sehr dialektischer Gedanke: daß die Demokratie ihr eigener Totengräber sei; der einem bürgerlichen Hirn aber leicht eingeht, weil er ja nur ausdrückt, worauf es ankommt: W e i 1 Demokratie den Klassenkampf erlaubt, hat sie sich u m s o m e h r in dessen Niederhaltung zu bewähren.

2. Die Diktaturen in der "Einflußsphäre" des Imperialismus

Mit der Einrichtung eines (fast) universalen Weltmarkts, eines wirklich universalen diplomatischen Verkehrs sowie - als verlässliche Grundlage dafür - einer universal präsenten Militärmacht haben die imperialistischen Demokratien auch politische Maßstäbe gesetzt, die alle auswärtigen Herrscher sich auf ihre Weise, nämlich ihren Funktionen gemäß zu Herzen nehmen.

a) In manchen Weltgegenden haben die alten Kolonialmächte ihren auswärtigen Untertanen bei der Entlassung in die staatliche Selbständigkeit nicht nur eine funktionstüchtige Kolonialverwaltung, sondern noch dazu ein fertiges System parlamentarischer Umgangsformen der Staatsgewalt vererbt; und es gab Zeiten, zu denen die Bezeichnung Indiens als "größte Demokratie" zwar auch schon ein Witz, aber immerhin als Kompliment gemeint war. Als ein wahres Wunder wird in solchen Ländern bestaunt, wie massenhaftes Verhungern mit Demokratie zusammengeht. Zu Recht kommt kein Kommentator auf die Idee, diesen bemerkenswerten Zustand einer ganz ausgezeichneten politischen Reife des verhungernenden Volkes zuzuschreiben: Die staatsbürgerliche Illusion, mit der eigenen Wahlstimme über das Wohl der Nation und dadurch über eigene Vorteile zu entscheiden, paßt nicht zu Wählern, denen die warme Suppe auf der Wahlversammlung schon Argument genug ist, jenes Kreuzchen zu malen, an dem den angereisten Sahibs so merkwürdig viel liegt - oder denen angeheuerte Banden das Slumviertel anzünden, wenn sie sich für einen oppositionellen Bewerber entscheiden, den die Regierung doch gerade erst aus dem Verkehr gezogen hat. Die Wahrheit der Demokratie, daß die politische Gewalt sich formell, d.h. hinsichtlich der Auswahl ihrer Agenten von der Entscheidung ihrer Untertanen deswegen abhängig macht, um diese Tat des freien Willens für die Etablierung einer soliden Herrschaft zu nutzen, ist hier in der Weise fortentwickelt, daß es auf die staatsbürgerliche Willensbildung beim Wähler erst gar nicht ankommt: Er geht zum Wählen wie zur Pflichtimpfung, vielleicht auch beides gleichzeitig und gleich ungern; und die Cliques, die ihn so in ihre Konkurrenz um die politische Macht einbeziehen, haben sich längst von den Zufälligkeiten der Mehrheitsbildung im Parlament unabhängig gemacht. Das Ganze funktioniert so gut, weil außerhalb der kleinen Industriezonen ohnehin kein Mensch auf die Idee kommt, die Massen am nationalen Reichtum wenigstens so weit teilhaben zu lassen, daß sie überleben - eben weil es einen nennenswerten Reichtum nicht einmal in den Händen des Staates gibt und auch diesen nur, weil den Massen durch regionale Monokulturen für den Tee- und sonstigen Export und sonderbare Industrialisierungsvorhaben ihre letzte Subsistenzmöglichkeit genommen wird. Das wenige, was dabei für den Staat herauschaut, geht auch schon voll drauf für die Entschädigung der Politiker für die Last ihrer

Verantwortung, für den Unterhalt der Polizei und für gelegentliche imperialistische Manöver der Staatsführung - die hält nämlich, weil sie *kein anderes* Machtmittel hat, die Masse ihres Volkes gerne für ein *Machtmittel*.

b) Andere Staaten, die ihren Weg aus der kolonialen Vorgeschichte in eine moderne Kooperation mit dem Imperialismus als Vizekönigtum oder Kaiserreich angetreten haben, können von so viel demokratischer Stabilität nur träumen. Im Regelfall wird hier die Konkurrenz der Cliques um die politische Macht per Militärputsch und als Rivalität der Waffengattungen und Offiziersränge ausgetragen, wobei stets eine Seite die Demokratie für sich als Argument entdeckt - nicht zuletzt im Hinblick auf die Öffentlichkeit in jenen Staaten, die die Waffen liefern und an geordneten inneren Verhältnissen interessiert sind. Daher auch steigt die Gegenseite nicht selten auf dieses Argument ein, läßt durch angereiste auswärtige Politiker mit viel Verständnis für die "besonderen Probleme des Landes" der darob entzückten demokratischen Weltöffentlichkeit mitteilen, die Junta bereite eine "vorsichtige Rückkehr zur Demokratie" vor, und fälscht sich am Ende eine Wahl, die so ihren zwar kleinen, aber doch nicht überflüssigen Beitrag zur inneren und äußeren demokratischen Legitimation ihrer Herrschaft leistet. Was hier die politische Szene belebt, ist eine gewisse Größe und Mannigfaltigkeit des im Lande gewinnbaren Reichtums: Für unterschiedliche Fraktionen der herrschenden Klasse lohnt sich da der Besitz der Staatsmacht noch weit über die Alimentierung des Amtsinhabers hinaus; die Massen werden nicht ausschließlich als Opfer, sondern zu kleinen Teilen auch als Produzenten der mit Gewinn in Dollars zu verwandelnden Güter gebraucht und verfallen auf die Idee, das Verhältnis zwischen arm und reich wenigstens einmal im Jahr auf den Kopf zu stellen: im Karneval, der Sphäre des phantasierten Luxus für die Armen und der phantasierten Einheit mit der anderen Volkshälfte für die Reichen; folgerichtig finden sich Intellektuelle, die sich über das Elend empören und ein wenig Militanz organisieren, sowie auf der Gegenseite Militärs, die die Unterdrückungsmethoden des Faschismus nacherfinden, einschließlich geheimer staatlicher Mordkommandos und öffentlicher staatlicher Jugendverbände, in denen die nicht-verelendete Minderheit des Nachwuchses darauf gedrillt wird, sich nachdrücklich für die Gewalt zu begeistern, die das Elend im Zaum hält. Entsprechend brutal fällt die Unterdrückung aus - und entsprechend dauerhaft der Streit um deren adäquate Nutznießung.

c) Einfacher haben es demgegenüber solche Exkolonien, deren staatliche Funktion sich darin erschöpft, um den Abtransport gewisser natürlicher Reichtümer herum einen Gewaltapparat aufzubauen, der das dabei störende Volk wegräumt und daneben die Lohnsklaverei im erforderlichen Umfang sichert. Gewiß ist die politische Verselbständigung solcher

Herrschaften in der Regel von militant ausgetragenen Rivalitäten innerhalb der fürs Herrschen in Frage kommenden, also der im Ausland ausgebildeten Elite begleitet - um so militanter, je größer das Interesse rivalisierender imperialistischer Mächte an dem betreffenden Gebiet ist; denn ohne solche Interessen hätte kein Kongolese je eine moderne Maschinenpistole in die Finger bekommen. Ebenso gewiß ist aber, daß diese Rivalität mit dem Sieg des einen bis zu dessen Ableben entschieden ist; und das muß nicht einmal immer gewaltsam sein, sondern nur dann, wenn das jeweils zuständige Ausland vorzeitig neue Pläne durchsetzen will. Denn soviel hat auch noch der letzte Oberchief an der Sorbonne oder einer englischen Offiziersschule von der Demokratie gelernt, daß es für einen Machthaber darauf ankommt, sich unter den "politisch bewußten" Teilen seines Volkes eine Zustimmung zu organisieren; und gerade weil es dafür auf irgendwelche Volksmassen überhaupt nicht ankommt - denen wäre ja erst einmal zu erklären, daß sie nicht bloß zu einem Stamm, sondern zu einem Ding gehören, für das es wahrscheinlich noch nicht einmal ein einheimisches Wort gibt; und Wahlen sind, wo sie einmal vorkommen, eine eher folkloristische Veranstaltung vor den und für die Augen der Weltöffentlichkeit und daher gelegentlich auch durch eine pompöse Kaiserkrönung zu ersetzen - , ist es um so wichtiger, daß die potentiellen Konkurrenten von der Bildfläche verschwinden. Nicht einmal als Publikum für politische Repräsentation ist das regierte Volk zu benutzen; wenn es weiß, wo New York liegt, weiß es immerhin aber auch, wo es angemessen repräsentiert *wird*. Völlig entbehrlich ist unter solchen Umständen alles, was mit Sozialpolitik zu tun hat: Untertanen, die höchstens als Hindernis für die Explorations- und Abbautätigkeit ausländischer Konzerne interessieren, gibt man keine Personalausweise, geschweige denn eine Sozialversicherungskarte oder einen individuellen Platz in einer Arbeitslosenstatistik. Für die Eigenfabrikation von Almosen sorgen caritative Entwicklungshilfeprojekte; der Unbildung wirken Missionschulen entgegen. Einzig wenn militärische Aktionen anstehen, vor allem also, wenn eine gebildete Elite zur "nationalen Befreiung" schreitet und interessierte Auslande Geld und Waffen liefern, läßt das Volk sich politisch nutzbringend verwenden - und genau s o w e i t ist ei; dann auch politisiert.

Die gesamte Vielfalt westlicher Staatsformen, die den demokratisch gesinnten Zensoren so reiches Material für ihren Politischen Scharfblick bietet, mag dem als Maßstab an sie angelegten Ideal noch so wenig entsprechen - ihrem Zweck *entsprechen* sie allesamt, die Demokratie-Imitationen, Diktaturen und afrikanischen Sozialismen. Sowenig undemokratische Verhältnisse je einen Grund für ein Eingreifen seitens der Sachwalter von freedom & democracy abgeben, so sicher betätigt sich das heuchlerische Urteil der Demokraten als Begutachtung der *Funktionalität* auswärtiger, gewöhnlich von der eigenen

Regierung installierter und geförderter Herrschaftsformen. Die brutalen Techniken im Umgang mit Menschen in anderen Breiten sind daher auch über Jahrzehnte hinweg kein Anlaß zur Klage, sofern die "Beziehungen" zu den dortigen Gemeinwesen in Ordnung sind - sobald aber interne Auseinandersetzungen, bisweilen ein veritabler Bürgerkrieg unter massiver Anteilnahme imperialistischer Konkurrenten gute oder schlechte Perspektiven eröffnet, geraten die Statthalter der eigenen nationalen oder auch insgesamt "westlichen" Interessen in die Schlagzeilen. Um der Aufmerksamkeit eines freiheitlich-demokratischen Journalisten für wert befunden zu werden, muß sich ein Land der "Dritten Welt" schon zum *Konfliktherd* entwickelt haben - woraus erhellt, daß die Besichtigung durch die demokratisch gefärbte Brille *den imperialistischen Standpunkt par excellence* ausmacht. Dieser Standpunkt stört sich nicht im mindesten daran, daß ein General, der sechs- und siebenstellige Leichenziffern verbucht, seine Absicht kundgibt, sich auch gelegentlich einmal wieder wählen zu lassen - er honoriert den Zynismus der Herrschaft, die *ihre* Modalitäten souverän wählt; und die "Regierbarkeit" sämtlicher Völker der Erde geht ihm über alles, so daß er von vorneherein mit den "notwendigen Opfern" kalkuliert und sich lediglich die Frage nach ihrem Willen zur Unterwerfung vorlegt. Welches Volk diesen Willen glaubhaft nachweist, dem konzidiert ein bürgerlicher Beobachter dann auch großzügig das Recht, demokratisch benutzt zu werden - und seinen westlichen Landsleuten serviert er im Zweifelsfall noch stets mit heuchlerischem Bedauern seine Einsicht, daß der eine oder andere Menschenschlag etwas besseres als eine Diktatur gar nicht verdiene. Alles locker vom Hocker aus dem Fernsehstudio - für alle Freunde der Demokratie - auch für jene, die ausgerechnet die Herrschaftsform des Kapitals für *das* Bedürfnis der vom Imperialismus zum Sterben Verurteilten halten.

3. Der nicht vorgesehene Sonderfall: Die Volksdemokratien

Die ganze Wucht des gekonnt eingesetzten Kriteriums, das bei der Beurteilung anderer Staatswesen zum Einsatz gelangt - Wie hältst du's mit der Demokratie? Bist du reif für sie? Ist sie am Platze oder nicht, können wir uns etwas von dieser heiklen Herrschaftsgestaltung bei dir versprechen? - trifft die Staaten, die nicht das Werk der imperialistischen Mächte sind. Aufgrund der Abschaffung der freien Konkurrenz, der Verstaatlichung des Kapitals und der Benutzung des gefeierten Proletariats für ein Wachstum des Reichtums, der nicht in privaten, sondern in staatlichen Händen glänzt, hat man im Osten die *Volksdemokratien* ins Leben gerufen. Die Sowjetunion, die diese Staatsgebilde nach dem II. Weltkrieg eingerichtet hat, steht und versteht sich im *Gegensatz* zur imperialistischen Weltherrschaft; die Volksdemokratien sind darüber zum Hauptfeind der freien Welt

geworden und müssen sich die einschlägigen Fragen viel öfter und dringlicher gefallen lassen, als das einer Militärdiktatur passieren kann.

An denen nun bleibt im Vergleich, der von vorneherein einer der *Systeme* ist, mit westlichen Errungenschaften kein gutes Haar: sämtliche in abendländischen Grundgesetzen verankerten Freiheiten des Individuums - die Freiheit der Meinung, des Privatlebens, der Presse, alle werden sie mit Füßen getreten; eine Würde des Menschen ist weit und breit nicht zu sehen, die Privatinitiative hat ebensowenig Raum wie das Privatleben, das die Partei der Arbeit mit Beschlag belegt hat. Handel und Wandel sind von der nämlichen Partei unter Kontrolle genommen - und der freiwillige Einsatz der Menschheit leidet in diesen kommunistisch besetzten Landstrichen so sehr unter dem Entzug der *Menschenrechte*, daß auch der ökonomische Erfolg dieser Gesellschaften sich recht spärlich ausnimmt im Vergleich mit den am Westen abgeguckten Zielen des Wachstums. Der Lebensstandard ist (nicht etwa weil die Leute so wenig kriegen, sondern weil man ihnen von wegen Freiheitsentzug gar nicht soviel geben kann!) blamabel für Industrienationen (die sie ja sind im Unterschied zu den "Entwicklungsländern"; reich sind sie nämlich auch noch neben ihrer Armut), und die Farbenpracht westlicher Lebensäußerung verursacht bei den Sowjetbürgern einen Freiheitsdrang, wie er seit der Auswanderung europäischer Handwerker in die USA nicht mehr gesehen ward. Die matte Reaktion des Ostens besteht darin, daß er darauf besteht, das oberste aller Menschenrechte, das auf Arbeitverwirklicht zu haben, was dem freien Westen wegen seiner Wirtschaftskrisen nie und nimmer möglich sei. In Sachen Lebensstandard werden Ziffern errechnet, die den Vergleich halbwegs passabel gestalten sollen; was die politischen Freiheiten anlangt, so wird auf die durchaus in Hülle und Fülle auffindbaren "Ungerechtigkeiten" im westlichen Herrschaftsbereich verwiesen, und die Souveränität der Länder in der "Dritten Welt" wird energisch bestritten, weil es sich nur um eine scheinbare Unabhängigkeit handle. Indem sich die Volksdemokratien das Ideal der westlichen Demokratie tatsächlich zu Herzen nehmen, verraten sie nicht nur, daß ihnen an der *Realisierung* dieser Ideale - im Unterschied zu ihren Feinden - durchaus gelegen ist; sie bekennen auch ziemlich offenherzig, daß sie vor den Maßstäben, die da an sie angelegt werden, kapitulieren.

Da trifft es sich gut, wenn der Westen angesichts der Entwicklung fruchtbarer Wirtschaftsbeziehungen mit den Volksdemokratien etwas Entlastung schafft. Er macht nämlich in seinen Handels- und Investitionsentscheidungen das Zugeständnis, welches ein weiteres Mal klärt, daß "Demokratie" nur für *gelungene Herrschaft* steht - weswegen sie auch gar nicht überall vorhanden zu sein braucht. Die "Stabilität" der Verhältnisse erfreut sich manchen Lobs aus dem Munde der Investoren in Sachen Osthandel (dieses Lob treibt

im übrigen den KP-Zentralkomitees ebensowenig die Schamröte- ins Gesicht wie die Begeisterung über die niedrigen Löhne!), und dieses Lob der anständigen O r d n u n g , welche diese vielgeschmähten feindlichen Regierungen zu schaffen in der Lage sind, mag für viele böse Worte entschädigen. Darin kann man den "Machthabern" und "Regimes" im Osten schon einmal Anerkennung zollen, daß ihre Völker so schön regiert, also auch ausgenützt werden können!

II.

1.

Trotz allem verbinden Linke, die mit dem auswärtigen Wirken ihrer Staaten nicht einverstanden sind, ausgerechnet damit allerlei antikapitalistische Hoffnungen. Menschen, die eine festgegründete Abneigung gegen die weltweite Profitmacherei und deren ökonomische und politische Protagonisten hegen, betrachten das Weltgeschehen darauf hin, wo sich Gegnerschaft gleich welcher Art und aus welchen Gründen, gegen dieselben Figuren und ihre Politik regt - und werden um so problemloser fündig, je kräftiger die imperialistischen Mächte sich regen und - sei es gemeinsam, sei es in Konkurrenz zueinander - den Interessen ihrer nationalen Wirtschaft und ihrer staatlichen Durchsetzung unter Einsatz aller gängigen Mittel zwischenstaatlicher Kooperation, also von Erpressung und Ausnutzung, den Weg bahnen. Jeder *Nationalismus*, sofern er nur der einer in der weltweiten Konkurrenz zu kurz gekommenen Nation ist, wird für solche linken Kritiker der Weltszene automatisch zum potentiellen Bündnispartner; man mag beispielsweise in Sachen Zentralafrika gegen den brutalen "Egoismus" der französischen Republik noch allerlei Anklagen erheben, dieser selbe Nationalismus ist doch sogleich hochwillkommen, sobald er sich als Abneigung gegen den "häßlichen Deutschen" verachtungsvoll gegen "le Feldwebel" Schmidt, den "Provinzler" Kohl und den "Unverbesserlichen" Strauß richtet. Nationale Befreiungsbewegungen, die gegen ein mit einer imperialistischen Vormacht erfolgreich kooperierendes Regime aufbegehren, können vollends einen Provinzchauvinismus oder Rassismus verfechten, daß jeder linken Sau graust: die Tatsache allein, daß hier jemand als Befreiungsbewegung gegen eine Politik auftritt, deren Gegner man selber ist, läßt die Gründe der eigenen Gegnerschaft vergessen, über die Zwecke des anderen für seine Gegnerschaft großzügig hinwegsehen - und verbürgt so eine Verbreiterung des weltweiten Bündnisses der "antiimperialistischen Kräfte". Und weil aus Gründen, die in den vorstehenden Ausführungen alle vorgekommen sind, das Wechselspiel der Politik in den armen Staaten nicht wie in den kapitalistischen Demokratien als einvernehmliche Gegnerschaft zwischen Regierung und Opposition ausgetragen wird, sondern immer die Form der Eroberung der Staatsgewalt, ihrer privaten Ausnutzung, einer entsprechend despotischen Unterdrückung und eines daraus erwachsenden neuerlichen Kampfes annimmt, eines Kampfes, der stets im Namen des Volkes, also unter den Idealen der nationalen Freiheit und wahrer Massenverbundenheit geführt wird, wächst die Liste der, sei es bereits erfolgreichen, sei es noch (oder wieder) kämpfenden antiimperialistischen Befreiungsbewegungen unaufhaltsam - wodurch mancher linke Beobachter des

Weltgeschehens sich zu den schönsten Hoffnungen in bezug auf das weltweite Kräfteverhältnis berechtigt sieht.

In Wahrheit sind sämtliche antiimperialistischen Erfolge dieser Art erlogen: ein nationalistischer Antiimperialismus verfolgt tatsächlich nie einen anderen Zweck als den, entweder den eigenen Staat zu einer imperialistischen Vormacht zu machen - dies etwa die banale Quintessenz galloromanischer Erhabenheit über den rohen deutschen Spießbürger - , oder für den eigenen Staat mehr Anerkennung durch keine anderen als eben die imperialistischen Mächte zu erlangen - was sich spätestens dann ganz "konkret" und "empirisch" zeigt, wenn eine an die Macht gekommene Befreiungsbewegung ihre Dankbarkeit für die einst von deutschen Linken gestiftete Druckmaschine leichten Herzens den freundschaftlichen Umarmungen des Herrn Genscher opfert. Gegen diese Wahrheit sind trostreiche Hoffnungen auf einen naturwüchsigen Fortschritt des weltweiten Antiimperialismus immun~ Mit der abstrakten Beschwörung der Notwendigkeit, dem jeweiligen besonderen "Kräfteverhältnis" und "Entwicklungsstand" Rechnung zu tragen, rechtfertigt ein solidarisch antiimperialistischer Linker jedes auch noch so reaktionär-nationalistische Aufbegehren in der Welt der zu kurz gekommenen Staaten; der Aberglaube an eine revolutionäre Eigendynamik des unterdrückten Nationalismus zum Sozialismus hin färbt die Welt rosigrot; und, wer es sich herausnimmt, die politischen Zwecke eines kämpfenden Vereins irgendwo auf der Welt zu kritisieren, entlarvt sich damit als Parteigänger des Imperialismus, gilt als "objektiv rechts" und bekommt die Militanz falscher Hoffnungen auf ein Scheitern des Imperialismus am Selbstbehauptungswillen der "unterdrückten Völker" zu spüren. Das Argument, man solle sich hier nicht zum Richter aufspielen über einen "heldenhaften Kampf" der "Patrioten" anderswo, ruft noch jeden Linken zur Solidarität auf - auch mit "islamischen Revolutionen" und ähnlichem Wahnwitz, der von ausgewachsenen Intellektuellen in den Leichen, die er produziert, am stürmischsten gefeiert wird.

2.

Der Grund dafür, daß solche Hoffnungen offenbar zum festen und zäh verteidigten Bestandteil heutiger linker Weltanschauung geworden sind, ist nicht schwer auszumachen: Linker Antikapitalismus, der die Praktizierung seiner Gegnerschaft gegen kapitalistische Verhältnisse unter den Vorbehalt gestellt hat, zunächst müsse eine "revolutionäre Situation" eintreten, die niemand anders als der Kapitalismus selbst heraufführen könne, aber auch unweigerlich eines Tages heraufführen werde, benutzt die Wirkungen des Imperialismus, um sich angesichts seiner Enttäuschung über das Ausbleiben einer solchen mitreißenden

Situation in den kapitalistischen Zentren immer wieder Mut zuzusprechen. Dabei setzen die einen mehr auf die objektiven Bedingungen': Krisentheoretiker des Kapitalismus, die sich die Unausbleiblichkeit des Übergangs zu sozialistischem Wirtschaften aus dem tendenziellen Fall der Profitrate ausrechnen, nehmen sich die Freiheit, die Konkurrenz der kapitalistischen Staaten auf dem Gebiet der Wechselkurse als "Weltwährungskrise" zu interpretieren, der die zuständigen Notenbanken letztlich hilflos ausgeliefert seien; unisono mit bürgerlichen Apokalyptikern - deren parteiliche Besorgtheit ihnen womöglich noch als besonders unverdächtiges' Beweismittel erscheinen will - prognostizieren sie ein übergreifen des als kapitalistische "Absatzkrise" gedeuteten Elends der "Dritten Welt" auf die entwickelten Industrieländer'; generell befinden sie die kapitalistische Wirtschafts-"Ordnung" für "unfähig", "die Ordnungsprobleme der Weltwirtschaft" einer dauerhaften und gerechten Lösung zuzuführen. Andere erhoffen sich vom Imperialismus eher die nötige Belebung des "subjektiven Faktors": Kultur und Moralkritiker des Kapitalismus, die sich den Sozialismus als die Verwirklichung sämtlicher Ideale demokratischer Partizipation am Leben "der Gesellschaft" oder auch gleich als Realisierung jener trostlosen Individualität, die Spontis für "echt" halten und experimentierend mit sich selbst ausprobieren, vorstellen und in dieser Hinsicht vom westlichen Proletariat so restlos enttäuscht sind, daß sie dem Kapitalismus vor allem und fast nur noch deswegen gram sind - nämlich weil er die Leute bloß "privatistisch sozialisiert" oder so - , entdecken am Ausbleiben jeglicher zivilisierenden Wirkungen des Kapitals in seiner imperialistischen Sphäre den Vorteil, daß die Massen hier noch spontaner und beim Festefeiern fröhlicher, überhaupt von kapitalistischem "Konsumzwang" noch unverdorben sind und dafür noch wahre Volkskunst lebendig ist; den brutaleren Umgangsformen der Gewalthaber dortzulande mit ihrem Volk entnehmen sie die Chance, daß dadurch echte Solidarität und wahres Gemeinschaftsgefühl einen bedeutenden Aufschwung nehmen könnten; "Der Fortgang der Entwicklung, die Schaffung neuer sozialistischer Kulturen, ist, wie er (sc. Bahro) treffend spürt, heute vor allem von den revolutionären Prozessen der Dritten Welt zu erwarten" - warum? weil die zuständigen Massen "noch unter ihre überlieferten Existenzbedingungen gedrückt" und deshalb "zum militanten Aufbruch gezwungen" werden, befindet beispielsweise der Philosoph Haug in Berlin; so ist der "subjektive Faktor" des Sozialismus doch noch nicht ganz ausgestorben- er lebt in der Hoffnung auf eine Revolution aus Elend und feiert dessen Folklore.

Die theoretische Form, in der diese Gesinnung sich vorträgt, ist die "Einschätzung": Wann und wo immer ein Land durch be-. sondere Unruhe öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht, sind Linke mit mehr oder weniger gelehrten, mit empirischem Material' und - wie bürgerlicher Entlarvungsjournalismus - mit allerlei 'Hintergrundinformationen'

renommierenden Lagebeurteilungen zur Stelle und erdichten sich aus dem besprochenen Vorfall einen Beleg dafür, daß die Sache des Sozialismus keineswegs verloren ist, vielmehr "die Welt" selbst eine "Haupttendenz" Richtung Revolution aufweist. Dieser kernige Spruch eines chinesischen Staatsoberhauptes erwies sich tatsächlich als *die* alternative Philosophie für bürgerliche Intellektuelle, die, obzwar mit der ihnen hierzulande gebotenen Sinnsuche unzufrieden, das Bedürfnis nach Sinn nicht aufgeben wollten. mit dem Glauben an die "Haupttendenz" war ihr politischer Wille wieder eins mit den Weltenläuften...

3.

Material für solcherlei Selbstbestätigung eines falschen Antikapitalismus gibt es immer reichlich. Denn daß es kracht: Konkurrenten einander niedermachen, aus Elend Reichtum abgepreßt wird, Betroffene sich wehren und hingemacht werden, Herrschaft nach den daraus sich ergebenden Effektivitätsgesichtspunkten den Inhaber wechselt, auch schon mal das Militär einer imperialistischen Macht selber eine praktische Übung veranstaltet - all das gehört zum Alltag des Imperialismus; um Anlässe zu empörten und hoffnungsvoller innerer Anteilnahme an dessen Fortgang brauchen seine linken Gegner also genauso wenig verlegen zu sein wie bürgerliche Journalisten um Stoff für die Vorderseiten ihrer Zeitungen. Nur ist eben damit aber auch klar, daß zu positiven Erwartungen im Zusammenhang mit der munteren Zerstörung der Menschheit durch die Herrschaft des Kapitalismus nicht der geringste Anlaß besteht: So fängt nicht das *Scheitern* des Imperialismus an, sondern so sieht sein *normaler Gang* aus. Auch wenn Lenin höchstpersönlich die "Fäulnis" des Kapitalismus in den Taten entdeckt haben will, durch die er sich die gesamte Erde untertan gemacht hat.

a) Was den *Nationalismus* in den auswärtigen Interessensphären der imperialistischen Staaten und seine angebliche antiimperialistische Stoßrichtung angeht, so ist er für das Interesse der kapitalistischen Mächte an unbedingter Verfügbarkeit der ganzen Welt für sie natürlich insoweit eine Schranke, als darin die Souveränität einer fremden, formell autonom gegenüberstehenden Herrschaftsgewalt geltend gemacht wird. Diese Schranke fällt jedoch zusammen mit der Trivialität, daß Imperialismus eben überhaupt die Betätigung einer entwickelten kapitalistischen Staatsgewalt nach außen, also in bezug auf andere souveräne Herrschaft darstellt - ein Umstand, der nur deswegen überhaupt ausdrücklich erwähnt werden muß, weil bürgerlicher wie linkskritischer Verstand gemäß ihrem gemeinsamen staatsidealistischen Kriterium der nationalen Unabhängigkeit den Imperialismus mit seiner kolonialistischen Vorform gleichzusetzen pflegen, in der die imperialistischen Mächte ihre Souveränität auf fremde Völker und Weltgegenden ausdehnten. Eben durch

diese kolonialistische Unterwerfung der gesamten Welt unter die Herrschaft bürgerlicher Staatsgewalt und durch ihre Konkurrenz gegeneinander auf dieser Grundlage haben die alten kolonialimperialistischen Mächte die souveräne staatliche Herrschaft in allen von ihnen abgegrenzten Winkeln des Globus, also deren Eigenstaatlichkeit als den *Ausgangspunkt* des modernen Imperialismus selber hergestellt. Der imperialistisch sachgerechte Umgang mit dieser Voraussetzung besteht denn auch nicht in der Zerstörung fremder Souveränität, also in der Rückkehr zur offenen oder heimlichen Annexion des fremden Landes, sondern in der Funktionalisierung der dort bestehenden politischen Herrschaft, die deren Stärkung durchaus mit einschließt, für das eigene Interesse durch alle erdenklichen Mittel zwischenstaatlicher Kooperation. Und auch wo solche Kooperation ihre Elementarform einseitiger Erpressung annimmt, hat sie doch auch da ihre feste Grundlage keineswegs in der Ausschaltung der souveränen Herrschaftsgewalt des Partners - jede Erpressung rechnet ja im Gegenteil auf ein ganz autonomes Nutzenkalkül des andern! - , sondern darin, daß dieser gerade wegen und in seiner Souveränität erpreßbar ist: Gerade in ihrem populär als Nationalismus auftretenden unbedingten Egoismus findet jede moderne politische Herrschaft sich für die Aufrechterhaltung ihres Daseins unabdingbar auf überschüssigen, universal verwendbaren Reichtum angewiesen; für dessen Erwirtschaftung setzt der Weltmarkt, also die Außenwirtschaftspolitik der entwickelten kapitalistischen Staaten die Bedingungen und bietet zugleich dafür ihre Hilfe an; so fällt das Existenzinteresse der Staaten ohne eine dafür ausreichende einheimische Reichtumsproduktion mit dem Interesse auswärtiger Kapitale zusammen, Volk und Natursphäre dieser Staaten in den Dienst ihrer Verwertung zu stellen. Die Verlaufsform dieser Interessenidentität ist zwar notwendigerweise der Streit - und wo nicht mit der zuständigen Regierung, weil diese in den Händen besonders willfähriger Kreaturen liegt, dann mit einer aufbegehrenden Opposition, die es eben deswegen mit tödlicher Sicherheit gibt - , weil der dem Elend des Landes abgepreßte Überfluß ja geteilt sein will zwischen dem Kapital, das ihn produziert, und der Staatsgewalt, die die zu solcher Produktion notwendige Herrschaft garantiert - oder umgekehrt ausgedrückt: zwischen der Staatsgewalt, der es um die Entfaltung der nationalen Souveränität geht, und dem auswärtigen Kapital, das die dafür notwendigen Mittel zu erwirtschaften verspricht. Dieser Streit ist aber eben einer auf Grundlage eines soliden gemeinsamen Interesses, welches den fremden Souverän durch die stärkere Seite immerzu erpreßbar macht. Und so bedarf denn auch der Umgang der imperialistischen Staaten mit ihren Hinterländern der Sicherheit, die in der Existenz einer Militärmacht von drohender Größe liegt, aber nicht deren permanenten Einsatzes: das imperialistische Militär ist eben deswegen wirkliche *Friedensstreitmacht*, weil seine wichtigste Funktion darin besteht, den fremden Partner an sein wohlverstandenes Eigeninteresse zu erinnern.

Aus diesem Grund ist nichts alberner, als die zur Ausbeutung durch fremde nationale Ökonomien herhaltenden Staaten als die Opfer oder auch nur als die Objekte imperialistischer Herrschaft zu bedauern und dagegen auf deren nationalen Standpunkt zu setzen. Der Imperialismus bewährt sich eben darin als weltweite Herrschaft des Kapitalismus, daß er *alte* Staaten gerade *in* und *vermöge* und um *willen* ihrer Souveränität als autonome *Subjekte* von Herrschaft an dieser beteiligt - einen jeden mit seiner besonderen Funktion. Natürlich gibt es da den grundsätzlichen Unterschied zwischen den kapitalistisch entwickelten Demokratien, deren heimisches Kapital jenes ökonomische Interesse am gesamten Globus praktisch hat, das die materielle Grundlage heutiger weltweiter Völkerfreundschaft ist, und solchen Staatswesen, die die Mittel wie die Notwendigkeit ihrer Herrschaft daraus beziehen, daß sie ihre Untertanen auswärtiger Ökonomie dienstbar machen. Für den Patriotismus der Einwohner dieser letzteren Sorte Staaten heißt das aber nie, daß er je antiimperialistische Qualitäten besäße, sondern einzig und allein, daß er eine stets unglückliche Liebe zum Vaterland darstellt, für die es mit dem Leben zu bezahlen gilt.

b) Was die "Krisen" des Imperialismus angeht und seine angebliche "Unfähigkeit", für eine gerechte Ordnung auf der Welt zu sorgen, so ist natürlich klar, daß die Austragung weltweiter Konkurrenz, die Auseinandersetzung mit deren letzten Konsequenzen in Form zahlungsunfähiger Handelspartner und aufständischer, gar vom Kommunismus "infizierter" Weltgegenden sowie die Aufrechterhaltung eines Militärs, das der Universalität der geltend zu machenden politischen und ökonomischen Interessen entspricht, für die imperialistischen Mächte allerlei *faux frais* mit sich bringt. Mit diesen Unkosten weltweiter Herrschaft ist aber auch schon der ganze Grund dafür genannt, weshalb zum Streben nach ökonomischer Überflügelung des Partners, was stets dessen partielle Ruinierung mit einschließt, alle Ideale des gegenseitigen Vorteils und des freundschaftlichen Einvernehmens gehören: zur "Entwicklungshilfe" das Ideal ökonomischer Verselbständigung und eines Entwicklungsgleichstandes des erfolgreich zu Ende geplünderten Partners; zum militärischen Durchgreifen und der ständigen Drohung damit sämtliche Ideale des Friedens und der Verständigung. Kein Wunder, daß an diesen Idealen *gemessen* die imperialistische Praxis höchst kläglich, "beschämend" und durchaus unmoralisch ausschaut. Und deswegen folgt aus dem Gegensatz der imperialistischen Praxis zu ihrem *Ideal* auch alles andere als ein Widerspruch dieser Praxis zu ihrem *Zweck*. Wenn ein imperialistischer Staat sich mal Freihandel und mal Schutzzölle, mal eine Abwertung und dann mal wieder eine starke Währung leistet, so tut er das, weil er dadurch, wie der Stand der Konkurrenz jeweils nun einmal ist, die Mehrung seines Reichtums allemal am vorteilhaftesten gesichert findet, und stört sich zu Recht wenig an der "Unruhe" an den großen Börsen und in den Diagnosen linker Krisentheoretiker,

die er dadurch hervorruft. Wenn ein imperialistischer Staat einem "Entwicklungsland" Atomkraftwerke gegen Rindfleisch verkauft, so sorgt er sich vielleicht um einen regulären Schuldendienst, aber ganz gewiß nicht darum, daß durch solchen "falschen Technologietransfer" die "ursprüngliche Akkumulation" im Partnerland behindert und eine "historische Ungleichzeitigkeit" im weltweiten Entwicklungsstand zementiert würde: ihm genügt völlig die praktische Gewißheit - nämlich seine Gewalt, um diese Gewißheit auf alle Fälle zu praktischer Wahrheit werden zu lassen - , daß Atomkraftwerke sich auch durch genügend viel Rindfleisch bezahlt machen (wenn dieses nur billig genug ist) und *diese* „historische Gleichzeitigkeit“ die einzige ist, auf die es ankommt. Und wenn die imperialistischen Mächte eine fast konkurrenzlose Militärmaschinerie, Stützpunkte in der halben und Militärattaches auf der ganzen Welt unterhalten, so beweist das alles andere, als daß ihre Herrschaft mit wachsenden Widerständen zu rechnen hätte und sich "nur noch" mit Gewalt zu behaupten vermöchte: im Maß ihrer Vorsorge zeigen sich weder Angst noch erst recht Schwäche der Staatsgewalt, die sich selbst dermaßen ausstattet, sondern ihre Sicherheit, auf Dauer für die Geschicke einer Welt "verantwortlich" zu sein, in der eine Ordnung, eben weil es stets eine ihrer Herrschaft ist, ohne Gewalt nun einmal nicht zu haben ist.

Es gibt also nichts Alberneres, als dem Imperialismus den permanenten Verstoß gegen seine eigenen moralischen Ideale vorwurfsvoll oder gar in Form bedenklicher Prognosen als existenzgefährdenden Widerspruch vorzurechnen. Genau umgekehrt sieht die Wahrheit aus: Eben weil er seine Zwecke gerade durch Gewalt und Elend erreicht, will der Imperialismus gar keine andere, ordentlichere oder gerechtere Weltordnung als die, die er praktisch etabliert hat und aufrechterhält; und eben weil er *damit* auf der ganzen Linie Erfolg hat, kann er es sich leisten, seine Praxis ideologisch als das zugegebenermaßen ungenügende und fehlbare, aber eben als das Streben nach einer harmonischen Weltordnung zu verkaufen - daß an die Stelle früherer Kolonialminister heute Entwicklungshilfeminister getreten sind, zu deren Qualifikation bisweilen der Ruch idealistischer Spinnerei gehört, ist das deutlichste Zeichen der unendlich gewachsenen *Stärke* imperialistischer Weltordnung! Linke Antiimperialisten aber, statt das Geschäft sorgenvoller Prognosen darüber, ob das Ganze wohl auf Dauer gut geht, der bürgerlichen Journaille zu überlassen, die sich an Erfindungsreichtum im Aufspüren von Schwächen, Niederlagen und ausgelassenen Chancen des je eigenen Imperialismus ohnehin nicht übertreffen läßt, rechnen dem Imperialismus seinen Alltag als Verfehlung seiner wahren Ziele vor und *stützen* auf diese erst so richtig verrückte Weise den Aberglauben, bei der kapitalistischen Weltherrschaft handle es sich "letztlich" doch um eine allerdings mißglückte Erfindung, das Leben der Menschheit glücklich zu ordnen.

4.

Daß nationaler Freiheitsdurst und unbewältigte Ordnungsprobleme demnach das letzte sind, worin Gründe für einen weltgeschichtlichen Abstieg kapitalistischer Weltherrschaft zu finden wären, beweist noch jedes Beispiel, auf das linke Kritiker heutzutage als Beleg für ihre hoffnungsvollen "Einschätzungen" verfallen und durch das ihre "internationale Solidarität" je neu belebt wird.

a) Daß in Chile eine Nebenabteilung der CIA einen Militärputsch gegen den sozialreformerischen Präsidenten Allende zu inszenieren nötig fand, ist kein Beweis dafür, daß hier dem Imperialismus der USA um ein Haar ein schlimmer Gegner erwachsen wäre, sondern eine drastische Demonstration, wie eng dieser seine nächsten Bündnispartner an seine Politik gebunden wissen will und wie extensiv er seine "internationale Solidarität" versteht und wahrnimmt. Für das wesentliche Interesse, Chile seine den Weltmarkt belebenden Importe nicht nur von Bergwerksausrüstungen und seine Dankbarkeit für ausländische Kapitalanlagen mit ganz viel billigern Kupfer bezahlen zu lassen, sind nämlich eine kostenlose Kinderspeisung und Alphabetisierungskampagnen zwar noch lange kein Hindernis, und wenn eine Regierung ihre Herrschaft lieber durch die Förderung sozialistischer Bauernkollektive auf unfruchtbarem, also ökonomisch weitgehend uninteressantem Boden als durch die Verwöhnung ihres Militärs mit ansehnlichem Sold und modernsten Waffen sichert, so findet solche Staatsklugheit bisweilen sogar den Beifall zumindest der imperialistischen Mächte, die am Waffenexport in dieses Land ohnehin nicht beteiligt sind. Dennoch zeichnete sich für eine aufmerksame imperialistische Außenpolitik schon in solchen Machenschaften der Allende-Regierung die ganz und gar zweckwidrige Bestrebung ab, der Unterbezahlung ihres Arbeitsvolks entgegenzuwirken und so die wesentlichste Quelle des nationalen Reichtums zu verschütten - ein "ökonomischer Unsinn", der wie selbstverständlich die Gegenmaßnahme herausforderte, durch gezielte Beeinflussung des Kupferpreises den chilenischen Staat an diese *seine* Einkommensquelle zu erinnern und so zu einer weiteren Senkung des Werts seiner nationalen Arbeitskraft zu zwingen. Allendes Versuch, diesen Hinweis auf die ökonomische Vernunft durch Senkung des Lebensstandards der bisherigen Nutznießer chilenischer Wirtschaftspolitik und Sparsamkeit beim Militär abzuwehren, bescherte ihm den "Verfassungskonflikt" und den USA, denen schon die bloße Möglichkeit, ein russisches Kriegsschiff könnte sich je am Ostrand des Pazifik mit Trinkwasser versorgen, eine unerträgliche strategische Perspektive war, die "revolutionäre Situation", die dann innerhalb von Stunden im "nationalen" Sinne entschieden wurde.

b) Ebenfalls eine "nationale Revolution" der Armee gegen eine längst umstrittene Staatsführung stand am Anfang der modernen "sozialistischen" Geschichte des

NATO-Partners Portugal. Natürlich war sie von genau entgegengesetztem Zuschnitt: Der "Sozialismus", der in Chile abgeschafft wurde, stand hier auf dem Programm der putschenden Militärs - für Westeuropas solidarische Linke das Versprechen auf eine kämpferische Emanzipation vom imperialistischen Weltsystem. Dieses indessen sah nie die Notwendigkeit, den revolutionären Bündnispartner aus der Allianz der "freien Völker" auszuschließen -und zwar in klarerer Erkenntnis des erklärten Zwecks der Militärrevolutionäre, als begeisterungsfähige Linke sie aufgebracht haben: Es ging um die längst überfällige Modernisierung des dem Kolonialismus und Faschismus verhaftet gebliebenen Portugal, also erstens um die politische Verselbständigung der längst nur noch unzulänglich ausgebeuteten Kolonien zu autonom nützlichen Subjekten im imperialistischen Weltgeschäft und um die Transformation des seiner Mutterrolle beraubten Mutterlandes in einen für die EG funktionalen Klassenstaat. Dessen neue Herren erkannten die politische Freisetzung des bislang unterdrückten Klassenkampfes alsbald als Kinderkrankheit, die ein nach Respektabilität und internationaler Anerkennung strebendes Staatswesen schleunigst zu überwinden habe; folgerichtig sägten sie die sozialistischen Sprüchemacher in ihren eigenen Reihen ab und ließen mit den Sozialdemokraten genau die richtigen Figuren an die Macht, um unter der Fahne sämtlicher sozialen und demokratischen Ideale die Grundvoraussetzung internationaler Kreditwürdigkeit, nämlich eine geordnete Armut, wiederherzustellen. Inzwischen schreitet die Verwirklichung dieses nationalen Anliegens mit der gleichmäßigen Unterstützung aller Parteien voran: Alle dulden die Regierung und treten ihrer Klientel gegenüber als Opposition ganz brav und sittsam für all die Interessen ein, die dabei auf der Strecke bleiben.

c) Guerrilleros, die in ihrer Namensgebung die Treue zu den antiimperialistischen Aspekten ihrer nationalen Geschichte zu ihrem Programm gemacht haben, sind soeben in Nicaragua an die Macht gelangt und nutzen diese zur Herstellung einer breiten, von den Unternehmern über die Literaten und Kirchenmänner bis zu den arbeitslosen Slumbewohnern alle Patrioten umfassenden Volkseinheit, die den wirtschaftlichen "Wiederaufbau" in Angriff nehmen soll, nachdem der von Somoza dem Lande abgeknöpfte Reichtum wohl für immer außer Landes ist. Die wichtigsten Weichen für den Wiederaufbau sind auch schon gestellt, seit die neue Regierung - zur Zufriedenheit aller bürgerlichen Beobachter - die hinterlassenen Auslandsschulden als die ihren anerkannt und mit dieser Geste des guten Willens gegenüber den bisherigen Geschäftspartnern Somozas ihre Absicht bekundet hat, die alten imperialistischen Außenbeziehungen - einschließlich Waffenhilfe aus den USA - so fortzusetzen, als wären sie nun keine imperialistischen mehr. Während die USA sich mit der Besichtigung der modifizierten Umstände Zeit lassen - eine gefahrlose Spekulation auf

zunehmende Kooperationsbereitschaft der neuen Machthaber, zumal Kuba und die UdSSR maßgeblich zu dem allgemeinen Einverständnis darüber beitragen, daß sie dort nichts zu suchen haben - und noch zögern, auf dieses schöne Angebot zu inneramerikanischer Freundschaft einzugehen, sondieren die journalistischen Vorreiter des neuen westeuropäischen Imperialismus die Chancen, durch Zusammenarbeit mit einem derart einsichtigen Partner ein weiteres Stückchen in die bislang exklusive Einflußsphäre der US-amerikanischen Konkurrenz einzubrechen - nach dem schönen Motto der Süddeutschen Zeitung: "Aber sollen die USA allein zu bestimmen haben, wer für Nicaragua der Westen' ist?" (Carlos Widmann, 31.8.79).

d) Noch vor ihrer "revolutionären" Machtergreifung steht die traditionsreichste unter den "antiimperialistischen Befreiungsbewegungen", die PLO. Bei dieser Organisation handelt es sich um die reinsten Freunde einer wirklichen und buchstäblichen, allgemein respektierten Staatsgewalt: Das Massenelend in den palästinensischen Flüchtlingslagern und -quartieren, an deren Beseitigung sie daher auch das geringste Interesse hat, ist ihr *der* fortdauernde Beleg für ihre palästinensische Staatsideologie, der zufolge die verhinderte Existenz eines von ihr geleiteten souveränen Staates der entscheidende Grund allen Elends des palästinensischen Volkes sei - als hätte es mit den Palästinensern gute Wege, wenn nur erst ihr Arafat Präsident eines Nachfolgestaates auf israelischem oder israelisch besetztem Boden geworden ist. Der Umstand, daß etliche fertige arabische Staaten im Rahmen ihrer Sonderkonkurrenz um regionale Vorherrschaft die "Palästinenserfrage" zur "arabischen Sache" gemacht haben und ihren gesamten Antimperialismus in ihrer daraus folgenden Gegnerschaft gegen Israel betätigen, hat die PLO als Quasi-Staatsgewalt im Exil überdauern lassen; der neuere Umstand, daß es dem Schutzpatron Israels zunehmend besser gelingt, die "arabische Sache" mit seiner eigenen zu verschmelzen, erlaubt es den einstigen Kämpfern, ihrer frustrierten Geilheit auf einen Staat, der über seine Untertanen eine ganz exklusiv selbstgemachte Herrschaft ausübt, bereits mit UNO-Auftritten und Quasi-Staatsbesuchen, auch ausländischer Häupter in palästinensischen Musterkindergärten, zu fröhnen. Die PLO führte mit ihrem alten Verfahren, die Welt durch Attentate und Flugzeugentführungen im Namen unveräußerlicher palästinensischer Volksrechte von der Notwendigkeit eines eigenen Staates für den nahöstlichen Weltfrieden zu überzeugen, den Beweis, daß ihr Nationalismus sich zwar nicht an Macht, aber schon an Brutalität mit seinem Gegner messen kann, sie also allemal über die moralischen Voraussetzungen für die Errichtung und Aufrechterhaltung eines funktionierenden Gemeinwesens verfügt. Mit den heutigen Auftritten ihres Führers und seinem Buhlen um die Gunst von Politikern und Journalisten des freien Westens demonstriert sie sinnfällig, daß die von ihr angestrebte

Staatsgewalt kein anderes Ziel verfolgen würde als eine von Patriotismus getragene und durch Folklore verschönte Funktionalisierung ihres Volkes für sich und eine gedeihliche Kooperation mit einem freundschaftlich gesinnten Westen. Ihr Antiimperialismus besteht bei alledem in demselben lupenreinen Rassismus, den sie - im übrigen zu Recht - ihrem israelischen Gegner vorwirft: dem Aberglauben, staatliche Herrschaft sei gut oder schlecht je nach ihrem völkischen Charakter - jüdisch oder palästinensisch.

e) Noch sichtbarer als die PLO zeichnen sich die auch schon ziemlich alten und zu quasi-staatlicher Respektabilität gelangten nationalen Befreiungsbewegungen *Zimbabwes* durch einen Antikolonialismus und Antirassismus aus, der aus der miesen Existenz der einheimischen, Neger als Diener, Landproletariat und Hüfearbeiter den falschen nationalistisch-rassistischen Schluß zieht, der wahre Grund dieser Mißstände liege in der fehlenden Unabhängigkeit des eigenen Landes bzw. - seit diese durch die Smith-Regierung ja praktisch durchgesetzt worden ist - in dem Umstand, daß die falsche "Elite", nämlich eine kolonialistisch denkende weiße statt einer volksverbundenen schwarzen, die *Geschicke* des Staates leitet und dieser, Inbegriff imperialistischer Abscheulichkeit, nach seinem britischen Entdecker Rhodesien' statt nach dem Vorbild prähistorischer Unterdrückung durch landeseigene Potentaten „Zimbabwe“ heißt. Für die betroffenen Massen enthält dieser schwarze Nationalismus allein die politische Perspektive, nach den Richtlinien des "afrikanischen Sozialismus" auf Staatsgütern nicht weniger ausgiebig als bislang für die Macht einer reinrassig schwarzen Regierungselite - und den Reichtum auswärtiger Kunden - tätig werden zu dürfen, für ihre politischen Führer hingegen die schöne Aussicht auf dieselbe Macht, die zur Zeit die Weißen und ihr Häuptling Smith innehaben und mit passender Ironie auf den Rassismus ihrer Gegner von ein paar schwarzen Kirchenmännern absegnen lassen; es ist daher ganz in Ordnung, daß das politische Programm dieser Befreiungsbewegungen im Wesentlichen aus den Namen ihrer beiden konkurrierenden Führer besteht. Während die Konkurrenz zwischen diesen beiden Typen hiesigen Linken das Rätsel aufgibt, welchen sie vor allem unterstützen sollen, sind englische und amerikanische Außenpolitiker längst mit beiden im Geschäft - ohne ihr Geschäft mit dem alten Rhodesien je aufgeben zu haben - und tragen mit einem schwarzen UNO-Botschafter und Unterhändler auf der einen, einer wohlinszenierten Commonwealth-Konferenz auf der anderen Seite längst eine ganz andere Konkurrenz aus: um die Frage nämlich, ob ein autonom schwarzes künftiges Zimbabwe seine nicht unbeträchtlichen natürlichen Reichtümer eher in die US-Wirtschaft oder lieber wie bisher vornehmlich in das völkerfreundschaftliche Wirtschaftsunternehmen EG einbringt. Daß die eiserne Margaret von England sich zu einem Tango mit dem Schwarzen Nyerere hergibt, ist

jedenfalls, was auch immer man in Ascot darüber sagen mag, ebensowenig ein Zeichen britischen Niedergangs, wie die USA ein Scheitern ihres Imperialismus dokumentieren, wenn sie ihre Interessenvertretung in diesem Fall und vor der UNO schwarzen Händen anvertrauen. Deutlich wird daraus nur, mit welcher Gelassenheit der Imperialismus in der Sphäre der Diplomatie einen für ihn zweckmäßigen Umgang mit der anerkannten Selbstständigkeit seiner ehemaligen Kolonien zustandebringt.

f) Die harte Wahrheit, daß kein Staat in der von den imperialistischen Staaten für sich zugerichteten Welt, wie kämpferisch auch immer seine nationale Emanzipation vor sich gegangen sein mag, bei seiner Selbsterhaltung als lokale Herrschaft ohne verlustreiche Kooperation mit den kapitalistischen Mächten zurechtkommt, weil nur deren Wirtschaft ihrem Volk und ihren natürlichen Gegebenheiten auch noch im größten Elend universell verfügbaren Reichtum abzugewinnen versteht - die wenigen Zuschußgeschäfte der sowjetischen Weltpolitik ausgenommen, die dieser Staat sich aus seinen strategischen Erwägungen heraus leistet - , diese Wahrheit verbürgt dem Imperialismus seine Sicherheit auch in bezug auf das größte antiimperialistische Bündnis, das die Welt je kennengelernt hat, die *Bewegung der Blockfreien*. Die solidarisch-kontroverse *Besprechung* der politischen *Aktionen* der imperialistischen Staaten -und der dadurch in den eigenen Reihen stets neu gestifteten politischen *Gegensätze* - als derjenigen *Probleme*, die sie souverän und einvernehmlich zu bewältigen gedenken, ist, auf ihren knappsten Inbegriff gebracht, die Form, in der die 96 inzwischen dazugehörigen Staaten ihre eigene prinzipielle Funktionalität für den Imperialismus zum *Gegenstand* der völlig eigenständigen Betätigung ihrer souveränen *Gewalt*, also zu ihrem politischen Anliegen machen und das auch noch als ihre Herausgehobenheit aus dem *Gegensatz* zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Lager' *feiern*. Die politischen Rücksichten, die sie im "besten" Fall durch gemeinsam gefaßte Resolutionen den imperialistischen Mächten "aufnötigen", sind allemal Rücksichten, die diese *bei der Verfolgung ihrer* Interessen zu nehmen haben, also niemals ein Zwang, von ihrem imperialistischen Gebaren abzulassen - was schon daran deutlich wird, daß die von den Blockfreien' und ihren regionalen Unterorganisationen gefaßten politischen Beschlüsse nur dann überhaupt eine gewisse Relevanz erlangen, wenn sie zum *Gegenstand* der *Konkurrenz* zwischen europäischem, amerikanischem und japanischem Imperialismus oder des gemeinsamen *Gegensatzes* dieser Mächte zur Sowjetunion werden. Insofern verdient diese Bewegung von bürgerlicher Seite auch nichts besseres als den blanken Zynismus, mit dem die zuständige Journaille ihr vorrechnet, daß ihre antiimperialistischen Verlautbarungen wirkungslos, daher weltfremd und überdies eine ideologische Unterwerfung unter den Ostblock seien, wahrhaftige Blockfreiheit dagegen in einer ohne großes

politisches Getöse praktizierten Partnerschaft mit dem jeweils eigenen imperialistischen Land bestehe.

5.

Für den Zweck, die weltweite Herrschaft des Kapitalismus zu beseitigen, lassen die antiimperialistischen Bewegungen, Revolutionen und Bündnisse in der "Dritten Welt" keine Fortschritte erhoffen. Sie sind nicht mehr und nicht weniger, als sie zu sein ja auch beanspruchen: nationalistische Bekenntnisse zu und Kämpfe um eine lokal selbstgemachte und allseits anerkannte politische Herrschaft, die in eigener Machtvollkommenheit das *Interesse der kapitalistischen Staaten* an der jeweiligen Weltregion zum *Gegenstand* ihrer auf Selbsterhaltung gerichteten politischen Aktivitäten macht. Die Enttäuschung, die sie damit manchem antiimperialistischen Sympathisanten bereiten, bringen auch solche kritischen Geister, die dem *realen Sozialismus* ansonsten nur wenig Zukunftsperspektive abgewinnen mögen, dazu, sich jener Staaten zu entsinnen, denen es gelungen ist, sich gegen die imperialistische *Militärmacht* zu behaupten und so wenigstens zeitweise *erfolgreich* ihrer Zurichtung durch das international agierende Kapital für den Weltmarkt zu entziehen. Daß die *Sowjetunion* sich mit ihrem Sieg im II. Weltkrieg als weltweit aktionsfähige Großmacht etabliert hat und dank der Nacherfindung der Atomwaffe in der Lage ist, der Militärmacht der USA eine gleichermaßen totale Vernichtungsdrohung entgegenzusetzen, wird so zum hoffnungsvollen Ausgangspunkt einer Kalkulation des weltweiten Kräfteverhältnisses zwischen Imperialismus und Antiimperialismus, das sich einiges auf seinen strategischen *Realismus* zugute hält.

Tatsächlich hat die atomare Rüstung der Sowjetunion - und sie allein! - die Vormacht des Imperialismus unter den Widerspruch gezwungen, unter den kapitalistischen und dem Kapitalismus unterworfenen Nationen zwar *die Weltmacht*, aufs Ganze gesehen aber nur die *Weltmacht Nr. 1* zu sein. Die traurige Wahrheit ist bloß, daß diese Rüstung einer Logik gehorcht, die von einem ganz anderen Zweck diktiert ist als der antiimperialistischen Revolutionierung der Welt. Was immer die Vormacht des Imperialismus sich an Vernichtungswaffen zulegt, um dem Ärger einer ihr nicht botmäßigen Staatsgewalt beikommen zu können, ohne die eigene Existenz damit aufs Spiel zu setzen - die Sowjetunion antwortet darauf mit *gleichartiger* Aufrüstung, bereitet sich also mit allen Kräften darauf vor, einen *Atomkrieg führen* zu können, und bespricht sogar in diversen SALT-Abkommen *diese* Modalitäten mit dem Gegner. Mit einem Abblocken des US-Imperialismus hat das nichts zu tun, und schon gar nichts mit dem Schutz eines womöglich irgendwo wirklich zur *Macht* gelangenden Antiimperialismus. Das Interesse, als eine eines längeren

Atomkrieges fähige Weltmacht respektiert zu werden, ist hier am Werk - und dieser Zweck kommt sogar dem unzweifelhaft vorhandenen sowjetischen Wunsch nach einer der freien Welt' vergleichbaren Einflußsphäre in die Quere. Selbst einem Bewunderer der Weltfriedensmacht dürfte auffallen, daß von einer Eindämmung imperialistischer Übermacht wirklich nicht die Rede sein kann, wenn der wichtigste Bündnispartner von einst heute in kaum verhohlenen Einverständnis mit den USA deren Krieg gegen ein zur "Moskautreue" notgedrungen entschlossenes Vietnam mit eigenen Blutopfern fortsetzt und die antiimperialistischen Kämpfe des einzigen wirklich neu errungenen Verbündeten sich von amerikanischen Senatoren die Einschätzung gefallen lassen müssen, inwieweit sie nicht vielleicht für das hohe Gut weltweiter, Stabilität durchaus förderlich sein könnten. Und wann immer die Sowjetunion in die Verlegenheit kommt, ihre Beziehungen antiimperialistischer Hilfeleistung über Waffenlieferungen - wohl den wichtigsten Aktivposten ihrer Handelsbilanz - hinaus so weiterzuentwickeln, daß der geschützte Partner auch ohne den Westen *ökonomisch* zurechtkommt, stellt sich die Peinlichkeit heraus, daß die Sowjetunion hier tatsächlich in eine *V e r l e g e n h e i t* gerät. Wo die kapitalistischen Staaten für ihre imperialistischen Aktivitäten aus dem Vollen schöpfen und durch sie ihren Reichtum mehren, kosten die Sowjetunion alle ihre Bemühungen, sich feste Bündnispartner zu schaffen, einen Zuschuß, den sie gar nicht übrig hat. Ihrer Absicht, mit der in der NATO gesammelten und gegen sie konzentrierten imperialistischen Macht zu konkurrieren, sogar in der Verrücktheit eines Atomkriegs, der einen Sieger kennt und diesen gar noch die Früchte seines Sieges genießen läßt, opfert die Sowjetunion schon längst weit mehr als den Überschuß, den sie vermittels geplanter Anwendung des Wertgesetzes ihrem Volk abgewinnt.

So zählt denn auch - ein echt revisionistisches Paradoxon! -der zum "*Rüstungswettlauf*" *ausgestaltete* "Antiimperialismus" der Sowjetunion zu den Gründen, aus denen die Hauptmacht des Ostblocks dessen Wiedergewinnung für den Weltmarkt, also für den weltweiten Kapitalismus ganz freiwillig selber in die Wege geleitet hat, noch längst *ehe* die Konkurrenz der Waffen zugunsten des Imperialismus entschieden hätte. Die Sowjetunion leistet sich einen teuer bezahlten Import westlicher Technologie, um die Schwäche der von ihr ins Leben gerufenen Ökonomie zu kompensieren - und die westlichen Staaten nutzen diese neue Offenheit bereitwillig, aber ohne Dank. Von *i h r e r* Definition des realen Sozialismus' als Widerspruch zur kapitalistischen Weltordnung, vorgetragen in dem Vorwurf nicht existierender Menschenrechte, rücken sie jedenfalls nicht ab, und zwar um so weniger, je eifriger der Hauptfeind sich als Betätigungsfeld für die ökonomische Phantasie westlicher Wirtschaftskapitäne anbietet und je ehrlicher er Entspannungsabsichten

bekundet, die die Lasten der Aufrüstung auf ein erträgliches Maß reduzieren sollten; da mußte die "Öffnung" schon so weit gehen wie bei der VR China, die ihre Uminterpretation in der Welt "größtes Entwicklungsland" und des Imperialismus liebevollsten Bündnispartner so vehement betreibt, daß es schon peinlich wird.

Der *Frieden*, der bei alledem von beiden Seiten als höchstes Menschheitsgut beschworen wird, wird so natürlich kein bißchen sicherer - und zwar nicht einmal nur wegen der Ermunterung, die der Imperialismus daraus schöpft. Die Sowjetunion selbst hat schließlich bei ihrem Westhandel die Konkurrenzfähigkeit ihrer Macht im Auge - auch wenn sie sich dabei gründlich verrechnet. Und ehe die *Weltfriedensmacht* von diesem Zweck Abschied nimmt, wenn er durch die Versuche seiner Realisierung in immer weitere Ferne rückt, dürfte sie wohl darauf ~erfallen zu praktizieren, was sie immer vorbereitet, und den Weltfrieden ein für alle mal jeder Gefährdung zu entrücken.

III.

Die wohlwollende Begutachtung sämtlicher Bürgerkriege in der "Dritten Welt" und deren Interpretation als "weltweite Bewegung" gegen den Imperialismus bedarf keiner Theorie. Auch die Entdeckung der Sowjetunion als Garant eines täglich mehr Erfolge verbuchenden antiimperialistischen Kampfes beruft sich auf keine Erklärung des Weltmarkts und seiner politisch-militärischen Ausgestaltung. Die beiden Lager des vornehmlich an Universitäten und in fortschrittlichen Verlagsprogrammen heimischen Anti-Imperialismus verfügen über eine *Haltung* zum Weltgeschehen, der jeder Versuch, sich klarzumachen, was in der internationalen Politik so gespielt wird, wie blanker Zynismus vorkommen muß. Die Begeisterung über jeden Konflikt in Carters schöner Welt erachtet die Frage nach den Zielen der Kämpfe für eine despektierliche bis arrogante Tour gegenüber den unterwegs zum Sieg befindlichen Opfern, die einem Intellektuellen mit Wohnsitz in einer Metropole des Imperialismus nicht ziemt. Das theoretische Urteil über die stattfindenden Auseinandersetzungen sieht sich da schnell gleichgesetzt mit dem *praktischen Urteil*, das die US-Truppen oder ihre Verbündeten exekutieren. Es mag daher nicht überflüssig sein, einmal klarzustellen, weshalb vom Standpunkt der Imperialismustheorie der gängige linke Anti-Imperialismus erstens illusorisch, zweitens bürgerlich ist.

Illusorisch ist er darin, daß er jeden Machtwechsel in der Welt nach dem einfachen, aber hoffnungsträchtigen Muster zurechtinterpretiert, so daß noch bei jedem Bürgerkrieg dasselbe herauskommt: Volk im Aufbruch, Kräfteverhältnisse verschoben, für den endgültigen Sieg der Volkskräfte dringend Solidarität vonnöten! Der diesbezügliche hingebungsvolle Einsatz findet konsequenterweise auf *Solidaritätsveranstaltungen* statt, mit Gastredner, Folklore und viel Beifall. In Form der alternativen *Unterhaltung* wird sich gemeinsam bestätigt, daß auf der Welt eine *Alternative* sei. Und nicht einmal die Redner behaupten, daß die Urheber der weit hinten in der Türkei vorhandenen Misere, die auch in Bonn residieren, von einer geschlossenen Veranstaltung der Linken an ihrem Tun gehindert werden - bisweilen wird sogar um Unterschriften für eine Petition ans Außenministerium geworben, das dieses zur diplomatischen Anerkennung der neu formierten Revolutionsregierung bewegen soll.

Bürgerlich ist der linke Anti-Imperialismus darin, daß seine Repräsentanten sich einzig und allein darauf etwas zugute halten, daß sie entdeckt haben wollen, was sich *anderswo* im Kampf gegen den Hauptfeind der Menschheit rührt! Dabei haben ihre Komitees dieselbe Konjunktur wie der ganz gewöhnliche Journalismus, dem jedes Land interessant wird, sobald es kracht: auffällig daran ist, daß der gewöhnliche Gang imperialistischer Ausbeutung einer

Kampagne nicht für wert befunden wird, dafür jede *Erhebung* gleich zu einer Siegesfeier motiviert. Wenn auf dieser mit allerlei Singsang und Klingklang ein neuentdecktes Volk verehrt wird, . die Losung "patria o muerte" (gegen *beide* Alternativen gibt es Einwände!) die Quintessenz aller Einsichten ausmacht und schließlich eine neue *Republik* mit allerlei Glückwünschen davonkommt, dann wird deutlich, daß *diese* Linke in der hierzulande praktizierten Demokratie keinen *Gegner* sieht: die Anerkennung des neuen Volksstaats durch den dicken Genscher gilt als ein respektabler Erfolg!

Das alles ist schon in der Studentenbewegung guter Brauch gewesen - und gewissen Beobachtungen läßt sich entnehmen, daß den allzeit bereiten Anbetern *jeglicher* Opposition in einer von Paupers überfüllten Gesellschaft mehr an der nostalgischen Wiederbelebung der frohen sechziger Jahre liegt als an irgendeiner Einsicht in den Witz imperialistischer Weltherrschaft. Auch damals schon konnte sich keine Untat der USA ihrer *Deutung* als Akt eines in Agonie befindlichen Papiertigers entziehen. Man *hatte* eine Perspektive - u n d die Unterhaltung von etlichen anti-imperialistischen Feierstunden dazu. Und diese Perspektive schaffte es auch, in der Losung: "Schafft zwei, drei, viele Vietnams!" den *Krieg*, mit dem die USA Vietnam überzogen, als "vietnamesische *Revolution*" *auszugeben* - weshalb es denselben Leuten auch heute die Sprache verschlägt; wenn freilich jeder Krach auf dem Globus ein Beleg für das Vorankommen der Weltrevolution ist, deren Gelingen eine ausgemachte Sache ist, so ist auch die gemeinschaftliche Anteilnahme an allen-"Siegen" eine *politische Aktivität* der höchsten moralischen Kategorie. Für die *Legitimation* dieser Aktivität, die auf Gründe keinen Wert legt, haben sich konsequenterweise auch in allen Gruppierungen "Theoretiker" gefunden, die sich an der welthistorisch schwerwiegenden Frage zu schaffen machen, wo sich denn nun eigentlich das *Subjekt* der Weltrevolution herumtreibt. Dörfer oder Städte, die unterdrückten Völker oder das Industrieproletariat in den Metropolen? - oder gar alle zusammen in einem "dialektischen" Prozeß? An solchen Alternativen zeigt sich nicht allein die Unwissenheit der modernen Linken über die politische Ökonomie des Kapitalismus; sie bringen auch ihre gesamte Gleichgültigkeit gegenüber den objektiven *Bedingungen* einer Revolution zum Ausdruck, von denen sie so gern schwätzen und denen sie genausogern die "*subjektiven*" Bedingungen zur Seite u n d gegenüberstellen. Die Erfindung einer "*Revolutionstheorie*" *getrennt* und zusätzlich zur politischen Ökonomie entlastet ihre Urheber gleich in doppelter Hinsicht: *theoretisch* vom Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, den sie lieber als "Philosophie" genießen und durch Freud und anderes bürgerliche Zeug ergänzen möchten; *praktisch* von seiner Anwendung, einer wissenschaftlich fundierten Agitation derer, die der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende setzen können. Dafür suchen sie lieber auf dem Globus herum nach einem politischen Willen, der sich den Mächtigen

widersetzt, finden ihn in den "Völkern" der .Dritten Welt" und befinden ihn mit der ganzen Kraft eines unverblühten Opportunismus für *revolutionär*. Diese Logik der modernen Revolutionstheoretiker fand ihre gar nicht verwunderliche Anwendung auf das Proletariat im eigenen Land. Ihr kam der in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder aufgewärmte Mist von der "bestochenen Arbeiteraristokratie" - mit dem Lenin immerhin noch den Nationalismus in der Arbeiterbewegung *bekämpfte!* - gerade recht. So läßt sich die Bezweiflung des Ausgangspunktes aller antikapitalistischen Anstrengungen - die "Unsicherheit" darüber, ob denn die Unterdrückten auch wirklich welche sind, ob sie denn noch Grund haben, revolutionäres Subjekt zu spielen - zum Genuß der teilnehmenden Beobachter in der Intelligenz prima "theoretisch" fundieren!

Dabei zeigt gerade der Imperialismus auch schon ohne Kenntnis der in der Ableitung dargestellten Details, worauf die politische und ökonomische Stärke der kapitalistischen Staaten beruht, eine Stärke, die es ihnen erlaubt, die ganze Welt zum Material ihres Willens zu machen. ökonomisch der Ausbeutung auch anderer Nationen fähig, militärisch zu jeder Erpressung imstande sind diese Nationen durch den *Reichtum*, den ihnen ihr Proletariat schafft. Entgegen allen linken Gerüchten über den Gegensatz zwischen Imperialismus und Demokratie ist es das *demokratische Funktionieren der Ausbeutung*, das die modernen Klassenstaaten in die Lage versetzt, sich auch auf dem Felde internationaler Politik als Nutznießer fremder Souveränität und des von ihr verwalteten Reichtums durchzusetzen. Und entgegen einem anderen linken Gerücht beruht das Einverständnis des Proletariats nicht auf dem Ende seiner Ausbeutung, also auf seiner kräftigen Versorgung mit allen Gütern dieser Welt, sondern auf der Perfektionierung seines Einsatzes fürs Kapital. Man braucht im übrigen nicht in einer Fabrik gewesen zu sein, um in Erfahrung zu bringen, was mit dem modernen Proleten angestellt wird; und man muß auch nicht einen Lohnstreifen analysieren, um zu wissen, daß es die *Armut* ist, die diesen Leuten die lebenslange Hetze in der Fabrik aufherrscht. Daß die "Notwendigkeit", der sie sich beugen, nur aufgrund von falschem Bewußtsein als eine solche anerkannt und ertragen wird; daß dieses falsche Bewußtsein zu kritisieren geht und daß *dies* der Witz kommunistischer Politik ist, die den Arbeitern damit auch die "Perspektive" eröffnet, sich zur Wehr zu setzen, ist natürlich für eine Linke ein ziemlicher Unsinn, wenn sie auf der Suche nach revolutionären Unternehmen auswärts, unter den Opfern der kapitalistischen Staatenwelt so schön fündig geworden ist. Daß die solchermaßen hofierten Opfer auch in ihrem Aufbegehren noch *Opfer bleiben*, haben sie der funktionierenden Klassenherrschaft auch hierzulande zu verdanken. Es ist die Lohnarbeit und der sie ergänzende nationalistische Gehorsam in den Metropolen, der den imperialistischen Staaten ihre Macht erhält - und solange *das* Mittel der Weltherrschaft

seinen Gehorsam nicht aufkündigt, bleibt die imperialistische "Fäulnis" des Kapitalismus dessen stabilstes und dauerhaftestes "höchstes Stadium".